

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jeber ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Beitritte...

Telegraphen-Adresse
„Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Samstag, den 11. Oktober 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kommunale Republiken.

Als ich in den siebziger Jahren ein freisinniger Abgeordneter
über die engen Grenzen befragte, die der Selbstverwaltung in
Preußen gesetzt seien, antwortete ihm Fürst Bismarck, wie er
selbst sagte, mit einiger Uebertreibung, ihm widerstrebe die Bildung
kommunaler Republiken.

Die moderne Entwicklung hat die festen Umwallungen der
Städte niedrigergerissen, Stadt und Land, so sehr sie sich auch
wirtschaftlich von einander unterscheiden mochten, zu einem einheitlich
gefügten politischen Gebilde zusammengeschweißt und auf den
Trümmern der Stadtgewalt die moderne Staatsgewalt begründet.

Erst die drei großen Bundesgenossen der neuesten Zeit, die
Wissenschaft, die Technik und das Proletariat haben dem politischen
Gemeinwesen der Stadtgemeinde neue bedeutende Aufgaben
zugewiesen.

Teils zur Bewältigung dieser Aufgaben, teils zur Befriedigung
anderer allgemeiner Bedürfnisse, wie jener des Verkehrs, der
Wohlfahrt u. a., hat die moderne Technik ein gewaltiges centralisiertes
System geschaffen, das wir vorerst unter privatkapitalistischer
Verwaltung finden, dessen Pflege und Ausbreitung aber mehr und mehr
als ein politisches erkannt wird.

So stellt sich allmählich heraus, daß die Stadtgemeinde im
wirtschaftlichen Leben der Nation wieder ein gewichtiger Faktor wird.
Sie ist zwar nicht mehr ein geschlossener Markt, auf dessen engem
Gebiete sich der Großteil aller Produktionen und Konsumtionen in
geschlossener Kette vollzieht; in ihren Wohnstätten leben Menschen,
deren Arbeitsergebnisse in fernen Staaten oder fernen Erdteilen
verbraucht werden und deren Tätigkeit die bunteste Musterkarte
aller Möglichkeiten aufweist.

Eine solche Verfassung liegt aber nur zu geringem Teile im
Interesse der in der Gemeinde herrschenden Klassen. Sie sind an
dem lokalen Markte viel mehr denn als Konsumenten als Kapitalisten
interessiert: als Hausbesitzer, Terrainpekulanten, Aktionäre
von Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, als Fleischer, Bäcker,
Apotheker u. dgl. Das Interesse der Klammern läuft im Wesentlichen
parallel mit dem Interesse des Klassenstaates.

So erklärt es sich, daß das Verhältnis der Gemeinden zum
Staate noch immer durch Bestimmungen geregelt werden kann, die
ein halb Jahrhundert auf dem Rücken haben, die aus nachträglicher
Zeit stammen und den Tod aller Selbständigkeit bedeuten, die
erlassen worden sind aus dem Geiste der trockensten Bureaucratie und
den neuen sozialen Funktionen der Gemeinde, die ja zur Zeit ihres
Erfasses noch so gut wie unbekannt waren, keinerlei Rechnung tragen.

Für sie ist die Frage der Selbstverwaltung nicht aktuell. Für
sie ist sie auch keine Frage des Princips. Ihnen kann es ja schließlich
gleich sein, wie sich das große und das kleine Klassenregiment in
der Versorgung ihrer Geschäfte teilen. Aber in dem Augenblick, in
dem etwa ein freieres Gemeindegewaltrecht die Gemeinde zu einem
Instrument der Proletariatsklasse und ihrer Bestrebungen machen
würde, würde das Bürgerturn ganz gewiß sofort nach der Staats-
funkteln schreien. Und wenn es umgekehrt möglich wäre, daß der
proletarische Standpunkt im Staat obfiegte, während die Gemeinden
unter der alten Klassenherrschaft erblieben, dann würde das „Recht
er Selbstverwaltung“ von seinen kapitalistischen Räumern als

ewiges und unveräußerliches Menschenrecht geltend gemacht werden.
haben wir es doch schon im Keinen erlebt, daß die Hausherrn, die
Beherrscher der preussischen Gemeinden, außer sich vor Entrüstung
gerieten, weil das Reich unter Anlehnung an sozialistische Grund-
sätze seinen Beamten billige Wohnungen zu schaffen versuchte!
Würden sich Staat und Reich in dieser Richtung jemals über
einen ersten schüchternen Schritt hinauswagen, würde ins-
besondere der preussische Staat von seinen weitgehenden
Herrschaftsrechten jemals in antikapitalistischem Sinne Gebrauch zu
machen versuchen, so würde diese Entrüstung sicherlich ins Ungeheure
steigen. Wenn aber vom Staate kommunalen Anstalten alle mög-
lichen Erschwernisse auf den Weg mitgegeben, Verträge mit aus-
beuterischen Privatgesellschaften über den Kopf der Gemeinde hinweg
erneuert und verlängert werden, so ist für das städtische Klassen-
parlament ein so geliebtes Aufsichtsrecht sehr wohl schmunzelnd zu
ertragen.

Erst das Proletariat ist dazu berufen, die Gemeinde aus ihrer
Ohnmacht zu erwecken. Es kämpft für das weitestgehende Selbst-
verwaltungsrecht, weil nach seiner Auffassung die Gemeinde ein
wirtschaftlicher Körper von hoher Selbständigkeit und bestimmter
Eigenart ist. Aber es weiß auch, daß von einer „Selbstverwaltung“
nicht die Rede sein kann, wenn die Angelegenheiten der Gemeinde
nicht von der Masse ihrer Einwohner selbst, sondern von einer kleinen
besitzenden Schicht im angeblichen Interesse der Gesamtheit ver-
waltet werden.

Die freie Gemeinde mit freiem Wahlrecht, die den Kreis ihrer
eigenen Angelegenheiten selbständig und ohne staatliche Eingriffe erfüllt,
die kommunale Proletariatsrepublik, ist ganz gewiß keine Utopie,
wenn sie auch ebenso gewiß im besseren Sinne des Wortes
ein gutes Stück „Zukunftstaat“ ist. Es zeigt sich hier
deutlich, daß das nächstliegende praktische und realisierbare Interesse
des Proletariats unvereinbar ist mit dem kapitalistischen Interesse
und dem Bestande der Klassenherrschaft.

Das Kommunalprogramm, mit dem die Socialdemokratie in den
Kampf um den preussischen Landtag eintritt, ist also ein praktisches,
notwendiges, ausführbares, gerade deswegen aber ein revolutionäres
Programm. Auf diesem Teilgebiete der Staatsverwaltung zeigt sich
schärfer vielleicht als auf jedem andern, daß die Wünsche und Ziele
der Arbeiterklasse keineswegs als unerreichbares Traumgebilde
irgendwo in den Wolken hängen, daß vielmehr zu ihrer Erreichung
nichts gehört als die Ueberwindung jener Schranken, die ihr mens-
chliches Einzelinteresse in den Weg gestellt hatten. Und kann heute
auch niemand voraussetzen, mit welchen Mitteln und in welchem
Zeitpunkte die vollkommene Befreiung jener Schranken gelingen
wird, so ist doch das eine klar genug: Der Weg zur freien
Gemeinde geht über den Staat, über den Landtag!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober.

Die preussische Sammlung gegen die Socialdemokratie wird von
der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit
ebenso rührendem wie ungeschicktem Eifer fortgesetzt. Sie schreibt
heute:

„Dem Gedanken, daß es Pflicht aller staatsbehaltenden Par-
teien sei, in unseren Zeitläuften stets den gemeinsamen Feind im
Auge zu behalten, ... haben wir vor acht Tagen ebenfalls
Ausdruck gegeben. Obwohl wir mit dieser Aeußerung nur
der Haltung treu blieben, die wir vom Standpunkte des Gemein-
wohls seit vielen Monaten (1) beobachtet haben, ist sie den-
noch ... dahin mißverstanden worden, als hätten wir die bürger-
lichen Parteien ermahnt, bei den preussischen Landtagswahlen wie
bei den Wahlen zum Reichstage stets gegen die Socialdemokratie
anzukämpfen und danach zu den im Wahlkampfe gegenüber-
stehenden Parteien Stellung zu nehmen. In diesem Sinne
konnten wir die Mahnung nicht gemeint haben, da uns ebenso wie
jedem andern Politiker bekannt ist, daß in Preußen, soweit die
Socialdemokratie in Betracht kommt, Parteilosstellungen, wie sie
im Reiche sich entwickelt haben, ausgeschlossen sind. Wohl aber ist
nicht zu übersehen, daß ein erbitterter Kampf zwischen den staats-
behaltenden Parteien bei den Landtagswahlen leicht unheilbare
Nidwirkungen auf die Beziehungen dieser Parteien zu einander
überhaupt und namentlich auch im Reiche haben könnte. Daß
durch eine solche Entwicklung die gemeinsame Stohkraft aller
Gegner der Socialdemokratie gegen diese abgeschwächt werden
würde, läßt sich nicht wohl bestreiten. ... Jede Epoche hat
ihre Aufgaben, die in erster Reihe eine Lösung erheischen.
Es mögen dereinst wieder Tage anbrechen, in denen die
alten Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien in
ihrer ganzen Schärfe Geltung erhalten. In absehbarer Zeit
jedoch wird schwerlich ein innerpolitisches Problem hervortreten,
das in höherem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit er-
fordert, als das Problem, die irregulierten Massen von dem
materiellen und moralischen Terrorismus zu befreien, den die
Socialdemokratie aber sie ausübt. Wenn in einem Hamburger
Platz uns nachgefragt wird, wir wollten durch den „Popanz“ der
socialdemokratischen Gefahr, die Liberalen in eine Alliance mit
der Reaktion hineinschleusen, so könnten wir in der gleichen Ton-
art erwidern, daß auf jener Seite mit dem Popanz der Reaktion
operiert werde. Der Hinweis auf einzelne Parteilundgebungen
und Fehlschreibungen verliert doch sehr an Beweiskraft, wenn
man sich gegenwärtig hält, daß in Preußen und im Reiche noch
andere Faktoren ein entscheidendes Wort zu sagen haben als die
Parteien.“

Hier wird mit kindlicher Offenheit erzählt, daß in Preußen
keinerlei Aussicht und Absicht bestehe, die fünfzigjährige Reaktions-
periode durch irgend welchen Fortschritt zu unterbrechen. Kein
„innerpolitisches Problem“ soll den inneren Gegensatz zwischen
Bürgerturn und Junkertum aufheben. Vielmehr wird der Liberalen
Bourgeoisie zugemutet, sie möge nur ruhig die Hürigkeit unter dem
feudalen Pflichtenbuche weiter tragen, auf daß die Sammlung gegen

den Umsturz nicht gestört würde. Auch die Kanalvorlage wird danach
nicht kommen; denn das wäre ja ein innerpolitisches Problem, das
den Frieden der Bestehenden stören könnte.

Und nach solchem Sang auf die eine reaktionäre Masse wird
naiv hinzugefügt, schließlich hätten ja die bürgerlichen Parteien über-
haupt nichts zu sagen, sondern wären nur dazu da, den „andern
Faktoren“ wider die Revolution zu helfen.

Für die Socialdemokratie ist der ganze preussische Staat ein
„innerpolitisches Problem“ ernstester und drängendster Art. Indem
die bürgerlichen Parteien ermahnt werden, an diesem Problem im
Interesse der „Sammlung“ nicht zu rühren, da jeder irgendwie be-
deutendere Reformversuch sofort den inneren Zwiespalt zwischen der
modernen kapitalistischen Industrieklasse und dem Junkertum hervor-
treten lassen müßte, wird der Socialdemokratie die ganze Aufgabe
des Fortschritts in Preußen überlassen. Es wird zugestanden, daß
die Socialdemokratie allein noch fähig und gewillt ist, die seit einem
halben Jahrhundert stöckenden politischen und kulturellen Reformen
in Angriff zu nehmen. Dies Zugeständnis ist wertvoll. —

Der russisch-japanische Konflikt.

Der wegen der Mandchurie und Koreas schon seit geraumer
Zeith bestand, soll jetzt, nach den Meldungen englischer und russischer
Blätter, am Punkte gewaltigster Entladung angelangt sein.

Bekanntlich hatte Rußland feierlich versprochen, einen Teil seiner
Truppen bis zum 8. Oktober aus der Mandchurie zurückzuziehen.
Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, hat Rußland sein Versprechen
nicht nur nicht eingelöst, sondern im Gegenteil seine militärische
Position noch befestigt. Japan soll Rußland nun bezüglich der
Mandchurie ein binnen zwei Tagen zu beantwortendes Ulti-
matum gestellt haben. Rußlands Antwort soll in beschleunigten
Kriegsvorbereitungen bestehen. So wird aus Paris gemeldet:

Nach einer Privatmeldung aus Tschifu verließ die russische
Flotte vorgehen Port Arthur mit versiegelten
Ordern. Es heißt, daß es vor Korea zwischen den Komman-
danten der russischen und der japanischen Flotte zu einer Aus-
einandersetzung kommen werde, welche einen modus vivendi zur
Folge haben könne. Eine gleichzeitige Landung
russischer und japanischer Truppen an be-
stimmten Punkten Koreas sei nicht aus-
geschlossen. Man erwarte allerdings einen Protest Koreas,
der aber an den Ereignissen nichts ändern werde.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ haben sich
die Russen in Tschifu bewaffnet aus Furcht vor der in
der Mehrzahl befindlichen japanischen Einwohnerchaft. Die
Lage erziehe eine ernst.

Was an diesen sensationellen Nachrichten wahr, werden die Er-
gebnisse dieser Tage ja zeigen. Wichtig ist ja, daß englische Mel-
dungen in den letzten Wochen die Kriegsgefahr so drohend als
möglich dargestellt haben. Namentlich wurde über auffällige
japanische Truppenverschiebungen berichtet. Diese Nachrichten wurden
dann alsbald von dem japanischen Gesandten in London als un-
zutreffend und übertrieben bezeichnet. Es kann sich dabei sowohl um
ein erstes Dementi als um ein diplomatisches Vertuschungsmanöver
gehandelt haben.

Auch die russische Presse erörterte ausweichend erusthaft die
Möglichkeit des bevorstehenden Kriegsausbruchs zwischen Rußland
und Japan. „Kowoje Wremja“ bemühte sich dabei, Japan von
der Ausichtslosigkeit eines Krieges gegen Rußland zu überzeugen:

„Es muß auch der japanischen Regierung klar sein, von
welchen schrecklichen Nöten Japan durch einen Krieg mit Rußland
bedroht wäre. Selbst der glänzendste militärische
Erfolg Japans wird immer nur ein zeitweiliger
Erfolg sein, da das verhältnismäßig kleine Inselreich den
russischen Kolos nicht niederzwingen kann. Zu guter Letzt wird der
Sieg natürlich auf Seiten des Stärkeren sein. Eine Niederlage
würde den Untergang aller Hoffnungen auf eine rußinvolle Zukunft,
den Rücktritt statt der schnellen Vorwärtsbewegung bedeuten.
Das Schicksal des ganzen Volkes, der ganzen Nation auf eine
Karte setzen kann man nur dann, wenn kein anderer Weg vor-
handen ist. Japan befindet sich durchaus nicht in einer solchen
Lage. Seiner Regierung ist das bekannt, und deshalb kann man
nicht annehmen, daß sie sich zu irgend einem unüberlegten Schritt
entschieden sollte, der als eine Verletzung früherer Verpflichtungen
erschiene und Rußland nötigen würde, Maßregeln zu ergreifen,
die für die Wahrung seiner Interessen unumgänglich sind.“

Wie man sieht, hält „Kowoje Wremja“ trotz der forcierten russischen
Rüstungen die Möglichkeit eines vorläufigen japanischen Erfolges
nicht für völlig ausgeschlossen. Und in der That wäre es sehr wohl
möglich, daß Japan in einem blutigen Zusammenprall um die Vor-
herrschaft in Ostasien bis auf weiteres Sieger bleiben würde. Auch
wäre der gegenwärtige Zeitpunkt für ein Losschlagen für Japan
wahrscheinlich günstiger, als irgend ein späterer. Eine Einmischung
Frankreichs zu Gunsten Rußlands erschiene gegenüber der Haltung
Englands und Americas ausgeschlossen. Trotzdem dürfen sich die
beiden Nebenbuhler der unabsehbaren Folgen eines Krieges allzu sehr
bewußt sein, um nicht vor dem äußersten so lange als möglich
zurückzusprechen. An die Thatsache des Krieges wird man erst
glauben können, wenn die ersten Kanonenschüsse getuschelt sein
werden. —

Deutsches Reich.

Ein Ruten-Bis. Vor einiger Zeit wurde in der katholischen
Presse die Sehnsucht nach einem kirchlichen Wählblatt aus-
gesprochen. Es scheint, daß dieser Plan jetzt in der Form zur Aus-
führung gelangt, daß man dem Centralorgan des Centrums, der
„Germania“, die ehrenvolle Aufgabe übertragen hat, sich in ein
Wählblatt zu verwandeln.

Leider ist die auf dem Gebiet des Wlges umgebte Redaktion
gleich einem kirchlichen Kaffee zum Opfer gefallen. Sie glaubte
einen Scherz über die Socialdemokratie zu machen und hat eine
blutige Selbstverhöhnung geleistet.

Die „Germania“ erklärt also, aus zuverlässiger Quelle mitteilen zu können, daß ein neues Socialistengesetz beschlossene Sache ist. Es handelt sich im wesentlichen um eine Bekämpfung des Umsturzes der bestehenden Ordnung. Zu diesem Zwecke soll eine weitgehende Beschränkung der Freiheit, insbesondere eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift eintreten, auch ist wiederum eine Expropriation als Strafe für Vergehen gegen die Ordnung, wodurch jeder gefährlich oder mißliebiger geworden Socialdemokrat unbeschädigt gemacht werden kann, vorgezogen, womit zugleich eine Inamie-Erklärung verbunden ist.

Man merkt natürlich sofort die Pointe. Dieses Socialistengesetz hätten sich die Socialdemokraten in den vom Dresdener Parteitag angenommenen Resolutionen gegeben. Bekanntlich sei ja auf dem Parteitag in Dresden in den Debatten und in der Resolution Webel-Kautsky-Singer der Revisionismus nicht anders als ein Umsturz gegen die bestehende Ordnung und als gemeingefährliche Bestrebungen gegen die Grundlagen der Socialdemokratie betrachtet und parteigekühn verboten worden. Um diesen Umsturzbestrebungen der Revisionisten entgegenzutreten, ist auch der „Kautsky-Zwang“ des alten Socialistengesetzes nicht verschmäht worden. Einer weitgehenden Beschränkung der Freiheit, insbesondere einer Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, sollen die socialdemokratischen Redakteure unterworfen werden. Anhänger revisionistischer Bestrebungen gegen die Grundlagen der orthodoxen Socialdemokratie werden, wenn sie in Wort und Schrift zu revisionistischen Anschauungen sich bekennen, expropriert, d. h. aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen, was natürlich mit einer Inamie-Erklärung in den Augen aller Zukunftsstaatsgenossen identisch ist. Von einer Verbannung von Zuchthaus- und Gefängnisstrafen hat man einstweilen absehen müssen, da der Zukunftsstaat zur Zeit noch nicht im Besitze der Exekutive ist und über die bestehenden Internierungsanstalten nicht verfügen kann.

Da hat ein Schall die ehrsame Redaktion der „Germania“ schlingeln hineingelegt. In Hinsicht auf die Socialdemokratie ist natürlich der Eherz absoluter Maßstab. Aber man braucht statt „socialdemokratisch“ nur „katholisch“ zu setzen und die Absicht wird sofort klar. Ein Witzbold hat die Geistesflatterrei des katholischen Staates geklärt wollen, in dem jede Abweichung von den ewigen Dogmen der Kirche als todeswürdiges Verbrechen geahndet wird, in dem sogar das bloße Lesen — vom Schreiben ganz zu schweigen! — lehrreicher Schriften verpönt ist und in dem mit Rad, Galgen und Scheiterhaufen nur deshalb nicht mehr gearbeitet wird, weil die Kirche nicht mehr im Besitze der Exekutive ist. Und dieser entsetzliche Terrorismus beschränkt sich nicht etwa auf die Angehörigen eines Glaubens, einer Partei, sondern strebt danach, Grundgesetz der ganzen Gesellschaft zu sein, in die niemand freiwillig hinein geboren wird. Weil der Böse das nicht direkt zu sagen wagte, that er so, als ob er sich gegen die Socialdemokratie wenden wollte. Das Centrum hat kein Glied mit seinem Witzblatt-Verfasser. Jeder Witz richtet gegen es selbst die Spitze.

Das kommunale Wahlrecht. In der Provinz Hannover ist das kommunale Wahlrecht von besonderer Niederrichtigkeit. Nach der hannoverschen Städte-Ordnung von 1858 ist das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht an die Zahlung eines Bürgerrechtsgewinnungsgeldes geknüpft. Dasselbe beträgt in der Stadt Hannover für den Bürger und dessen Ehefrau 180 M. Da mit der Gewinnung des Bürgerrechts außer der Erlangung des Wahlrechts keine besonderen Rechte und Vorteile verbunden sind, so sind natürlich nur wenige wohlhabende Leute zur Entrichtung einer derartig hohen Gebühr bereit. Bestände nicht die Bestimmungen, daß jeder Preuze, der in der Stadt Hannover Grundbesitz erwirbt, das Bürgerrecht erwerben muß, so würde voraussichtlich die ganze wahlberechtigte Bürgererschaft nur aus Beamten, Geistlichen und Lehrern bestehen. Diesen wird nämlich das Bürgerrecht unentgeltlich verliehen, obgleich sie teils von der Zahlung der Kommunalsteuer gänzlich befreit sind, teils nur die Hälfte der Steuer zu entrichten haben. So erklärt sich die schier ungläubliche Thatsache, daß die Stadt Hannover bei einer Einwohnerzahl von einer Viertelmillion nur etwa 8000 wahlberechtigte Bürger besitzt! Da die Stadt 11 000 behaute Grundstücke enthält, so kommt noch nicht einmal ein Bürger auf jedes Wohnhaus. Und 25 Proz. dieser 8000 Wahlberechtigten sind Beamte, also Freibürger. Dazu kommt noch als ein weiterer Minderstand die überaus geringe Zahl der zu wählenden Bürgervertreter (so heißen in Hannover die Stadtverordneten). Nur 24 Personen haben gegenüber einem mit allen Wahlbefugnissen ausgestatteten Magistrat die kommunalpolitischen Interessen der Residenz zu vertreten.

Alle Bestrebungen in den breiteren Schichten der Bevölkerung, diese ungeheuerliche Privilegienwirtschaft zu beseitigen, sind bisher erfolglos geblieben. Das preussische Abgeordnetenhaus, das selbst nur durch Ungerechtigkeit besteht, denkt nicht an Besserung dieser Zustände.

Wie man in Preußen Professor werden kann, zeigten wir neulich an dem Beispiel des Erbauers des neuen Berliner Opernhauses.

Es ist auffällig, daß die bürgerliche Presse diesem immerhin bemerkenswerten Vorgang bisher keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt hat. Offenbar will man vermeiden, daß durch solchen Hinweis das Gedränge auf den Straßen zur Professur allzu stark wird.

Einen Schutzverband gegen die Lügen der „Freisinnigen Zeitung“ regte in einer Vertrauensmänner-Versammlung des Wahlkreises Teltow-Beeslow Dr. Bernstein an, der seine Rede mit dem Satz schloß: „Wer Richter nicht kennt, der glaubt ihm; wer ihn dagegen kennt, der glaubt ihm nicht.“

Was hilft das alles! Während des Reichstags-Wahlkampfes arbeitete die ganze Volkspartei gegen uns mit dem „Socialistenpiegel“, der nichts ist wie eine Sammlung ekelhafter Lügen und Fälschungen. Eine Partei, die dieser Jang offiziell verbreitet, macht sich mitschuldig.

Der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung ist am Sonnabendabend im Architektenbau in Berlin eröffnet worden. Als wichtigste Beratungsgegenstände sind angefündigt: Die Schaffung einer leistungsfähigeren Organisation und die Stellung zu den Landtagswahlen. Dr. Barth hat in einem Artikel der „Nation“ den Wunsch ausgedrückt, daß der Parteitag sich für das von der Süddeutschen Volkspartei angeregte engere Zusammengehen der liberalen Parteien zur Bekämpfung der Reaktion aussprechen möge.

Bei Eröffnung des Parteitages am Sonnabendabend wurden unter den zahlreichen Besuchern Oberbürgermeister Kirchner, Professor Mommsen, Pfarrer Kaumann u. a. bemerkt. Abgeordneter Schrader eröffnete, wie berichtet wird, den Parteitag mit einer längeren Begrüßungsansprache, in der er des verstorbenen Abgeordneten Dr. Köhler gedachte, mit dem einer der treuesten und aufopferungstüchtigsten Mitkämpfer der Vereinigung dahingegangen sei. Die Beziehungen zu den National-socialen, die den diesjährigen Parteitag zu einem der bedeutendsten machen sollten, seien unter Köhlers Beteiligung zu stande gekommen und von ihm in erster Linie gefördert worden. Seine Mitarbeit habe ferner einen der schwierigsten Wahlkämpfe wenigstens einigermaßen übersehen lassen, und schließlich sei Köhler in socialen Dingen stets der Führer der Vereinigung gewesen, wobei er es verstanden habe, als Arbeitgeber ein warmer Freund der Arbeitnehmer zu sein und gleichzeitig die Socialpolitik weiter zu führen in einem Sinne, wie es den Intentionen der Partei entsprach. (Beifall.) Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Toten von ihren Sitzen. Von Professor Brentano lag ein längeres Begrüßungs Schreiben vor.

Es folgte dann der Geschäftsbericht, den Abgeordneter Schrader erstattete. Die Hauptarbeit sei in Sachen des Zolltarifs geleistet worden, der nach der festen Ueberzeugung der Partei mit aller Entschiedenheit bekämpft werden mußte, obwohl auch die Socialdemokratie ihn bekämpfte. Er sage das ausdrücklich, denn seiner Ansicht dürfte man den Kampf gegen etwas, das man als schädlich erkannt habe, nicht unterlassen, nur weil andre diesen Kampf auch führten. (Beifall.) Die Thatsachen, die man auf dem vorjährigen Parteitag gegen den Zolltarif angeführt habe, seien denn auch vollinhaltlich bestätigt worden durch den Verlauf der Dinge. Niemand werde es möglich sein, vernünftige Handelsverträge auf Grund dieses Zolltarifs zu erhalten, während auf der andern Seite die vorausgesetzte Steigerung der Anzufriedenheit der arbeitenden Klassen durch die letzten Reichstagswahlen zum trübsamen Ausdruck gekommen ist. (Zehr richtig!) Wir wissen heute, daß wir mit diesem Zolltarif vor 1904 mit der Vorbereitung nicht fertig werden. Ob wir dann Handelsverträge bekommen werden, ist zweifelhaft, unzweifelhaft aber ist es, daß sie auf der einen Seite den Anforderungen der Industrie nicht entsprechen und auf der andern Seite die Anzufriedenheit der Arbeiter weiter verschärfen werden. (Zustimmung.) — Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Das Blödsicht in der Arme. Nach der „Königsb. Post.“ beklagt man sich auch in den Kreisen der Militärsoldaten-Lieferanten darüber, daß während bei fast allen Militärsoldaten große Bestände von bisherigen schwarzen Ueberrod- und dunkelblauen Waffenrocken lagern, die sich bei einzelnen von ihnen auf gegen 1000 Meter und darüber betragen, diese Bestände nunmehr so gut wie unverwertbar seien, da plötzlich die dunkelblauen und schwarzen Rockstoffe bei Neubeschaffungen ausgeschlossen seien, jedoch bei manchen Truppenteilen, bei Besichtigungen, Paraden und im großen Dienst nur hellblau getragen werden darf, und daß derart große Summen an entwerteten Stoffen verloren gingen.

Dr. Bernstein-Charlottenburg, der von Eugen Richter so grimmig verfolgte freisinnige Reichstagskandidat, ist, wie neulich erwähnt, von dem freisinnigen Abg. Kopp wegen seiner semitischen Abkunft für unwürdig befunden worden, für die Partei zu kandidieren.

Wir möchten diesen Anlaß benutzen, und einen im „Vortor“ während des Reichstags-Wahlkampfes erfolgten Angriff gegen Dr. Bernstein richtig zu stellen. In der Nr. 2 der „Freisinnigen Zeitung“ für den Wahlkreis Torgau-Liebendorf“ befand sich eine Verleumdung, in der mitgeteilt wurde, daß Dr. Bernstein wieder geheit, den Glauben an die Geistesfreiheit erschüttert habe. Der Kanzler widerspreche der Wahrheit, wenn er behaupte, die Socialdemokratie triebe nichts als Negation. Bei der Beratung der Gewerbe-Gesetzgebung seien die socialdemokratischen Abgeordneten von Paragraph zu Paragraph mit praktischen Vorschlägen zur Hebung der arbeitenden Klassen hervorgetreten. Fabrik-Inspektoren, Verkürzung der Arbeitszeit, Schanz der Frauen und Kinder, Bekämpfung der Prostitution — solcher Art seien die Beiträge, die die Socialdemokraten gestellt hätten.

Das Ereignis des Tages war die große Rede Rudolf v. Bennigsen's. Dieser Führer des „gemäßigten“ National-liberalismus behauptete nicht die Saamlosigkeit eines Bambergers, die mit einer Grimasse über Bergangenes hinwegglitt. Vlast man heute Bennigsen's Rede, so hat man das Gefühl, als ob sich der, der sie gesprochen hat, doch dabei ein wenig geschämt hätte. Herr v. Bennigsen machte Komplimente nach rechts und links. Er pries Karl Marx als einen „Schriftsteller von eminenter Befähigung, historischer und dialektischer Bedeutung“, er erklärte, niemand könne behaupten, daß die kapitalistische Produktionsweise und die heutige Form des Eigentums ewig und unabänderlich seien — aber weder die praktisch-revolutionären Schlussfolgerungen dieser Lehre, noch ihre Verbreitung in den Volksmassen entsprächen seinem Gedank. Zur ökonomischen Geheimlehre, zum Ueberfließen für dialektische Feinschmecker schenke ihm der Socialismus gut genug, gefährlich aber für die Masse. Die hochmütige Volksverachtung, die im Laufe dieser ganzen Debatten der deutschen Volksvertretung von der Stirne zu lesen war, hat in Herrn v. Bennigsen's Rede vielleicht den schärfsten, aber auch den elegantesten Ausdruck gefunden.

Nach Bennigsen's Rede wurde der § 1 in der Fassung der Kommission angenommen und die Debatte verlief sich jetzt bei abnehmender Aufmerksamkeit in Einzelheiten. Nur Eugen Richter erhob sie nochmals zu der Höhe seiner allgemeinen Gesichtspunkte und beklagte sich lebhaft darüber, daß Bismarck Lassalle, den Verfasser von „Brandredn und Brandpredigten“, gegen welche alles leht von der socialistischen Seite Gebotene nur Stümperei ist“, empfangen und ihn zum Trost ermutigt habe. Die socialdemokratischen Abgeordneten beschränkten sich jedoch nach streng parlamentarischen Regeln auf das Gebiet der vorliegenden Paragraphen. Es ward ihnen nicht schwer, jetzt Geld für Geld nachzuweisen, wie dieser Entwurf nichts andres war als ein Gemisch von Dillflosigkeit und Brutalität.

Am 16. Oktober war auch die zweite Lesung zu Ende. Die dritte Lesung, am 18. und 19. Oktober, brachte noch zwei Reden von Liebknecht und Webel. „Schlagen Sie zu“, rief Liebknecht, „aber verleumben Sie nicht! Stempeln Sie nicht 500 000 deutsche Wähler und eine Million deutscher Reichsbürger zu Neuchâtel. . . Sie (nach rechts) haben uns als Demokraten, Sie (nach links), weil wir Ihre wirtschaftlichen Fiksel hören; haben Sie uns, aber beschuldigen Sie uns nicht einer Schuld, die nicht besteht.“ Herr Lassalle erklärte darauf verlegen, er müsse an-

zude noch getaufter Jude sei. Wir wiesen auf diese Verleumdung seines jüdischen Vaters hin. Inzwischen ist uns mitgeteilt worden, daß Dr. Bernstein mit jener Briefkastennotiz nichts zu thun gehabt und sie auch keineswegs gebilligt hat. Damit ist auch der von uns erhobene Vorwurf gegenstandslos geworden.

Gegen das Laurahütter Urteil nahm eine am 6. d. M. in Posen abgehaltene, stark besuchte Versammlung Stellung. Die Ausführungen des Referenten, Redakteur Genosse Gasse aus Rattowitz, fanden den ungetheilten Beifall der Versammlung und veranlaßte die einstimmige Annahme folgender Protestresolution:

„Die am 6. Oktober im Saale von Szymura in Posen tagende Versammlung erklärt: Die Vorgänge in Laurahütte waren die traurige Folge einer ganzen Kette von Unbill und Unrecht, deren Opfer das arbeitende Volk in Oberschlesien ist. — Die Unruhen sind entstanden auf dem Boden des wirtschaftlichen Elends und Drucks, der politischen Unterdrückung und der Finsternis, zu welcher die polnischen Arbeiter in Oberschlesien bei dem Fehlen des Schulsunterrichts in der Volkssprache, bei der Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechts verurteilt sind. — Unmittelbar sind die Laurahütter Unruhen durch das provokatorische Verhalten der Centrumsgeistlichen vor den Wahlen hervorgerufen worden. Auf diese fällt die Verantwortung für das verhängene Blut, für die unglücklichen Opfer, die hinter dem Gefängnismauer stehen.“

Zu Erwägung all dessen protestierten die Versammelten auf das allerentsetzteste gegen die harten Strafen, welche das Deutheuer Gericht über die unglücklichen Opfer der Verurteilungen — welche hundertmal mehr andren als ihnen selbst zuzurechnen sind — verhängt hat. — Vor allem protestieren die Versammelten gegen den Spruch, durch welchen einigen der Verurteilten die Ehrenrechte aberkannt worden sind.

Indem die Versammelten die Centrumpolitik sowie die Thätigkeit der ober-schlesischen Geistlichen für die Hauptschuldigen an dem Unbill, welches dem polnischen Volke in Oberschlesien geschieht und an den Laurahütter Vorgängen halten, brandmarken sie das Bündnis des „polnischen Wohlvereins“ in Schlesien, des „Gornoslazal“ mit den polnischen Centrumsleuten vom „Katoll“ und vom „polnischen Wohlverein für Schlesien“ als nichtwürdigen Berrat an dem Vertrauen der Wähler, das unter dem Feldruf: „Fort mit dem Centrum“ errungen wurde.

In den badischen Landtagswahlen. Aus Mannheim schreibt man uns: Einen Wettlauf um die Regierungsgunzt veranstalteten zur Zeit die badischen Ultramontanen mit den National-liberalen. Sie bedieneten sich dabei der unsanftesten Tries, um ihren Gegner zu schlagen, konnten aber einen schmachvollen Doreinfall nicht verhindern. Vor wenigen Tagen noch wimmelte die kerkerle Presse des Landes von Artikel, in denen die Liberalen, insbesondere ihre „junger“ Flügel, der Regierung in skandalöser Offenheit denunziert wurden, weil sie, im Gegensatz zu der Schatzkammerrede des Polizeiministers Schenkel, die Socialdemokratie unter gewissen Bedingungen als bündnisfähig und das Centrum als den Hauptfeind erklärt hatten. Man machte dabei die einzelnen in Betracht kommenden jungliberalen Führer, soweit sie Staatsbeamte sind, der Regierung direkt namhaft, um diese zum Einschreiten gegen sie zu veranlassen. Man wollte es ein tückischer Zufall, daß am selben Tage, als eine Reihe der größeren Centrumsblätter des Landes einen dieser schmachvollen Denunziationsartikel veröffentlichte und sich darin ausdrücklich als „staats-erhaltendes“ Element empfahl, die Landesversammlung der badischen Centrumpartei nach dem Referat ihres Führers Wader einstimmig beschloß, bei der kommenden Landtagswahl unter allen Umständen gegen die National-liberalen zu stimmen und den Wählern zu empfehlen, daß sie von dieser Regel auch nicht abgehen sollten, wenn dadurch ein Socialdemokrat gewählt werden sollte. Herr Wader bedauerte dabei ausdrücklich, daß durch die verächtliche Haltung der Karls-rucher Centrumsleute bei den Landtagswahlen von 1901 die dortigen Mandate von der Socialdemokratie an die National-liberalen übergingen. Am befinden sich aber unter den Führern des „staats-erhaltenden“ Centrums, insbesondere unter seinen Vertretern im Landtag, eine ganze Anzahl Staatsbeamte, unter letzteren allein fünf richterliche Beamte, auf die die liberale Presse jetzt natürlich alle die denunziatorischen Anschuldigungen zurückzuführen, die von kerkerler Seite gegen die liberalen Beamten erhoben wurden. Es ist eine wahre Lust, als lauchendrer Dritter diesem Herenabbat zuzusehen, der jetzt um das Präbikat der „staats-erhaltenden“ Partei vor der Regierung aufgeführt wird.

Eine Frau als Agentin des Wahlstimmekaufs. Die Privatlage der Mitglieder der demokratischen Fraktion des Gemeinderats der Stadt Rülhausen gegen die durch die Stimmenkauf-Affaire bei der Landtagswahl im April d. J. bekannt gewordene Frau Jos. Kirchhoffer wegen Verleumdung kam am letzten Mittwochvormittag vor dem Schöffengericht in Rülhausen zur Verhandlung. Die Klage stützt sich darauf, daß Frau Kirchhoffer

erkennt, daß ein Beweis für den Zusammenhang von Kobillings Attentat mit der Socialdemokratie von niemand erbracht worden sei, und nahm seine Zustucht zur Volksseele, die durch Kobillings Schuß eben auf's tiefste erschüttert worden sei. Dieser Einwirkung wüme sich die Volksvertretung auf die Dauer nicht entziehen.

Und Webel nagelte den gesameidigen national-liberalen Herrn auf sein Geständnis fest, das Geständnis eines namenlosen Schulfreies. Erst hatte man also verleumdet und falsche Nachrichten in die Welt gesetzt, um die Socialdemokraten als Mordmörder erscheinen zu lassen. Jetzt leh man die Maske fallen, weil der Zweck erreicht war.

An dem Tage nach diesem Geständnis, am 19. Oktober 1878, ward das Socialistengesetz in dritter Lesung angenommen. Von 307 Abgeordneten waren 370 anwesend; davon stimmten 221 für, 149 gegen das Gesetz. Dafür stimmten die Konserverativen, die Reichspartei, die National-liberalen und die Gruppe Löwe-Verger; dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, die Esch-Lotzinger, Polen und Socialdemokraten.

Die Komödie war zu Ende, und bevor das obligate Kaiserhoch ertönte, hatten die Socialdemokraten nach gutem allen Bruch den Saal verlassen: segreiche Besigte!

Wer sich heute in den Verlauf jener parlamentarischen Verhandlungen vertieft, in denen die revolutionäre Kraft und Einigkeit der deutschen Socialdemokratie vor ihren Todfeinden beschlossen wurde, dem ercheint das ganze dazwischen liegende Vierteljahrhundert als eine fast stützende Zeit, von unheimlicher Ruhe und Gewitterstimmung erfüllt. Das Socialistengesetz ist noch zwölf Jahren gefallen, und die Partei, deren Keime damals schon der bürgerlichen Welt als eine unendliche Gefahr erschienen, hat sich zu unerhörter Größe entwickelt. Sie ist so revolutionär gemut, wie sie es nur jemals gewesen ist, aber sie zählt jetzt nicht mehr eine halbe Million, sondern drei Millionen.

Sie hat gebüben sind aber ihre Gegner. Man kann richtig sagen, daß in den fünfundsundzwanzig Jahren, die seit jenen Reichstagsverhandlungen verlossen sind, die bürgerlichen Kritiker des Socialismus keinen einzigen neuen Gedanken gefaßt, kaum auch nur eine Meinungsnuance geäußert haben, die nicht schon damals dargezogen ist. Sie haben keine geistige oder materielle Waffe gefunden, die nicht schon vor fünfundsundzwanzig Jahren schartig geschlagen worden wäre. Manches ist aus ihrem Arsenal verschwunden, weil man sich heute schämen müßte, damit auf die Straße zu gehen: mit dem Rest hält man Haus, so lange es geht. Alle die Raufereihoffnungen und Reaktionsphantasien, zwischen denen die bürgerliche Welt hin und her pendelt, sind längst von der Geschichte zu den Toten geworfen worden: sie sind, die einen wie die andern, nur mehr die Weipenker von gestorbenen Gedanken. Ein nehmütiges „Es war einmal“ tönt unsern Gegnern aus den Spalten jener alten Protokolle und Zeitungen entgegen, uns aber ein frühliches Werdegebot und die Stimme eines ewig regenden schaffenden Geistes.

Vor fünfundsundzwanzig Jahren.

III.

Was sich am 9. bis 19. Oktober im Reichstage begab, der tapfere aber aussichtslose Kampf der kleinen socialdemokratischen Fraktion gegen die Uebermacht von Interessententum und politischem Unverstand, war freilich nur ein Mühsalgeschick, das größere entscheidende Operationen bedie, die sich draußen im Lande in aller Stille vollzogen. Um so possierlicher wirkt es heute, daß die „National-Zeitung“ am Morgen jenes 9. Oktober, an dem die zweite Lesung vor dem Plenum begann, noch rechts wie nach links alle Zeit pathefisch, diesen stolzen Römerschour that:

Die Gesetzgebung ist fest entschlossen, die bisherige Agitationsmethode der Socialdemokraten nie mehr zu dulden, solange sie dieselbe zu hindern imstande sein wird. Dies Gesetz aber ein neues oder Specialgesetz, die zu machen sind — alle diese Mittel werden von jetzt an den Zweck verfolgen, die Organisation des socialpolitischen Umsturzes zu verhindern.

Man soll nichts verschönern. . . ! Der erste Tag der zweiten Lesung brachte ein Duell zwischen dem süddeutschen Demokraten Sonnemann und dem fürstlichen Bismarck. Der Chef der „Frankfurter Zeitung“ ritt schon damals das Stedenpferd der Mauerung. Das wissenschaftliche Organ der Partei, die „Zukunft“ beweise, daß sich die Ideen der Partei schon von selbst allmählich berichtigten. Ihren Höhepunkt erreichte Sonnemanns Replik, die eine scharfe Kritik der konterrevolutionären Gewaltpolitik enthielt, mit der Feststellung, daß Herr Bamberg, der national-liberale Schönwäher und gehorsame Püger des Kaiserthums, sich im Jahre 1849 in Mainz in feierlicher öffentlicher Rede für die „socialdemokratische Republik“ erklärt hatte. Alles lachte, und Herr Bamberg — lachte mit!

Fürst Bismarck antwortete auf Sonnemanns sachliche Ausführungen mit einem persönlichen Angriff, deutete an, daß er den Frankfurter Zeitungsmann für einen Agenten der französischen Regierung halte, wollte aber schließlich doch nichts gesagt haben. Nebenbei sang er ein Loblied auf die „Gutmütigkeit“ der deutschen Richter — zur selben Zeit, da viele Hunderte, Greise, Frauen und ganz junge Leute, oft über höchst ungläubwürdige Denunziationen hin wegen „Majestätsbeleidigung“ im Gefängnis saßen. Dabei fiel auch das Wort vom Freisinn als der Vorläufer der Socialdemokratie“, wogegen Herr Hänel fast erschrocken protestierte.

Der 10. Oktober begann mit einer leidenschaftlich bewegten Anklagerede Haffelmanns gegen Bismarck. Hatte Webel den diplomatischen Schleier geschleudert, der den Vorteil nahm, wo er ihn fand, so deckte Haffelmann den Feindler in ihm auf, der über Gewalt lagte und selbst der Gewaltthätigkeit von allen war. Bismarck und nicht die socialdemokratische Partei sei es gewesen, der Thron umgestürzt, das Eigentum verletzt, Völker gegeneinander

Bei Entfaltung ihrer politischen Verfassungskünste gegenüber unserem Gerossen Bissinger in dessen Wohnung am 27. April d. J. u. a. die Aeußerung hat: Was die andre Seite des Gemeinderats (die demokratischen Mitglieder) betreffe, so sei für Herrn Wallach schon alles in Ordnung, diese Herren seien schon alle kräftig geschmiert. Frau Kirchhoffer bestreite die inkriminierte Aeußerung. Die Angeklagte macht den Eindruck einer hochintelligenten und energiegelassen Frau und führte ihre Verteidigung, die im Jurisprudenzgänger laienhaftigkeit und Harmlosigkeit in politischen Dingen bestand, geschickt durch. Der zunächst aufgerufene Zeuge Leopold Bissinger, socialdemokratischer Stadtrat in Mülhausen, der der Veredlichkeit dieser Frau und dem Gelde des politischen Sekretärs des gegnerischen Kandidaten Wallach bei der Landesausschwahl im April siegreich widerstanden hatte, schilderte die wiederholten Besuche der Angeklagten in seiner Wohnung und die Art, wie sie die Wahlbestechung einleitete. An dem Tage, an welchem sie ihm die später bei der Staatsanwaltschaft deponierten 400 Mark überbrachte (es war am Vorabend der Landesausschwahl-Wahl, am 27. April 1903) suchte sie die gekauften Wenden Bissingers gegen den Parteiverrat nochmals zu zerstreuen. Als Bissinger im Hinblick auf die für den Fall der Wahl Wallachs in Aussicht gestellten weiteren 800 Mark meinte: „Ja, Ihr redet mir wohl, wie ist es aber, wenn einer von den Demokraten im Gemeinderat seine Stimme für Emmel abgibt? Wird man dann nicht glauben, ich sei derjenige gewesen, der die Niederlage des Herrn Wallach verschuldet?“ Da antwortete ihm Frau Kirchhoffer: „Seid dieserhalb nur ruhig; was die andre Seite betrifft, so braucht Ihr keine Angst zu haben, die ist kräftig geschmiert.“ Die Angeklagte Kirchhoffer bestreite erneut, die Aeußerung über das „Schmiergeld“ der Demokraten gemacht zu haben. Sie erzählt, daß der Blechschmied Gardner sie zur Anknüpfung der Verhandlungen mit Bissinger veranlaßt hätte. Gardner war bei ihr zu Hause und sagte ihr, er habe eben mit dem Vorsitzenden der demokratischen Partei, Herrn Simonet sprechen wollen, den er aber nicht angetroffen habe. Indes habe sein Auftraggeber, Herr Bloch, mit Simonet gesprochen, sie (Frau Kirchhoffer) wolle sich wegen des zur Abschließung der Affaire benötigten Geldes nur an Herrn Bloch (Fabriz S. Wallach u. Cie.) wenden. Daraufhin habe sie an der Pforte der Fabrik Wallach nach dem Herrn Bloch gefragt, worauf man sie zu Herrn Fabriz Bloch wies. Dieser zahlte ihr die umstößen 400 Mark aus, mit denen sie dann zu Bissinger eilte, der in einer Kammer mit ihr verhandelte, da die Wirtschaft voller Leute war. Die Aeußerung über die Demokraten habe sie nicht gethan.

Zeuge Bissinger bestätigt auf Verfragen des Richters nochmals, daß er sich ganz genau auf die gefallenen Worte besinne; übrigens könnten dieselben von einer dritten Person bestätigt werden, die in einem Saalraum in dem Zimmer verdeckt war und die Unterredung mit anhörte. Ihre persönlichen Bemerkungen habe Frau Kirchhoffer damit erklärt, daß sie einen Sohn im Gefängnis habe, dessen Befreiung sie von dem Einflusse des Herrn Wallach nach dessen Wahl in den Landesausschwahl erwarte.

Das Gericht gelangte zur Freisprechung der Angeklagten. In der Begründung wird ausgeführt: Die inkriminierte Aeußerung sei allerdings als gefallen nachgewiesen, allein das Gericht nehme an, daß die Angeklagte nicht das Bewußtsein der strafbaren Handlung gehabt und nicht beabsichtigt habe, die betreffende Partei zu beleidigen, vielmehr habe sie nur in unbedenklicher Weise die Einwendungen, welche Bissinger auf ihr Anerbieten machte, aus dem Wege räumen wollen.

Husland.

Nachhänge vom Generalstreik in Südrussland.

Die But der Regierung über den Streik zeigt sich in ununterbrochen fortgesetzten Verhaftungen. In Kiew sind sämtliche Gefängnisse bis auf den letzten Platz überfüllt, so daß die Kasernen in Anspruch genommen werden. Sie hat es dort seit dem politischen Aufstande, wo nach Kiew die Verhafteten aus dem ganzen südwestlichen Gebiet zusammengebracht wurden, so viel politische Eingekerkerte gegeben wie jezt. Im Jahre 1897 erreichte die Zahl der politischen Arrestanten 300, doch das waren bloß Demonstranten, die für einige Tage festgehalten wurden. Im vorigen Jahre hat nun die Zahl der Verhafteten sich plötzlich gehoben und jezt nach dem Streik mühen Verhaftete nach andern Städten gebracht werden, denn in Kiew sind sie nicht mehr unterzubringen. Das Gefängnisregime wurde verschärft, so daß die Verhafteten im vorigen Monat sich zu einem Hungerstreik entschlossen, an dem sich nicht weniger als 300 Personen beteiligten. In die Zellen wurde das Essen von bewaffneten Soldaten in Begleitung von Offizieren getragen, man drohte und schrie, es half aber alles nichts, nach einigen Tagen mußte die Gefängnisverwaltung nachgeben.

Die Beteiligten am Streik in Zlatopol sind in einer Zahl von 200 zu Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verurteilt worden.

In Odessa ist der Stadthof General Arsenjew verabschiedet worden, weil er angeblich nicht resolut genug gegen die Streikenden vorgegangen ist. General Arsenjew war bloß 4 Monate Stadtkommandeur, er war an die Stelle des Grafen Schmalow getreten, der es ebenfalls dem Minister des Innern nicht recht gemacht hatte. Künftig erwartet man die Ernennung eines der Günstlinge Plehwe.

In Waku und Umgegend ist das Militär verstärkt worden, denn man befürchtet, daß der Aufstand hier im Frühjahr von neuem ausbricht.

Was aus Subatow, der den Streik in Südrussland mit seinem „Socialismus“ des Polizeidepartements bis zu gewissen Grad der Regierung eingebrockt hat, geworden ist, weiß bis jezt noch kein Mensch. Im Umlauf sind die lunterbuntesten Gerüchte, so zum Beispiel, daß er sich in einer Festung befinde, denn ihn ohne weiteres zu entlassen, sei Plehwe unmöglich gewesen, da Subatow unstreitig recht viel aus den Geheimnissen der Regierungspraxis weiß. Die Hausführung bei Subatow habe der Chef der Gendarmerie v. Wahl persönlich geleitet. Außer Subatow sollen auch seine „Jügelinge“ entlassen worden sein, die ebenfalls an der Propagierung des zarischen „Socialismus“ beteiligt gewesen sind. Es wird auch erzählt, daß in dem Polizeidepartement Änderungen vorgenommen werden sollen. An Stelle Popukins, der jezt Direktor ist, soll eine ganz junge „Kraut“, der frühere Staatsanwalt für politische Angelegenheiten in Niga, Dufewitsch, kommen. Popukin soll Justizminister werden. Mit einem Wort: der Streik hat in den Regierungssphären arge Verstörungen hervorgerufen.

Die Forderungen der streikenden Arbeiter sind teilweise erfüllt worden. In Waku hat man ihnen sogar den Lohn für die Streiktage auszahlen müssen. In Kiew ist der Streik im allgemeinen als siegreich zu bezeichnen. Nur die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten mühten fast bedingungslos die Waffen strecken. Die Tramangestellten haben eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit erlangt, die Buchdrucker haben in Kiew jezt den Neunstundentag.

Der Erfolg der Kiewer Buchdrucker hat besonders aufmerkend auf die Pustauer Buchdrucker gewirkt, die am 22. September ebenfalls in den Aufstand getreten sind. Der Streik ist hier gut vorbereitet worden, so daß am 22. September alle größeren Druckereien feierten. Dasselbe geschah in den nächsten Tagen. Den Buchdruckern schlossen sich an die Metallarbeiter, Lithographen, Buchbinder usw. Der Streik wurde so ein allgemeiner. Die Arbeiter hielten große Versammlungen ab und erließen Proklamationen, in denen Verklärung der Tagarbeit auf acht Stunden, der Nachtarbeit auf sieben Stunden gefordert wird. Weiter wird eine Lohnerhöhung um 25 Prozent verlangt. Die Druckerei-Inhaber haben sich bereit erklärt, den Arbeitstag auf zehn Stunden zu kürzen, die Nachtarbeit auf neun Stunden. Auch eine Lohnerhöhung wollen sie gewähren. Die Zahl der Streikenden beträgt nicht weniger als 10 000. Einige Tage lang konnten nur zwei Zeitungen in Moskau erscheinen, die übrigen mühten ihr Erscheinen unterbrechen.

Oestreich-Ungarn.

Demonstrationen in Budapest. Vor dem Gebäude des „Pesti Hirsa“ fanden nach einer Herold-Meldung am Freitagabend große Demonstrationen statt, bei denen Arbeiter für die streikenden Drucker Partei ergriffen. Die wiederholte Aufforderung der Polizei, sich zu zerstreuen, wurde von der Menge mit einem Steinbombardement beantwortet. Die Polizei griff mit blanker Waffe ein, so daß es zum förmlichen Straßenkampf kam. Acht Polizisten und etwa 20 Demonstranten wurden verletzt, gegen 40 Personen verhaftet.

Frankreich.

Zum Tertiärarbeiterstreik. In 16 von den am Freitagabend stattgehabten 18 Versammlungen der Ausständigen wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschloßen. In Lourcoing ist die Ruhe wieder hergestellt. In Galluin dauert der Generalstreik fort. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen, auch mehrere Belgier wurden wegen Beschränkung der Arbeitsfreiheit verhaftet. In Noubain fand eine Stundgebung der Ausständigen statt, in deren Verlauf viele Fenstersteine eingeworfen wurden und ein Polizeikommissar schwer verletzt wurde.

Wille, 10. Oktober. (W. S.) Der Ausstand ist in der Abnahme begriffen. In Armentières erklärte sich der Handelskammer-Präsident bereit, mit den Arbeiterdelegierten über Mittel und Wege zu einer Verständigung zu beraten.

Koubaix, 10. Oktober. (W. S.) Gestern abend erneuerten sich die Krawalle; zwei Fabrikgebäude wurden von den Ausständigen demoliert. Truppen und Gendarmen mußten einschreiten und die von den Streikenden errichteten Barrikaden zerstören. Elf Personen wurden verhaftet.

Orient, 10. Oktober. Der Kriegsminister hat gegen drei Offiziere des kolonialen Artillerie-Regiments eine Untersuchung angeordnet, weil letztere an einer Sitzung des revolutionären Vereins „Louise Michel“ teilgenommen hätten.

England.

Postpläne. London, 8. Oktober. Die „Engineering Times“, das Fachorgan der Maschinenindustrie, nahm unter den britischen Maschinenindustriellen folgendes Referendum vor:

1. Sind Sie für ein System von Vorzugstarifen mit den Kolonien? — Die Antworten waren: 66 Proz. für, 20 Proz. gegen, 14 Proz. zweifelhaft.

2. Sind Sie für einen Einfuhrzoll auf Rohstoffe aus fremden Ländern? — 43 Proz. gegen, 40 Proz. für, 17 Proz. zweifelhaft.

3. Einfuhrzoll auf Fabrikwaren? — 63 Proz. für, 23 Proz. gegen, 14 zweifelhaft.

4. Lebensmittelpölle? — 54 Proz. für, 32 Proz. gegen, 14 Proz. zweifelhaft.

Nach vor wenigen Jahren wäre ein derartiges Referendum nicht möglich gewesen.

Gewerkschaftskongresse.

London, 8. Oktober. (Eig. Ber.) Der Jahreskongreß des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien tagte diese Woche in Glasgow. Es waren 97 Delegierte anwesend, die 515 300 Bergleute vertraten. Mr. Harben, der Sekretär der Bergleute von Northshire, las die Einleitungsrede, die an erster Stelle die Einrichtung der gleitenden Lohnskala verurteilte, da sie in vieler Beziehung verlagert und gewerbliche Streitigkeiten nicht im geringsten verhindert. An Stelle der gleitenden Skala mühte die Forderung nach Festsetzung von Minimallohnen treten. Ferner verurteilte sie die Zollpläne Chamberlains. In Deutschland, Frankreich u. a. wo Schutzzölle vorherrschten, seien die Löhne viel niedriger als im freihändlerischen England. Der letzte Trades-Unionskongreß nahm fast einstimmig eine gegen den Schutzzoll gerichtete Resolution an; dasselbe geschah auf dem letzten Trades-Unionskongreß in Kanada. Schließlich erwähnte der Präsident die Bismarckkrankheit, die eine ernste Gefahr für die Bergleute bilde. „Meiner Ansicht nach“, sagte Mr. Harben, „ist dies keine neue Krankheit. Diese Art Patienten hatten wir seit uralter Zeit in unsrer Bergwerke. Aber die Krankheit bezieht sich so aus, daß ganze Bergwerksdistrikte in Gefahr sind, vernichtet zu werden. Ich überweise Ihnen eine englische Uebersetzung der Erfahrungen über diese Krankheit in französischen und deutschen Bergwerksdistrikten. Ich schlage vor, daß eine außerordentliche Konferenz aller im Vereinigten Königreiche vorhandenen Bergarbeiter-Organisationen einberufen wird, um diese Frage zu diskutieren, ebenso die Zollpolitik.“

Der Kongreß beschloß einstimmig, ein Arbeitsunwesen zu verurteilen. Schließlich protestierte er gegen die Beschäftigung unqualifizierter, fremder Bergarbeiter, die durch ihre Unkenntnis der englischen Sprache und Verhältnisse die gesetzlichen Schutzmaßregeln vernachlässigen und eine Gefahr für die Bergleute bilden.

Der Verband der Eisenbahner hielt diese Woche seinen Kongreß in Peterborough ab. Der Präsident gab eine Uebersicht über den Taff-Bale-Prozeß, dessen Entscheld gegen den Geist des Gewerkschaftsrechts sei. Er verurteilte die Haltung der Geschwornen in diesem Prozeß, denen es kaum zehn Minuten Zeit geloset, um zu ihrem Schuldpruch zu gelangen. Man könne schließlich nichts Besseres in Gewerkschaftsprozessen von Geschwornen erlangen, deren ganze Qualifikation darin bestehe, daß sie mindestens 2000 M. Jahresmiete zahlen. Der Kongreß war einstimmig der Ansicht, daß die parlamentarische Arbeitervertretung mit allen Kräften zu fördern sei. Außer dem Sekretär Mr. Bell sollen noch zwei andre Eisenbahner als Parlamentskandidaten aufgestellt werden. Einer derselben ist Genosse J. Holmes, der Führer des Taff-Bale-Streiks.

Dänemark.

In dem Budget für 1904—1905, das der Finanzminister dem Folkething vorgelegt hat, sind die Einnahmen auf 76 486 027 Kronen, die Ausgaben auf 77 779 615 Kronen berechnet. Die Einnahmen aus direkten Steuern sind auf 12 263 400 Kronen, die aus indirekten Abgaben auf 54 914 235 Kronen veranschlagt, darunter 45 1/2 Millionen Einkommensteuern. Unter den Ausgaben stehen die für militärische Zwecke an erster Stelle. Für Heer und Marine werden zusammen 10 345 779 Kr. verlangt, nahezu 100 000 Kr. mehr als im vorigen Etat. Da hierbei jedoch einige Posten, die offenbar dazu gehören, nicht mitgerechnet sind, so beläuft sich in Wirklichkeit die für militärische Zwecke verlangte Summe, wie „Socialdemokraten“ nachweist, auf 22 734 659 Kr., das sind 3 329 000 Kr. mehr als im Budget von 1901—1902, dem letzten des konservativen Regimes.

Aus Industrie und Handel.

Entlastungsfrist auf den Berliner Ringbahnhöfen. Wie alljährlich, erwies sich die Geleisanlagen des Ringbahnhofs Wilmersdorf-Friedenau auch in diesem Herbst als unzureichend für die Bewältigung des überaus starken Wagenladungsverkehrs der angrenzenden Vororte Schöneberg, Wilmersdorf und Friedenau. Um der drohenden Uebersättigung der Geleise vorzubeugen, hat die Eisenbahnverwaltung die sonst 12 Stunden betragende Entlastungsfrist auf 6 Stunden herabgesetzt. Unter den vorliegenden Verhältnissen läßt sich die Notwendigkeit dieser Maßregel kaum verkennen; sie ist aber für die Empfänger für Wagenladungen von so einschneidender Bedeutung, daß die längst geplante Erweiterung der Geleisanlagen nicht länger aufgeschoben werden kann. Die Handelskammer wird daher den Wünschen der Interessenten entsprechend an die Eisenbahnverwaltung das Ersuchen richten, den beabsichtigten Umbau des Bahnhofes Wilmersdorf-Friedenau sobald als möglich in Angriff zu nehmen. Der starke Ladungsverkehr hat auch für Nizdorz zu einer Verkürzung der Entlastungsfrist geführt. Sicherem Vernehmen nach handelt es sich dabei aber nur um eine Anordnung von kürzerer Dauer.

Der Streik zwischen dem Kohlenhändler und der Bergbau-Gesellschaft „Konkordia“ fand gestern in einer Schiedsgerichtssitzung seine Erledigung. Der Schiedsgerichtsstand lautet zu Gunsten der „Konkordia“, indem anerkannt wird, daß ihre Schacht 4 am 1. April

dieses Jahres im Stande war, 240 000 Tonnen zu fördern. Demgemäß wurde der Gesellschaft „Konkordia“ die Beteiligung zuerkannt.

Amerikanischer Hochofenbetrieb. Obgleich der amerikanische Eisenmarkt traurige Aussichten bietet, findet doch noch immer eine Betriebseröffnung neuer Hochöfen statt. Die Oefen sind meist noch zur Zeit der Hochkonjunktur in Bau gegeben worden, und da man sie nun, wo sie fertig sind, nicht gerne stillstellen lassen möchte, bläst man sie zunächst an, bald zeigt sich dann aber, daß für sie keine Arbeit vorhanden ist, und man bläst sie wieder aus, um sie in dem bekannten amerikanischen Optimismus bei nächster Gelegenheit wieder von neuem in Betrieb zu setzen. Thatächlich sind denn auch im August (über den September fehlen noch die statistischen Angaben) so viele Hochöfen an- und ausgeblasen worden, wie niemals in einem früheren Monat. Der Zahl nach überwiegen die Betriebseröffnungen, und unter diesen waren diejenigen von vier neu erbauten Oefen bemerkenswert. Von den neuen Oefen war einer im Briarwood zu Dubois (Pennsylv.), einer zu Cleveland, der Ofen Nr. 2 im Calumetwoel zu South-Chicago und einer zu Gadsden in Alabama. Eine ganze Anzahl von Oefen im Süden, die während der Arbeiterunruhen in den Kohlenminen ausgeblasen oder gedämpft waren, nahmen im August die Arbeit wieder auf. Im ganzen wurden neben den genannten neuen Oefen 19 Hoß- und 4 Holzhoß-Hochöfen in Betrieb gesetzt, aber 19 Hoß- und 3 Holzhoß-Hochöfen ausgeblasen. Am 1. September 1903 waren 273 Hoß- und 107 Holzhoß-Oefen mit einer Leistungsfähigkeit von 381 097 Tonnen pro Woche und 33 Holzhoß-Hochöfen mit einer solchen von 9736 Tonnen in Thätigkeit. Die gesamte wöchentliche Produktionskraft aller Oefen stellte sich demnach auf 370 833 Tonnen gegen 362 330 Tonnen am 1. August d. J. und 335 189 Tonnen am 1. September 1902.

Die Nachfrage nimmt ab, die Produktionskraft der Betriebe nimmt stetig zu, so geht es tiefer und tiefer in die Krise hinein.

Nachträgliches vom rumänischen Rentenswindel. In dem Prozesse wegen der in den Jahren 1898 bis 1901 bezagangenen Veruntreuungen bei den Vorgeschnungen der 4prozentigen rumänischen Rente hat der Appellgerichtshof die Urteile des Justizpolizeigerichts gegen den Bureauchef des öffentlichen Schuldendienstes Basil Dimitresco, gegen den Wechsel Dan Albahary und dessen Bruder, den Wechsel Behar, bestätigt. Die Strafe gegen den Wechsel Behar, der zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt war, ist auf 22 Monate Gefängnis erhöht. Die Schadenersatzleistung Moreno Albaharys und Behars wegen der durch Fälschungen bei den Richtigungen verursachten materiellen Schädigung des rumänischen Staates wurde auf 900 000 Franc herabgesetzt. Der Wechsellieferant des öffentlichen Schuldendienstes, Parisiano, der zu 5 Jahren Gefängnis und 2000 Franc Geldbuße verurteilt war, hat gegen dieses in contumaciam gegen ihn ergangene Urteil Beschwerde erhoben, die geordnet verhandelt werden wird.

Die großen Betrüger läßt man laufen, die kleinen hängt man.

Aus der Frauenbewegung.

Mütter, Frauen und Mädchen!

Beteiligt Euch an der Agitation zu den bevorstehenden Landtagswahlen!

Beweist, daß Ihr Interesse daran habt, daß in Zukunft nicht Junker, Adel und Großindustrielle die Macht haben, alle Bestrebungen der Arbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein zu unterdrücken!

Viele tief in das wirtschaftliche Leben der Arbeiterinnen eingreifende Fragen finden im Landtag ihre Erledigung; Bestimmungen über Steuer, Schule, Polizei und Gewerbe-Inspektion werden dort getroffen.

Mütter! Laßt es nicht länger zu, daß für Eure Kinder die Schulbildung auf das Mindeste herabgedrückt und jede weitere Bildung als Hemmschuh der Ausbeutung angesehen wird. Arbeiterinnen, lernt das Unrecht erkennen, das man Euch antut. Kommt alle, Ihr Frauen und Mädchen, Mütter und Arbeiterinnen in die Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins der Frauen und Mädchen Berlin und Umgegend. Schriftlicher Genosse Ray Grundwald wird in einem Vortrage alle diese Fragen beleuchten! Kommt alle! Keine darf fehlen! Läßigkeit heißt Pflichtvergessenheit gegen Eure Mitmenschen, gegen Euch selbst und Eure Kinder. Die Versammlung findet statt Donnerstag, den 15. Oktober, im Hofjäger-Palast, Däsenheide 52/53.

Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Die Zahlstellen des Vereins befinden sich: Im Norden: Frau Baus, Kottbuserstr. 9, Seitens. part. Frau Seeger, Kolbergerstr. 26, Laden. Frau Leid, Soldinerstr. 87. Frau Hinz, Poppel-Allee 128, vorn I. Im Nordosten: Frau Liebe, Elbingerstr. 27, vorn IV. Im Osten: Frau Bengels, Große Frankfurterstr. 133. Im Südosten: Frau Kohn, Wienerstr. 29, Laden. Im Süden: Frau D. Voder, Blücherstr. 49, Hof II. Frau Lub, Waterloo-Ufer 9, Laden. Frau Kulle, Prinzenstr. 102, III. Frau Scholz, Gneisenaustraße 50.

Eine Versammlung für Federarbeiterinnen hatte der Verein der Blumen- und Feder-Arbeiter und Arbeiterinnen am Mittwoch nach den Arminhallen besetzt, um sie an ihre Organisationspflicht zu mahnen im Hinblick auf die Organisation der Fabrikanten, welche sehr geeignet scheint, auch den berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen entgegen zu treten. Ein Fabrikant Friedenthal leistete sich in der Diskussion Beschimpfungen der Arbeiter, ihrer Organisationen und ihrer Leiter, die das große Maß der Geduld der Arbeiterinnen aufs äußerste erschöpfte und Stürme der Empörung hervorriefen. Unter andern Invektiven meinte er, wenn die Arbeitsräume als schmutzig geschildert würden, so seien sie doch kaum so schmutzig als die Wohnräume der Arbeiter überhaupt; die Arbeiterinnen wollen ja auch nicht arbeiten, sondern hummeln lieber herum. Die Großen, welche die Arbeiterinnen für den Verein ausgeben und von denen die Leiter derselben seit Jahren, die möchten die Arbeiterinnen lieber in Blindenanstalten anlegen und sich nicht aufwiegen lassen, denn mit den Arbeiterinnen, die doch nur lebende Maschinen seien, könne man keine ernsthaftige Organisation aufbauen. Die Vorsitzende Genossin Ihrer sowie der Vater einer Blumenarbeiterin und eine Federarbeiterin entgegneten dem Herrn Fabrikanten, der das Gastrecht und die äußersten Regeln des Anstandes völlig außer Acht gelassen hatte. Es wurde u. a. betont, daß 14 1/2 Stunden Arbeitszeit und ein Monatsgehalt von 60—80 M. keine Seltenheit sind. Herr Dirschfeld, ein Blumenfabrikant, verwarnte sich und seine Kollegen dagegen, daß Herr Friedenthal die Ansichten der Mehrheit der Fabrikanten zum Ausdruck gebracht habe, er könne nur für sich selbst gesprochen haben. Er erkläre namens der Blumenfabrikanten, im Gegenlag zu diesem Herrn, daß sie gerechten Forderungen der Arbeiterinnen gern ein williges Ohr leihen werden, und ersucht, ihn zu den Versammlungen, in denen man Forderungen berate, einzuladen.

Somit ist die junge Organisation als ein berechtigter Faktor von den Arbeitgeberern anerkannt und kann nun der Erfolg der mühsamen Aufklärungsarbeit nicht mehr ausbleiben. An den Blumenarbeitern ist es jezt, die Situation auszumachen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifdifferenzen im Glasergewerbe. In der gestrigen Mitglieder-Versammlung der hierigen Zahlstelle des Glaser-Verbandes berichtigte Frau, daß die Arbeitgeber ihr Ausbleiben von der am Donnerstag einberufenen Sitzung der Schlichtungs-Kommission damit entschuldigt haben, daß der Obermeister Jost zur Zeit verreist war und die Einladung des-

wegen zu spät an ihn gelangte. In einem Schreiben des Verbandes der Glaserien und verwandten Gewerbe wird des Weiteren zu einer gemeinsamen Sitzung der Schlichtungskommission, die am Dienstag stattfinden soll, eingeladen. Dort soll eine Aussprache über die tarifvertragsschlichtenden Firmen herbeigeführt werden. — Der Redner sprach sich im Namen des Vorstandes und der Vertrauensleute dafür aus, daß trotz der unliebsamen Verzögerung der Angelegenheit erst das Ergebnis der Sitzung abgewartet werden sollte, um danach über die weiteren Schritte zu beschließen. Von mehreren Seiten wurden Anträge gestellt, die tarifvertragsschlichtenden Firmen sofort wieder zu sperren. Nach lebhafter Debatte wurde jedoch schließlich folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung beauftragt die Mitglieder der Schlichtungskommission, darauf zu dringen, daß die tarifvertragsschlichtenden Firmen auf Beschluß der gemeinschaftlichen Sitzung sofort gesperrt werden.“

Zur Lohnbewegung der Konditoren und Pfefferkuchler. Am Freitag erhaltete die Lohnkommission in einer abermals sehr gut besuchten Versammlung Bericht über den Stand der Bewegung. Beschlüssig war in einer früheren Versammlung beschlossen worden, sich zwecks Verhandlung über die Tarifforderungen der Gehilfen schriftlich an die in Frage kommenden Arbeitgeber-Organisationen zu wenden. Antworten sind bisher nur von zweien derselben eingegangen. Die Wäckerinnung „Konfordia“ hat keine Antwort gegeben. Vom Verband selbständiger Konditoren ist zwar eine rechtzeitige Antwort in Aussicht gestellt worden, doch ebenfalls noch nicht erfolgt, weil noch keine Sitzung derselben stattgefunden hat. Die Wäckerinnung „Germania“ erklärt sich zu Verhandlungen mit der Lohnkommission der Gehilfen als unzulässig und überläßt es diesen, sich an die einzelnen Arbeitgeber zu wenden, die Konditorgehilfen beschäftigten. Eine merkwürdige Antwort hat der Verein Berliner Zuckerverarbeiten-Fabrikanten gegeben. Derselbe hat sich bereits am 20. August in einer Sitzung mit den Forderungen der Gehilfen befaßt und dort eine Resolution angenommen, deren Sinn und Wortlaut streng geheim gehalten werden soll, also auch der Lohnkommission nicht mitgeteilt werden dürfte.

Wichtig zeigte an diesem Beispiel, daß die Arbeitgeber sich schon längst weit eingehender mit den Forderungen der Gehilfen beschäftigt haben, als ein großer Teil der letzteren selbst dies zu thun für nötig befindet. In der regen Diskussion wurden wieder mehrere markante Fälle von unwürdigen Lohnangeboten den Gehilfen gegenüber zur Sprache gebracht. So schämten sich einige Meister nicht, arbeitsuchenden Gehilfen einen Wochenlohn von 12 bis 14 M. anzubieten. Bei der Firma Th. Hildebrandt u. Sohn wurde einem verheirateten Pfefferkuchler, der 23 M. Wochenlohn forderte, etwa 20 M. in Aussicht gestellt. Als er der Kot gehorchend dafür auch anfangen wollte, erklärte ihm der betreffende Meister jedoch, höchstens 18 M. geben zu wollen. Hieraus zog es der Gehilfe denn doch vor, sich andere Arbeit zu suchen. Es ist auch hinlänglich bekannt, daß bei dieser Firma die Arbeiterinnen, nach Ausweis der Lohnlisten, mit Wochenlöhnen von 8—10 M. abgepeist werden. Trotzdem haben die Leute dieser Fabrik kürzlich 2000 M. zusammen gesammelt — natürlich durchaus freiwillig — um Herrn Th. Hildebrandt zu seinem 25jährigen Ehejubiläum ein Geschenk zu machen, was dieser auch dankend annahm. Er hat sich dann allerdings revanchiert, indem er seinerseits 20 000 M. der Betriebskasse überwies und 55 000 M. zur Einrichtung einer Art Sparkasse für die bei ihm beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stiftete, deren „Segnungen“ diesen einmal später zu gute kommen sollen. In welcher Weise dies geschehen wird, kann heute noch nicht gesagt werden, weil die Statuten der Kasse von der Firma noch nicht ausgearbeitet resp. den Leuten zur Kenntnis gebracht sind. Die Redner meinten, wo noch solche thöralische Verhältnisse herrschen, da thäte es not, Licht in die Köpfe der Arbeiter zu bringen. — Nach der allgemeinen Aussprache wurde beschloffen, die Lohnkommission zu beauftragen, das E r r i g u n g s a m t des Gewerbegerichts zwecks Vermittlung mit den Arbeitgebern anzufragen. Die Gehilfen wollen kein Mittel unversucht lassen, um eine glückliche Regelung der Lohnfrage herbeizuführen, ehe sie zu dem letzten Mittel, dem Streik schreiten.

Ueber die Tarifbewegung der Töpfer wurde in der sehr stark besuchten Verbandssammlung am Freitag mitgeteilt, daß die Unternehmer auf die Kündigung des Tarifs, welche seitens der Arbeitnehmer erfolgt ist, bis jetzt noch keine Antwort erteilt haben, so daß noch völlige Ungewißheit darüber herrscht, wie sich die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeitnehmer gegenüber verhalten werden. Gerichtliche Verlaute, daß die Meister zum 15. Oktober gegen die Gesellen etwas unternehmen wollen. Die Töpfer hätten keine Ursache, von etwaigen Absichten der Unternehmer etwas zu fürchten, andererseits würden sie selber aber nicht angreifend vorgehen, sie könnten die Entwicklung der Verhältnisse ruhig abwarten, da die durch den Streik in Velten und Fürstentwale geschaffene Situation den Berliner Töpfern durchaus günstig sei. Sollte sich, was zu erwarten sei, aus Anlaß des Westener Streiks ein Mangel an Nachschub in Berlin bemerkbar machen, dann solle nicht die Arbeit niedergelegt, sondern Bezahlung für die durch Mangel an Material verursachte Zeit verlangt werden. Eine solche Situation würde auch die bevorstehenden Tarifverhandlungen erleichtern. — Der Innungsvorstand hat, wie mitgeteilt wurde, den Gesellen-Ausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, die am Montag stattfinden wird. Da wird voraussichtlich die Stellung der Meister zur Tarifbewegung bekannt werden.

Der Streik in Velten und Fürstentwale wurde ebenfalls in der Versammlung besprochen und allgemein gebilligt. Nachstehende Resolution wurde hierzu einstimmig angenommen:

„Die von etwa 1200 Töpfern besuchte Versammlung spricht den im Streik befindlichen Kollegen in Velten und Fürstentwale ihre vollste Sympathie aus und erwartet, daß die Streikenden mit aller Energie und Ruhe ihre geringen Forderungen voll zur Geltung bringen. Die Versammlung giebt ihrer Entrüstung Ausdruck über das brutale ablehnende Verhalten der Unternehmer in den beiden Orten und ist der Ueberzeugung, daß unsre streikenden Kollegen, gestützt auf unsre feste Organisation so lange im Kampf auszuhalten haben, bis ihnen der Sieg gewiß ist. Die Versammelten beschließen den Streikenden die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung seitens der Berliner Kollegen.“

Die Versammlung beschäftigte sich auch mit dem Arbeitsnachweis der Berliner Töpfer und beschloß, jedem der beiden Arbeitsvermittler für jeden Abend eine Entschädigung von 1,50 M. zu gewähren.

Warnung! Es werden von unbekannter Seite Listen in Umlauf gesetzt, angeblich zum Zwecke des Sammelns für die ausgesperrten Metallarbeiter. In verschiedenen Kreisen sind solche Listen angefertigt. Da weder von uns noch von sonst einer kompetenten Stelle derartige Listen ausgegeben sind, ersuchen wir, jede solche Liste anzuhalten, da Gefahr vorliegt, daß die Gelder andern als den angegebenen Zwecken dienen sollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Massenarbeitslosigkeit in Crimmitschau beginnt nun auch auf die Einlagen der Sparkasse einzuwirzen. Das darf nicht so verstanden werden, daß etwa die Weber selbst in größerer Anzahl von ihren Hungerlöhnen auch noch Spareinlagen gemacht haben, die sie jetzt abgeben; wohl aber liegt durch die Massenarbeitslosigkeit das gesamte Erwerbseinkommen Crimmitschaws, in dem die Textilbranche eine große Rolle spielt, schwer danieder und es dürften namentlich keine Geschäftskleute sein, die jetzt ihre Spareinlagen abgeben. Im September dieses Jahres wurden gegen dieselbe Zeit des Vorjahres nicht weniger als 40 000 M. mehr abgehoben; die Zahl der neuen Konten war weit geringer als im Jahre 1902, die Zahl der erloschenen Konten dagegen doppelt so groß.

Im Gegensatz zu den Märchen der Presse, welche auch die Crimmitschauer Aussperrten in gewohnter Weise verleumdet, ist in Wirklichkeit von irgendwelchen Ausschreitungen nicht die Rede. Die Arbeiter, welche ihre Kontrolllokale aufsuchen, gehen — um den Behörden jeden Anlaß zum Einschreiten zu nehmen — einzeln,

ntemals in Trupps. Ein hochgestellter Regierungsbeamter äußerte sich dieser Tage über die Haltung der Arbeiter: „Ich mache Ihnen mein Kompliment. Die Crimmitschauer Arbeiter verdienen sich den Dank der Behörden!“

In übrigen sind die Aussichten der Aussperrten durchaus günstig, falls es ihnen gelingt, genügend lange Unterstützungsmittel aufzubringen, um ein bedingungsloses Zutrettsverbot zu verhindern und der Zugang fernbleibt. So bringt die „Köln. Volkszeitung“ offenbar aus Sachkreisen eine sehr objektive Darstellung der jetzigen Lage, in der nur irrthümlicherweise immer von einem Streik statt richtiger von einer Aussperrung gesprochen wird. Es heißt in dem Artikel:

„Der heutige Streik begann am 20. August und dauert noch an. Seine Folgen zeigen sich seit 14 Tagen in M.-Glabach, wo aus Garnmangel 1000 Stühle feiern müssen. Ebenso müssen thüringische keine Erzeuger von Biogogneweisen eingeschränkt arbeiten. Der Zeitpunkt des Streiks ist ausgezeichnet gewählt. Der Garnbedarf ist seit Herbst 1902 so rege, daß nach jahrelangen Daniederliegen und infolge dessen geschwinder Ausräumung mancher Spinnerei die vorhandene Spindelzahl voll beansprucht wird, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Streik beweist diese Schilderung der Lage; nachdem er vier Wochen gedauert, kommt Garnmangel in jenem Umfange, der der Erzeugung des Streikgebietes entspricht.“

Bekanntlich ist die Aussperrung in der That eine Antwort der Unternehmer auf den Streik mehrerer hundert Textilarbeiter, die durch einen Ausstand den Jehntundentag erlanschen wollten. Durch die Aussperrung von 7000 Webern wollten dann die Unternehmer die Jehntundentagbewegung auf lange Zeit niederschlagen. Selbst vom Unternehmerstandpunkt giebt der Artikelschreiber der „Köln. Volkszeitung“ zu, daß die Crimmitschauer Arbeiter ein Recht haben, eine Verbesserung ihrer Lebenslage anzustreben und in diesem Kampfe volle Sympathie verdienen. Es heißt diesbezüglich:

„Es kann niemand, der die Verhältnisse kennt, abstreiten, daß Sachsen und Lausitz erheblich schlechter entlohnen als der Rhein. Um der bestbezahlten Einnahme zu begegnen, dafür leisten der rheinische Arbeiter auch mehr, wollen wir uns ganz genau ausdrücken: Wenn der rheinische Arbeiter nach Sachsen geht und dort in den sächsischen Accordlohn eintritt, so verdient er nicht so viel wie am Rhein. Und wenn der Sachse im Rheinlande arbeitet, so verdient er mehr wie in Sachsen. Der ostdeutsche Spinner und Weber giebt, kurz gesagt, für eine gleich große Menge Garn oder Tuch weniger Lohn aus als der rheinische. Den Unterschied muß der westliche Arbeiter in der Lebenshaltung ausgleichen, das ist des Pudels Kern.“

Natürlich gestatten diese Verhältnisse den sächsischen Unternehmern die schärfste Schmutzkonkurrenz mit den besser zahlenden Spinnereien und Webereien anderer Gegenden, und das erklärt die Sympathie selbst der Fabrikanten in vorgeschrittenen Gegenden für die Aussperrten in Crimmitschau. Der Artikel in der „Köln. Volkszeitung“ empfiehlt den Industriearbeitern schließlich unter Hinweis darauf, daß es klüger giebt, die noch schlechter zahlen als der Crimmitschauer, zunächst an diesen Plagen ihre Solidarität zu betätigen. Das thut die Arbeiter im wohlbestehenden eigenen Interesse ohne Rathschlag von anderer Seite. Aber wie pflegt die Sache sich dann meist zu gestalten? Die erste Thätigkeit, welche die Arbeiter in den kulturell zurückgebliebenen Gegenden zu unternehmen haben, ist die der Organisation, der erste Kampf ist aber dann nicht ein solcher um Erhöhung der Löhne, sondern ein Defensivkampf gegen die Angriffe von Polizei und Unternehmern auf die noch junge und widerstandsunfähige Organisation. Wünschen die einsichtigeren Unternehmer, daß ihnen die Arbeiter die Schmutzkonkurrenz vom Halbe halten, indem sie zuerst in den zurückgebliebenen Gegenden vorgehen, dann dürfen sie nicht die Koalition der Arbeiter hindern und gemeinsame Sache mit jenen skrupellosen Schatzmachern machen, denen jede Organisation der Arbeiter von vornherein ein Greuel und kein Mittel zu schlecht ist, um diese Organisation zu zerstören.

Für die streikenden und ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Uebersehung von einem Bergmann der Berliner Christlicher 19,55. Uebersehung der Frauen Berlins 4,15. Textilarbeiter Hilfsk. I 100.—. Von den Cementierern 50.—. Gelangenern „Freier Männerchor NW.“ 15.—. Tischler von Stadtnow, Joh. Leichert 12,60. Rudolf Köster 6,95. Stulleure von Baum u. Klemme 8.—. Verband der Schneider auf Witten 37,60. Centralverband der Glasarbeiter 300.—. Sächsischer Arbeiter-Verband Berlin 17,80. Tischler von Gursch 10,40. Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg. 200.—. Wäbelpolierer von Hildeberg, Kroll u. Co. 9.—. Entlast. „Pique Babe“ d. Beer 10.—. Schlichter Steinmetz 5,16. M. B. 4,65. Verein Berliner Stereotypenre 50.—. Verband der Wäbelpolierer 100.—. Verband der Weberarbeiter (Weißgerber und Färber) 3. Rate 100.—. Vom Personal der Buchdruckerei G. Bernstein 7,45. Emil Büllig 7,40. Norddeutsche 49.—. H. Scherl (Maschinenmeister von „Tag“ und „Woche“) 16.—. Witten u. Co. Accidens, 2. Rate 16,10. Witten u. Co. Stereotypenre, 3. Rate 9,60. Witten u. Co. Zeitung, 2. Rate 29,10. Gebr. Unger 12.—. Verband deutscher Buchdrucker, Ortsverein Könnigsberg 50.—. Gau Dilspreußen 50.—. Centralasse des Verbandes deutscher Buchdrucker 2000.—. Schmiebe 5.—. Theaterverein „Korben“ 5.—. Wäbgedränge 27,50. J. Otto 4,30. Am Dierichs bei Schola, Postenverträge, 3,40. Buchdrucker, Begleit-Rau-Lappin, 5.—. Kaiser-Jahrbuch Df 17,45. Summa 2699,60. Bereits quittiert 10 654,51. Gesamtsumme 14 344,11. Weitere Beiträge werden in unserm Bureau von 9—1 und 6—8 Uhr entgegengenommen.

Gelder, welche mit der Post eingeliefert werden, sind an H. Köthen, Engel-Wer 15, zu senden. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Gerichts-Zeitung.

Eine polizeiliche Spieserei, die sich im Mai dieses Jahres in der Mühlenstraße zutrug, und über die auch der „Vorwärts“ s. Z. berichtete, hatte gestern vor dem hiesigen Schöffengericht ein kleines Nachspiel. Angeklagt waren der Arbeiter L e i n e w e b e r und der Agent K o r g e wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und gemeinschaftlicher Körperverletzung, die an dem Kriminalhauptmann B u d e l a e begangen sein soll. Der Beamte gab als Zeuge folgende Darstellung von jenem Vorgang: In der Nacht vom 16. zum 17. Mai habe er um 2 Uhr Gäste aus dem Wälferschen Lokal in der Mühlenstraße kommen sehen. Da er Wälferskontrollen hatte, sei er an den Bier herangetreten, habe sich durch Vorzeigung seiner Marke als Kriminalbeamter legitimiert und gefragt, wie es komme, daß jener noch so spät Gäste herauslasse, da er doch nicht so lange Konzession habe. Der Wirt habe geantwortet, das ginge ihn gar nichts an, und ihm seinen Stod entrisen. Gleichseitig sei er von den Angeklagten und anderen Gästen arg bedrängt, niedergestochen, und von K o r g e mit einem Regenschirm über die Stirn geschlagen worden. Als er sich wieder erhoben hätte und die Angreifer trotz seiner Drohung, von der Waffe Gebrauch zu machen, nicht von ihm ablassen, habe er zwei Schüsse abgegeben, wodurch Reinweber an der Schläfe und K o r g e am Ohr verletzt seien. Als Entlassungszeuge wurde lediglich der Tischler D e n k e r vernommen, obwohl noch mehrere andre geladen waren. Dieser behauptete, es habe sich damals lediglich um eine Geburtstagsfeier gehandelt. Als der Kriminalhauptmann auf die vor der Thür stehenden Personen zugekommen sei, habe er wohl gesagt, er sei Kriminalbeamter, doch eine Marke habe er nicht gezeigt, obwohl man ihn mehrmals dazu aufgefordert hätte. Die Angeklagten hätten sich nun die Verästigung durch den fremden Mann, der sich als Beamter bezeichnete, verbeten und ihn aufgefordert, mit zur Wache zu kommen, um seine Personalien feststellen zu lassen. Bei dem Wortwechsel hätten sie den Beamten am Kermel gefaßt, es sei ein Din- und Herdrängen entstanden, wobei der Beamte zu Fall gekommen sei. Dieser habe sich jedoch sofort wieder erhoben und dreimal geschossen, wobei die Angeklagten verwundet wurden. Geschlagen oder irgendwie gemißhandelt worden, sei der Beamte nicht; K o r g e habe auch gar keinen Schirm bei sich gehabt. Dem Zeugen wird darauf vorgehalten, daß er laut

Protokoll auf dem Polizeibureau ausgefaßt habe, der Beamte habe mehrmals seine Marke gezeigt, er selbst habe sie jedoch wegen der herzhafte Dunkelheit nicht deutlich erkennen können. Hierauf erwiderte der Zeuge, derartige habe er auf dem Polizeibureau gar nicht ausgesagt. Als ihm die betreffende Stelle dort nach seiner Vernehmung vorgelesen worden sei, habe er dagegen Einwendungen gemacht, jedoch seien diese unbeachtet geblieben. — Der Kriminalbeamte blieb dagegen bei seiner Aussage und fügte hinzu, K o r g e habe ihn gleich anfangs von hinten umfaßt und festgehalten, ferner behauptete er, auch dem Reinweber seine Marke gezeigt zu haben, worauf dieser antwortete: „Solch Wechling kann jeder zeigen. Beide Angeklagte bestritten auf des Entschuldigende die Bekundungen des Beamten. Sie hätten nur deshalb seine Personalien feststellen lassen wollen, weil er wohl behauptet habe, Kriminalhauptmann zu sein, sich als solcher aber trotz mehrmaligen Erforderns nicht legitimiert habe. Es sei doch schon häufig vorgekommen, daß erlesene Personen sich als Kriminalbeamte ausgaben, ohne es zu sein. Im übrigen habe der Beamte auch niemandem von ihnen für verhaftet erklärt, sondern während der Drängerei ohne weiteres darauf los geschossen, sobald es nur einem glücklichen Zufall zu danken sei, daß sie nicht lebensgefährlich verletzt worden sind. Ferner stellen sie jeden thätlichen Angriff auf den Beamten in Abrede. Das Urteil lautete dahin, daß beide Angeklagte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt freizusprechen seien. Dagegen wurden sie der gemeinschaftlichen Körperverletzung für schuldig erklärt, in Anbetracht ihrer bisherigen Unbescholtenheit aber nur zu einer Geldstrafe von je 30 M. und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Die Erfindungen des Herrn Ganswindt bildeten den Mittelpunkt einer Privatklage des Zeitungsverlegers Rudolf R o s s e gegen den Redakteur B a l e s von der „Kölnischen Zeitung“, die gestern das hiesige Schöffengericht beschloß. Gegen die Unternehmungen des Erfinders Ganswindt waren bekanntlich seiner Zeit in verschiedenen Blättern, insbesondere im „Berliner Tageblatt“, mehrere Artikel erschienen, die den Zweck hatten, das Publikum vor der Übergabe von Geld zu den Ganswindtschen Unternehmungen zu warnen. Herr R o s s e ist dann längere Zeit in Untersuchungshaft gewesen, schließlich aus dieser entlassen und das Verfahren gegen ihn ist eingestellt worden. Nach seiner Entlassung hat Herr R o s s e Privatklagen gegen Herrn Rudolf R o s s e und mehrere Redakteure angehängt, die noch in der Schwebe sind. Inzwischen veröffentlichte Herr Ganswindt in einer Beilage der „Kölnischen Zeitung“ ein umfangreiches Infertat, in welchem er sein Vorgehen gegen Rudolf R o s s e und seine Redakteure begründete. Das Infertat enthält schwere beleidigende Ausdrücke gegen den Privatkläger, indem es diesen beschuldigt, gewissermaßen im Komplott mit dem Kriminalkommissar einen Feldzug gegen ihn eröffnet und wesentlich unwahre Thatsachen verbreitet zu haben; es wird darin ferner von einem „Pressefrel“, „Pubertäts“, „Verleumdungskrieg“ usw. gesprochen. Für das Infertatwesen der „Köln. Ztg.“ ist der Angeklagte Bales verantwortlich. Dieser übernahm auch diese Verantwortung, entschuldigte sich aber damit, daß die Aufnahme dieses zweifelslos beleidigenden Infertats darauf zurückzuführen sei, daß er wegen Geschäftsüberbürdung zu jener Zeit den Inhalt schlagfertigweise nicht genügend geprüft habe. — Für den Privatkläger beantragte Rechtsanwalt R o s s e mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen nicht eine Geld-, sondern eine Freiheitsstrafe, indem er darauf hinwies, daß erst dieser Tage ein Redakteur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden sei, weil er einen Pastor, der vor Gericht habe zugeben müssen, mit seiner Hausdame geschlechtlichen Umgang gehabt zu haben, einen „Schwänzer“ genannt habe. — Rechtsanwalt T u r t beantragte dagegen die Freisprechung auf Grund des § 20 Abs. 2 des Preßgesetzes, event. aber nur eine geringe Geldstrafe, da hier nur ein Versehen des Angeklagten vorliege, welches dieser selbst bedauere. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 200 M. a r t G e l d s t r a f e event. 20 Tagen Haft und sprach dem Privatkläger Publikationsbefugnis in der „Köln. Zeitung“ zu. Der Gerichtshof hielt die Beleidigungen an sich für sehr schwere, glaubte aber, daß bei der Strafmaßbestimmung auch die ganze Persönlichkeit des Herrn Ganswindt ins Gewicht fallen müsse, die zur Wahl einer Freiheitsstrafe für die Veröffentlichung der von diesem begangenen Beleidigungen nicht veranlassen könne.

In dem Bericht über die Verhandlung der Privatklage des Pastors Krösel legt Dr. Max Wittenberg Wert auf die Feststellung, daß die den Gegenstand der Klage bildende kurze Notiz in der „Berliner Montag-Zeitung“ nichts über Vorgänge im Pastorhaus zu Moxin, insbesondere nichts über intime Beziehungen des Pastors enthält und daß eine ganze Anzahl von Beweisanträgen der Vertheidigung über das Leben und Treiben des Pastors Krösel vom Gerichtshof abgelehnt wurden. Gegen das Urteil des Schöffengerichts ist Berufung angemeldet worden.

Verfammlungen.

Weißensee. Am Dienstag, den 6. Oktober, fand in Tschentzlers Saal die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Laut Bericht des Kassierers betrug die Einnahme im letzten Vierteljahr 740,53 M., die Ausgabe 308,65 M. Die Mitgliederzahl des Vereins ist in dieser Zeit von 654 auf 683 gestiegen. — Nach dem Bericht der Leitungskommission finden die Reputablen für dieselbe statt und werden die Genossen G a n t, R a u f s c h i l d, S i e g r i s, E i c h b a c h, S c h u m m a n n, H e m l e und R e i c h in dieselbe gewählt. In die Lokalkommission werden nach einem Bericht derselben G r e i t z e u y, G e h r h a r d t und M a r s c h a l l gewählt. Nachdem noch mitgeteilt worden, daß in unrer öffentlichen Zählstelle bei S c h m u y, Königs-Chaussee 38, die „Neue Zeit“ und die „Socialistischen Monatshefte“ ausliegen, damit die Genossen von den inerten Parteifreigen sich unterrichten können, wurde um 11 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Rüllichau-Schwibsdorf-Krossen-Zommerfeld. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlung am Dienstag nachmitt. und dafür am Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Großer, Drienstraße 39, vorn 1 Treppe, stattfindet. Genossen, welche noch nicht vom Stiftungsfeste abgerechnet haben, mögen das bei den Kommissionsmitgliedern thun. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Allgemeine Familien-Bierbesuche zu Berlin. Heute Samstag: Adressen 123 bei Diele von 3—6 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Solingen, 10. Oktober. (Privatdepesche.) Der Streik der Rouer und Hülfarbeiter dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Marielle, 10. Oktober. (W. Z. B.) Der hier tagende Kongreß der socialistischen Radikalen hat eine Resolution angenommen, in welcher die dem Parlament angehörenden Parteimitglieder aufgefordert werden, sich mit ihren Kollegen in den ausländischen Parlamenten, welche für den Frieden und die internationale Gerechtigkeit eintreten, ins Einvernehmen zu setzen hinsichtlich gleichzeitiger Unterbreitung einer Resolution in den betreffenden Parlamenten, in welcher die Regierungen aufgefordert werden, sich miteinander zu verständigen, und hinsichtlich der Stellung von Abänderungsanträgen zu den Heeres- und Marinebudgets, durch welche eine gleichzeitige Herabsetzung der militärischen Ausgaben erzielt werden soll, die die Arbeiter so schwer belasteten.

Bernigerode, 10. Oktober. (W. Z. B.) Vom Broden wird anhaltender Schneefall gemeldet.

München, 10. Oktober. (W. Z. B.) Das Schwurgericht verurteilte nach vierstägiger Verhandlung den Ingenieur Grub und den Zimmerpöller Wenthum, welche beschuldigt waren, durch Fahrlässigkeit den am 20. August v. J. erfolgten Einsturz der im Bau befindlichen Corneliussbrücke und damit den Tod zweier und die Körperverletzung von 34 Personen verursacht zu haben, zu 6 bezw. 4 Monaten Gefängnis.

Parteigenossen!

Am Sonntag, den 11. Oktober, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr, am Montag, den 12. Oktober, und am Dienstag, den 13. Oktober, von mittags 12 bis abends 8 Uhr liegen die Urwählerlisten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus.

Innerhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen, als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge — §§ 3 und 4 des Reglements — seine Einwendungen schriftlich bei dem Magistrat (adressiert an das Städtische Bureau für Wahlangelegenheiten, Poststraße 16) oder zu Protokoll in den oben bezeichneten Auslegungsbüros bei den dort anwesenden Beamten anzubringen.

Einsprüche, welche vor Beginn oder nach Schluß der Auslegung der Urwählerlisten eingegangen sind oder eingehen werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Juli/September 1903, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf sonst glaubwürdige Weise geführt werden.

Wer bereits einen Protestzettel unterschrieben hat, braucht die Liste nicht mehr einzusehen, da die Organisation alles weitere für ihn besorgt. Wer dagegen noch nicht unterschrieben hat, der überzeuge sich sofort davon, daß er in der Liste aufgeführt ist.

Die Urwähler haben in denjenigen Bezirken zu wählen, in welchen sie zur Zeit der Aufstellung der Listen, d. h. Anfang September d. J.

gewohnt haben.

Unsere Wahlleiter werden nochmals gebeten, frühzeitig Einsicht für ihre Auftragsgeber zu nehmen. Die Namen der Personen, welche sich gemeldet haben, sind urwahlbezugsweise auf dem Formular, welches sie erhalten haben, zu ordnen, damit die Einsichtnahme schneller vor sich geht.

Keiner aber darf mit der Einsichtnahme bis auf den Dienstag warten, da es sonst leicht geschehen kann, daß der Einspruch verspätet erfolgt.

Die Listen liegen amtlich an folgenden Stellen aus:

Table with columns: Nr., für die Stadtbez., Urwahlbezirke, in der Turnhalle der, Strafe Nr., and other details. It lists various districts and their corresponding election details.

An die Hunderttausende unserer Anhänger in Berlin richten wir die dringende Mahnung: Seid auf dem Posten! Weist dahin, daß die Einsichtnahme sofort vor sich geht, veranlaßt die Bestimmungen, die Kollegen, die Bekannten umgesehen zu diesem jetzt notwendigsten Akt; weist darauf hin, wie nötig es ist, der

stärksten Partei des deutschen Volkes Eingang in das verordnete Junckerparlament zu verschaffen und auch dort den Ruf ertönen zu lassen:

Wer mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für den Landtag!

Verzagt die wenigen Tage. Jeder von Euch sei ein bewußter Agitator im Dienste der Partei.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute von Berlin und Umgebung.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 10. Oktober 1903.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat und seine Arbeiter.

Die Rekonstitutionierung des Kohlenyndikats. — Syndikat und Presse. — Das Syndikat und die Interessen der Bergarbeiter. — Quads Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“. — Wahrscheinliche Änderungen einer Urkündigung des Syndikats. — Lohn- und Preissteigerungen beim Syndikat.

Nach den auf der Essener Bergbesitzer-Versammlung am 1. Oktober gefassten Beschlüssen kann die Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats auf der durch die Änderungen des Syndikatsvertrages beträchtlich erweiterten Basis für völlig gesichert gelten. Der bisher noch nicht erfolgte Anfall der Jahre „freie Vogel“ und „Unverhofft“ hat, wie die Stimmung in der Versammlung bewies, keinerlei Bedeutung, und daß der Beitritt der größeren Hüttenzechen, der nach § 12 des neuen Vertrages bis 31. Dezember dieses Jahres erfolgen muß, wenn nicht doch noch zuguterletzt die Rekonstitutionierung scheitern soll, Schwierigkeiten machen wird, ist kaum anzunehmen, nachdem verschiedene der bedeutendsten Hüttenzechen bereits ihren Beitritt angemeldet oder bestimmt zugesichert haben. Das Feld zur Verhängung der nach den Angaben der großindustriellen rheinischen Presse lediglich auf die Förderung der deutschen Industrie und des nationalen Wohlstandes gerichteten Bestrebungen des Syndikats ist also frei; und es wird sich nun zeigen, wie die Syndikatsleitung ihre Aufgabe auffaßt.

Nach unserer an dieser Stelle schon mehrfach dargelegten Ansicht bezwecken die vorgenommenen Statutenänderungen, speziell die des § 2 der Satzungen, der bisher als Gegenstand des Unternehmens lediglich den An- und Verkauf von Kohlen bezeichnete, nun aber als weitere Aufgaben auch „den Erwerb von Grubenfeldern und Bergwerksanteilen, den Betrieb von Unternehmungen aller Art, die auf die Lagerung, den Absatz und die Beförderung von Bergwerksprodukten gerichtet sind, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmungen“ hinzuzufügen (wofür 8 Proz. der Gesamt-Jahresrechnungen, also jährlich etwa 11—14 Millionen Mark, zur Verfügung gestellt werden), nichts anderes, als zunächst eine völlige Vernichtung der Konkurrenz der Nichtyndikatszechen, eventuell, wenn die Preisunterbietungen nicht helfen sollten, durch Massenankauf von Aktien und Aussen solcher „Dauferlöse“ und Beschaffung der Direktoren wie Aufsichtsräte mit Vertrauensmännern des Syndikats. Ferner ist eine straffere Organisation des Kohlen-Großhandels, vornehmlich völlige Beherrschung des Kohlenvertraufsgewebes auf dem Rhein geplant. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, dann hat das Syndikat die unbeschränkte Macht, im Westen Deutschlands die Preise für alle Kohlen, Coaks, und Briquettsorten, da belamntlich das Coalsyndikat und der Briquettsverkaufsberein ihm angegliedert werden, ganz nach seinem Willen zu stellen und auf Kosten der deutschen Kohlenkonumenten seine Ausfuhr nach den niederländischen, belgischen und nordfranzösischen Märkten zu forcieren.

Diese Monopolbestrebungen ergeben sich ganz deutlich aus den vorgenommenen Statutenänderungen. Um so charakteristischer ist es, daß sich in letzter Zeit fast die gesamten Handelsblätter für die Erneuerung des Kohlenyndikats ins Zeug legten und schredliche Folgen prophezeiten, wenn die fernsichtige Wera des Syndikatsregiments durch ein syndikatsloses Interregnum unterbrochen würde. Wenn Blätter wie die Hütten national-liberaler Uneigennützigkeit am Rhein oder das Essener Sprachrohr der Grubenbetreiber und ihrer finanziellen Hintermänner für das Kohlenyndikat schwärmen, so wundern das schließlich ebenso wenig jemand, als wenn die hiesige „Post“ und die ehrsam „Berliner Neueste Nachrichten“ in Syndikatsbegierigkeit mahnen. Aber auch manche Blätter, die vorn in ihrem politischen Teil gegen die schändliche Preispolitik der Syndikats eifern und mit Gründen, die durch ihr Alter keineswegs anfechtlicher geworden sind, für das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte plädieren, folgten dem Beispiel, vom „Vörsen-Courier“ bis zur alljährlichen „Wesung“. Die Erklärung dafür liefert die enge Interessenverbindung der Berliner Großbanken mit der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie, z. B. der Diskontogesellschaft mit der Selsenkirchener Gesellschaft, der Handelsgesellschaft mit der Harpener, des Hauses Bleichröder mit der Hibernia usw.

Unter den Gründen, mit denen die Unternehmerpresse für die Syndikatserneuerung eintrat, befindet sich auch der, daß die durch das Syndikat bewirkte Produktions- und Preisregulierung im Interesse der Bergarbeiter liege. Zum Beweise berief man sich auf folgende Stellen eines vom Genossen Quö, dem Leiter des Bergarbeiterverbandes, in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Artikels:

„Vom Arbeiterstandpunkte aus betrachte ich aber die Unternehmerartikelle à la Kohlenyndikat nicht mit feindslichen Blicken. Die Syndikats sind notwendige Folgen unserer Wirtschaftsentwicklung, wie andererseits die Arbeitergewerkschaften. Ich wünsche, daß die augenblicklichen Verhandlungen über die Syndikatserneuerung zur Neubildung der Gesellschaft führen mögen. Die Entwicklung der Industrie führt sich ja auch nicht an unsren Wünschen. Der Zusammenschluß der Zechen muß und wird kommen, entweder so oder so. Kommt das Syndikat in alter Form — abgesehen von einigen Modifikationen — nicht zu stande, dann wird nach vorherigem Konkurrenzkampf das Ende ein Trübsal der größten Gesellschaften sein; jetzt schon kommen die 12 größten über 48 Proz. der ganzen Syndikatsförderung, die 72 andern Syndikatsgruben sind oft machtlos. Eine Verkaufskorporation ist gewiß einem vertauselten Rammunternehmen vorzuziehen. Die Accumulation des Kapitals halten keine frommen Wünsche auf; mag sich also das Syndikat trotz alledem nur erneuern! Wenn in der „kölnischen Volkszeitung“ auch fortwährend angeblich von volks- und arbeiterfreundlicher Seite Stimmung gegen das Syndikat gemacht wird, so weiß man doch, was dahinter steht: teils ist es reaktionäre Stimmung, die sich mit der modernen Entwicklung nicht abfinden kann; teils kommen bekannte Duffler zu Wort, deren politische Parteilichkeit der der „kölnischen Volkszeitung“ entspricht.“

Man glaube nur nicht, die Nichtyndikatszechen hätten entsprechend ihrem steigenden Absatz den Arbeitern wenigstens keinen Lohnabzug gemacht. Langebrunn, eine der bedeutendsten Nichtyndikatsgruben, zahlte 1902 dieselbe Ausbeute (600 M. pro Sch. im 1899, aber die Löhne sind um 30 bis 40 Proz. gefallen. Nur weil die Kupfersteine keine Feierschichten einlegten, strömten die Arbeiter ganz dorthin, die Schichtlöhne stiegen auf den nichtyndikatsierten Gruben genau so schlecht wie auf den andern. Selbstverständlich machen sich die Nichtyndikatszechen die durch das Syndikat geschaffene Situation zu nutz: sie verkaufen einige Mark unter Syndikatspreis, steigern dadurch ihren Absatz, kaufen aber die Arbeiterkraft zu der üblichen Taxe. ...

Oh ohne Syndikat die Hochkonjunktur wildere Preis-schraubereien brachte, das ist auch eine Doktorfrage — ich möchte

sie bejahen. Natürlich folgt daraus, daß ich eine noch schärfere Kritik als Nachwehen der Syndikatslosen Zeit annehme. Auch dem ist so. Schon 1894, als das Syndikat durch Förderbeschränkung Feierschichten veranlaßt, habe ich auf die früheren Jahre hingewiesen, wo zwar die Feierschichten nicht so regelmäßig, aber darum doch nicht geringer auftraten. Als das Syndikat noch nicht bestand, war auch der Lohnsatz in der Beschäftigten stärker, die Arbeiterentlastungen — in den siebziger und achtziger Jahren — umfangreicher. ...

Gerade vom Arbeiterstandpunkte wünsche ich die Erhaltung des Kohlenyndikats. Fällt es, so ist die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes dadurch nicht gebessert, vielmehr muß die Kosten des schon angeforderten Konkurrenzkampfes bis aufs Messer der immer noch schwach organisierten Arbeiter, tragen.

Die Citate sind insofern nicht ganz ehrlich, als sie meist wichtige Stellen aus andern Teilen des Quö'schen Artikels, die zu den obigen Auslassungen eine Ergänzung bilden, unberücksichtigt lassen. So unbedingt hat Quö sich keineswegs für die Syndikatsverlängerung ausgesprochen. Er betont z. B. S. 579, daß die Preispolitik des Syndikats den Absatz im Inlande einschränkt, damit die Industrie hemmt und also „direkt in die Arbeiterexistenz eingreift.“ Ferner weist er entschieden (Seite 581, 583) die von syndikatsfreundlicher Seite verbreitete Ansicht zurück, das Syndikat halte sich von aller Einflussnahme auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse — d. h. vom Lohndruck — frei. Und drittens erklärt er S. 589 wörtlich:

„Wenn man die Arbeiterverhältnisse unter der Herrschaft des Syndikats vergleicht mit denen der früheren Zeit, so kann von einer absoluten Benachteiligung der Belegschaften nicht gesprochen werden; nur im Verhältnis zum Unternehmerngewinn und zur Verteuerung der Lebensbedürfnisse ist der Arbeiterlohn zurückgeblieben; in ungehörigster Weise verschlechtert hat er sich erst seit 1900, und zwar durch die abwärtschwächende, daher falsche Preispolitik des Syndikats. Hier ist ein absolut niederdrückender Einfluss des Kartells auf das Arbeitererwerbunnen unbestreitbar.“

Ein solcher Vercher der Syndikatspolitik, wie eine gewisse Presse, voran die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller es hinzustellen beliebt, ist also Genosse Quö keineswegs. Aber selbst dann, wenn man die Ausführungen Quö's nicht mit den Augen der interessierten kapitalistischen Presse ansieht, muß ich seine Stellungnahme, welche der vom „Vorwärts“ bisher in dieser Frage eingenommenen direkt widerspricht, für verfehlt halten.

Welche Gründe sind es, die den Genossen Quö zu dem Wunsch einer Erneuerung des Kohlenyndikats bestimmen? Erstens die Annahme, daß die Syndikats „notwendige Folgen unserer wirtschaftlichen Entwicklung“ sind. Soll das heißen, daß unsere heutige kapitalistische Produktionsweise die industriellen Kapitalisten dazu drängt, die freie Konkurrenz mehr oder weniger durch Kartell- und Syndikatsvereinbarungen einzuschränken, daß also die Syndikats in den modernen Wirtschaftsverhältnissen eine gewisse Grundlage finden, so gebe ich das völlig zu —, nicht aber die Folgerung, daß deshalb auch die Arbeiter für Syndikats eintreten müssen. Auch der moderne Imperialismus und die Kolonialpolitik entsprechen in gewissen Sinne notwendigen Bedürfnissen unserer kapitalistischen Entwicklung; auch der heutige Militarismus ist etwas in den heutigen Verhältnissen durchaus Begründetes — dennoch bekämpfen wir sie, und mit Recht, denn unsere Aufgabe ist es nicht, dem heutigen politischen System wie der heutigen Wirtschaftsweise die Mittel zur Dedung ihrer Bedürfnisse, zur Erweiterung und Erhaltung ihrer Machtstellung zu liefern.

Auch die Wahrscheinlichkeit, daß, wenn das Syndikat nicht zu stande gekommen wäre, die größeren Gesellschaften sich zu einem oder auch zwei, drei Trübsal vereinigt haben würden, kann man zugeben. Des solchen Trübsal aber das Syndikat vorzuziehen sei, möchte ich — vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus — denn doch bezweifeln. Einem Trübsal, der nicht nach amerikanischen Muster mit einer tiefen Verwässerung des Aktienkapitals, d. h. mit einer starken Ueberkapitalisation beginnt, wäre es entschieden weit eher möglich, die Produktion zu verbilligen und technische Verbesserungen durchzuführen, als dem Syndikat, das nichts als eine Betriebsgesellschaft der erzeugten Bergwerksprodukte ist, die auf die Betriebsführung und die technischen Einrichtungen der einzelnen Zechen keinerlei Einfluss hat. Die Accumulation (Konzentration) des Kapitals aber, von der Quö spricht, findet bei der Verfassung weit gründlicher statt, ja man kann ohne Uebertriebung sagen, das Syndikat wirkt dadurch, daß es den kleineren und mittleren Zechen einen gewissen Anteil an dem Absatz garantiert und den Konkurrenzkampf der großen gegen die kleinen Gesellschaften hindert, direkt der Kapital- und Betriebskonzentration entgegen. Und diesen natürlichen Tendenzen des kapitalistischen Systems durch künstliche Mittel zu wehren, hat die Arbeiterkraft gar kein Interesse.

bleibt noch die Frage, inwiefern die Wirkung des Syndikats und Trübsal auf die Marktverhältnisse eine verschiedene ist, besonders was die Preisinstabilität anbelangt. Nun ist wohl zweifellos, daß das Syndikat in seiner neuen Gestalt weit mehr den inneren Markt beherrscht, als einem oder zwei Trübsal, die nie die Gesamtheit der heutigen Syndikatszechen umfassen würden, möglich wäre, daß also die Konkurrenz eine ungleich schärfere sein und infolgedessen auch der Druck auf die Marktpreise sich verstärken würde. Der Erfolg wäre dennoch eine Verminderung der Kohlenpreise und Vermehrung des Koniums.

Bleibt noch die Frage, inwiefern die Wirkung des Syndikats und Trübsal auf die Marktverhältnisse eine verschiedene ist, besonders was die Preisinstabilität anbelangt. Nun ist wohl zweifellos, daß das Syndikat in seiner neuen Gestalt weit mehr den inneren Markt beherrscht, als einem oder zwei Trübsal, die nie die Gesamtheit der heutigen Syndikatszechen umfassen würden, möglich wäre, daß also die Konkurrenz eine ungleich schärfere sein und infolgedessen auch der Druck auf die Marktpreise sich verstärken würde. Der Erfolg wäre dennoch eine Verminderung der Kohlenpreise und Vermehrung des Koniums.

Wenn von einer gewissen Presse auf die Steigerung der Bergarbeiterlöhne in den Jahren 1894—1900 hingewiesen und daraus gefolgert wird, daß dieses Ergebnis dem Kohlenyndikat zu danken ist, so heißt das, dem Syndikat etwas zuzuschreiben, was Wirkung der Hochkonjunktur war. Sehr leicht ließe sich nachweisen, daß auch in andern wirtschaftlichen Aufschwungsperioden und in nicht kartellierten Industriezweigen ähnliche, zum Teil sogar höhere Lohnsteigerungen vorgekommen sind.

Dagegen ist es eine Thatsache, daß seit dem Bestehen des Kohlenyndikats die Profitrate der Zechen enorm in die Höhe gegangen ist, weit mehr als die Bergarbeiterlöhne. Nach den eigenen Angaben der Leiter des Kohlenyndikats in der Unquett-Kommission stieg z. B. der Durchschnittserlös (das heißt der tatsächliche Betrag aus dem Inlande, wie Auslandsverkauf, nicht etwa der Marktpreis), den das Syndikat pro Tonne Kohlen erzielte, in den Jahren 1894 bis 1901 von 7,93 auf 11,01 Mark, also um 41 Proz., dagegen erhöhte sich nach amtlicher

Berechnung der durchschnittliche Jahresverdienst der Arbeiter mit von 661 auf 1224 M., also um 85 Proz. Dabei kommt aber in Betracht, daß der Teil der Produktionskosten, der nicht in Arbeitslöhnen besteht, also die Verzinsung der Kapitalien, Unterhaltung der Maschinen und Gebäude, öffentliche Abgaben etc., keineswegs gleichfalls um 85 Proz. gestiegen ist, sondern höchstensfalls um 5-10 Proz., so daß die Gewinnsteigerung pro Tonne für die Zechen in vielen Fällen weit über 100 Proz. beträgt.

Folgende Rechnung mag das beweisen. Nehmen wir an, der Produktionspreis betrage 6,50 M., der Erlös 8 M. pro Tonne, der Gewinn also 1,50 M., und von diesen Produktionskosten entfielen 4 M. auf Arbeitslohn, 2,50 M. auf andere Erzeugungskosten. Dann ergibt sich folgende Rechnung: 8 M. + 41 Proz. = 11,28 M., dagegen steigen die Produktionskosten nur von 6,50 M. auf 7,89 M. (nämlich 4 M. + 28 Proz. = 5,12 M. und 2,50 M. + 10 Proz. = 2,75 M.). Der Gewinn pro Tonne, der früher nur 1,50 M. betrug, stellt sich also nun auf 11,28 - 7,89 M. = 3,39 M. — eine Zunahme von 126 Proz.

In Wirklichkeit liegt oft die Sache noch günstiger, der Lohnanteil an den Produktionskosten beträgt keineswegs, wie in obigem Fall überall 62 Proz. und ebenso wenig die Steigerung der andern Produktionskosten 10 Proz. Immerhin zeigt dies Beispiel, wie den wirklichen Nutzen vom Kohlenhandel geholt hat.

Berliner Partei-Angelegenheiten. Achtung Parteigenossen!

Am Dienstag, den 13. Oktober, finden in Berlin 16 Protest-Versammlungen gegen die Ansetzung der Wahlzeit zum preussischen Landtag auf 2 Uhr nachmittags statt.

Zweiter Wahlkreis. In der gestrigen Aufforderung, die Wählerlisten einzusehen, ist mitgeteilt, daß in einer Reihe von Lokalen die Listen ausliegen. Das ist ein Irrtum. Die betreffenden Lokal inhaber sind vielmehr bereit, für diejenigen, die den Protestzettel nicht unterschrieben haben und verhindert sind, die Listen einzusehen, diese Einsicht zu übernehmen.

Erster Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost). Die Urwahl-Bezirksleiter werden ersucht, die Urwähler-Listen heute vormittag 10 Uhr vom Lokal Becker, Köpnickstr. 191, abzuholen.

Achtung! Fünfter Reichstags-Wahlkreis. Die Parteigenossen werden verpflichtet, alle bis heute abend 5 Uhr nicht erledigten Protestzettel zur Landtagswahl unverzüglich im Wahlbureau Rosenhallerstr. 57, Restaurant Pfeffer, abzuliefern. Das Bureau ist heute, Sonntag, bis 7 Uhr abends zu diesem Zweck geöffnet. An dieser Stelle können auch die Wählerlisten eingesehen werden. Der Vorstand des Wahlvereins.

In Charlottenburg werden die Urwählerlisten am Sonntag, den 11. Oktober von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags, am Montag, den 12. Oktober und am Dienstag, den 13. Oktober von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends öffentlich ausliegen und zwar: a) für die Stadtbezirke Westend, Spandauer Berg, Schloßviertel, Bienenfeld, Kolonnenwerder, Ronnendamm, Königsdamm nördlich und südlich, Martiniensfelde, Lützow, Halbinsel und innere Stadt (Urwahlbezirke 1 bis 88) im Statistischen Amt, Verlmerstr. 71, Seitenflügel 1 Treppe, b) für die Stadtbezirke Hofschulviertel, am Kurfürstendamm und Ostviertel (Urwahlbezirke 87-136) im Feuerwehr-Dienstgebäude, Kanststr. 10, 1 Treppe (im Brandmeister-Dienstzimmer). Innerhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste seine Einsprüche schriftlich bei dem Magistrat oder zu Protokoll in den bezeichneten Räumen bei dem dort anwesenden Beamten anzubringen. Für die Legitimation ist durch Vorlegung der Steuerquittung für das letzte Vierteljahr oder einer polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf andre glaubwürdige Weise zu sorgen.

Spandau. Am Dienstag, abends 8 Uhr, findet hier selbst im Restaurant „Vorwärts“, Schönwalderstr. 80, die ordentliche Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins statt, in welcher die in voriger Versammlung nicht zu Ende geführte Debatte über das Fortbestehen oder Eingehen der „Laternen“ weitergeführt werden soll. Außerdem sind die Neuwahlen sämtlicher Vertrauensleute vorzunehmen. Die hohe Wichtigkeit der Tagesordnung erheischt es, daß niemand in der Versammlung fehlt.

Schöneberg. Parteigenossen! Die Stadtverordnetenwahlen der III. Abteilung finden in unserem Orts voranschreitend am Freitag, den 6. November, statt. Zur Aufstellung der Kandidaten findet am kommenden Dienstag bei Döb, Weiningerstr. 8, eine Kommunalwähler-Versammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Wurm spricht über: Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik.

Der Schmargendorfer Wahlverein hält am Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Wirtshaus Schmargendorf eine Versammlung ab, in der die Wahlmänner für die Landtagswahl aufgestellt werden. Außerdem findet ein Vortrag über die Landtagswahlen und die Berichtserstattung von der Kreis-Generalversammlung statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Wahlverein. Generalversammlung am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr bei Korch, Pankow, Kreuzstr. 3/4. Tagesordnung: 1. Berichte des Vorstandes, Vertrauensmannes und der Revisoren. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes, Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Mariendorf. Ueber die Stellung zu den Landtagswahlen spricht Genosse Curt Baake Dienstagabend im Lokale von Reichardt, Chaussee-straße 16.

Lokales.

Ueber den Prozeß Dippold in Bayreuth haben wir uns gestern eingehend geäußert. Aus der Verhandlung vom Freitag ist nur wenig anzuführen. Sehr eigentümlich wird die Deffentlichkeit nach allem, was sie aus den Verhandlungen erfahren hat, von den folgenden Ausführungen des Staatsanwalts berührt sein:

Man versuchte mittels schamloser Lügen noch die Ehre der armen Familie Koch, über die dieser Mann, der dort auf der Anklagebank sitzt, so großes Herzleid, so vielen Gram und Kummer gebracht hat, öffentlich in den Schmutz zu ziehen. Ja bis zum Beginn dieses Prozesses hat sich im großen Publikum der Glaube erhalten: die Familie Koch sei an dem Tode ihres Kindes zum mindesten moralisch mitschuldig. Die öffentliche Verhandlung hat diesen Glauben gründlich zerstört. Die Verhandlung hat ergeben, daß noch niemals mit solch schamlosen Lügen gearbeitet worden ist. Der Angeklagte hatte die Stille, während sein Opfer, der von ihm getötete Heinz, auf der Totenbahre lag, Herrn Dr. Seebert gegenüber die Familie Koch in der gemeinsten Weise zu verleumben und zu beschimpfen. Er hatte die Freiheit, zu sagen, die Eltern kümmerten sich überhaupt nicht um ihre Kinder. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Eltern auch nicht die mindeste Schuld trifft.

Nachdem das auf acht Jahre Zuchthaus lautende Urteil gefällt war, unterhielt sich der Angeklagte noch eine Zeitlang mit seinem Verteidiger und erklärte sodann, daß er auf Revision verzichten wolle.

Der Angeklagte, der, um ihn vor der Wut des Volkes zu schützen, in der Nacht zum Freitag im Landgerichtsgebäude untergebracht war, wird auch vorläufig noch nicht abgeführt, da Ausschreitungen befürchtet werden. Vor dem Gerichtsgebäude hatte wiederum eine große Menschenmenge Aufstellung genommen.

Eine gar wunderbare Moral zieht die „Post“ aus dem Prozeß Dippold:

„Das herzerstreuende Drama, welches gegenwärtig vor dem Schwurgericht in Bayreuth verhandelt wird, beweist wieder einmal deutlich, wie wenig Ursache die Kinder armer oder minder wohlhabender Leute oft haben, die Kinder reicher Häuser zu beneiden. Nicht die materiellen Genüsse und Vorzüge machen das Glück der Jugend aus, sondern das Maß von Liebe und Wohlwollen, welches den Kindern entgegengebracht wird, in ihren Herzen Liebe und Vertrauen entzündet und ihnen das Wort von dem Rosenpfad der Jugend nicht lediglich als eine poetische Illusion erscheinen läßt. Und diesen Reichtum an Liebe müssen diejenigen Kinder aus reichen Häusern, deren Erziehung ganz in die Hände besoldeter fremder Personen gelegt ist, nur zu oft entbehren.“

Also, lieber Junge, der du als Kind armer Eltern Hunger und Elend erleiden und deine Erziehung im Straßenschmutz suchen mußt, gib dich zufrieden! Gib dich zufrieden, selbst wenn du als Verbrecher im Zuchthaus endest, denn du siehst, daß es das normale Los der Kinder reicher Eltern ist, von ihren Erziehern zu Tode geprügelt zu werden! Wir empfehlen der „Post“ folgenden Vorschlag: Um in der proletarischen Jugend die Begehrlichkeit zurückzudämmen, fertige man für die Volksschulen hübsch kolorierte Bilder an, auf denen das Leiden und Sterben des reichen Heinz Koch möglichst anschaulich dargestellt ist. Der unangesehene Jammer dieses Knabens muß die Armut als Wohlstand erscheinen lassen und Menschen schaffen, denen ein über zehn Mark hinausgehender Wochenlohn Todeslässe dünkt.

Eine Straßenszene. Ein Händler hält mit seinem Wagen, auf dem duftendes Obst und frisches Gemüse ausgebreitet sind, an der Straßenecke. Eine Anzahl Frauen mit Körben und Markttaschen umfassen das Gefährt. Der Händler hat alle Hände voll zu tun, um die Wünsche seiner Kundinnen zu befriedigen. Gegenüber, auf der andern Seite der Straße, steht ein Grünkrämer müßig vor seiner Kellertür und sieht mit neidischen Blicken auf den „Gewerbebetrieb im Umherziehen“, der sich hier fast täglich vor seinen Augen abspielt. Ein Schuhmann naht. Der Grünkrämer vor seiner Ladentür lächelt. Gemeinen Schrittes naht der Beamte dem vielbeschäftigten Straßenhändler und fordert ihn auf, weiter zu fahren. Der Händler verweist auf die den Wagen umstehenden Kunden, und beruft sich darauf, daß er nicht weichen brauche, ehe der letzte Käufer bedient sei. Der Schuhmann beharrt bei seiner Aufforderung, der Händler spricht dagegen, gibt aber schließlich nach und fährt einige Schritte weiter. Die Frauen mit Körben und Markttaschen folgen dem Wagen und verlangen energisch, daß der Händler sie bediene. Der Wagen hält wieder, der Händler kommt dem Verlangen seiner Kundinnen nach. Der Schuhmann wiederholt seine Aufforderung, daß der Händler sich entferne. Zwischen diesem und dem Beamten entsteht eine Diskussion, die auf beiden Seiten mit ziemlicher Festigkeit und nicht zu leiser Stimme geführt wird. Inzwischen hat sich natürlich eine größere Anzahl Menschen angesammelt, jeder Vorübergehende bleibt stehen, um dem Streit zwischen Schuhmann und Händler zuzusehen. Jetzt richtet der Beamte auch an die Umstehenden die Aufforderung, sich zu entfernen. Einzelne widersprechen, sie ergreifen für den Händler Partei und suchen dem Schuhmann klar zu machen, daß der Händler im Recht sei und so lange an der Stelle bleiben könne, als er Kunden zu bedienen habe. Der Schuhmann droht den Widersprechenden mit Sistrifizierung wegen Behinderung des Straßenverkehrs. Man hält ihm entgegen: Sie sind es ja, der den Verkehr hindert. Sie verursachen ja einen Auflauf. — Der größte Teil der Zuschauer verwandelt sich nun in Käufer, die etwas von der Ware des Straßenhändlers begehren. Das Geschäft blüht. Der Händler hat vollauf zu tun, um den so stark vergrößerten Kreis seiner Kunden abzufertigen. Zwischen durch wird die Diskussion mit dem Schuhmann, der vor dem Wagen auf und abgeht und nicht mehr auf die Entfernung des Händlers besteht, fortgesetzt. Aergert sich schaut der Grünkrämer von seiner Kellertür aus auf das geschäftige Treiben seines Kollegen im Umherziehen. — Schließlich erreicht diese Straßenszene ihr natürliches Ende dadurch, daß der „siegende Händler“, dem, so lange der Schuhmann aufwendend war, immer neue Kunden zuströmten, von dannen zog, nachdem er vollständig ausverkauft hatte.

Die Genehmigung der habsburgischen 228 Millionen-Anleihe steht, wie die Reichshauptstadt, Kortz“ aus guter Quelle hört, in aller nächster Zeit bevor. Die Prüfung des umfangreichen Materials, welche auch langwierige Verhandlungen mit den beteiligten Stellen erforderlich machte, hat allein Monate in Anspruch genommen. Dem Vernehmen nach dürfte die Anleihe vom Oberpräsidenten in v. Koller S. H. genehmigt werden, wenn für ihre Aufnahme, Tilgung u. auch einzelne Änderungen und einschränkende Bedingungen zu berücksichtigen sein werden, welche im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung derartiger Gemeinde-Angelegenheiten, wie sie bisher von den Kommunal-Aufsichtsbehörden geübt worden sind, geboten waren.

Zur Errichtung eines Filialhospitals für kranke Männer ist mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung von dem Verein für die Berliner Arbeiter-Kolonie zu Berlin, vom Berliner Magistrat das in Reinickendorf, Berlinerstraße 128, belegene Grundstück zum Preise von 7500 M. jährlich gemietet worden. Es wird beabsichtigt, diese Filiale zunächst mit 120 Personen, einschließlich des aus den Korridoren des Arbeitshauses zu entnehmenden Warte-personals, vom 1. Dezember 1903 ab zu besetzen. Das Hospital bleibt der Verwaltung des städtischen Obdachs, das durch diese Einrichtung wesentlich entlastet wird, unterstellt. Die für Kosten aus laufenden Einnahmen entstehenden Mehrausgaben von rund 52 500 M. müssen von der Stadtverordneten-Versammlung noch bewilligt werden.

In einer Massenbesprechung an die Ober-Postdirektion beabsichtigen die Berliner Fernsprech-Teilnehmer über die Verschlechterung bei der Herstellung von Verbindungen Klage zu führen. Ein Berichterstatter schreibt darüber: Es handelt sich hierbei namentlich um die oft vorkommenden Unterbrechungen der Leitungen. Vielfach werden die Anschlüsse, kaum, daß sie hergestellt und zwischen den Teilnehmern einige Worte gewechselt sind, getrennt, ohne, daß seitens der amtierenden Dame die übliche Frage „fertig?“ gestellt wird. Erfolgt diese vorzeitige Trennung zwischen zwei Teilnehmern, die von eignen Apparaten aus sprechen, so ist dies wohl unangenehm, aber die Verbindung kann bald wieder hergestellt werden. Aber recht fatal ist es, wenn ein Teilnehmer von einem fremden Apparat spricht. In den meisten Fällen ist Amt und Nummer dieses Apparates nicht bekannt und die Wiederherstellung der Verbindung daher unmöglich. Hierdurch entstehen den Teilnehmern oft Scherereien oder sogar Verluste. Da dieses Auseinanderreißen der Leitungen in letzter Zeit außerordentlich überhand genommen hat, so vermutet man, daß die Ursache dieser Erscheinung auf Mängel in der Einrichtung der Fernsprechkämer zurückzuführen ist. Als ein weiterer Uebelstand wird in der Besprechungschrift auch die Herstellung der Doppelverbindungen bezeichnet, durch welche Teilnehmern Gelegenheit gegeben wird, Gespräche zu belauschen. Passierte es doch kürzlich einem Kaufmann, daß er ein Gespräch mit anhörte, welches zwei Teilnehmer unter einander hielten und welches seine Person betraf. Kehaft gellacht wird auch über die Schwierigkeit, Anschlüsse zu erlangen, die sich ganz besonders im Bereiche des Fernsprekamtes VII geltend machen soll.

Es steht wohl außer Zweifel, daß von allen Orten Deutschlands, welche Telephonverbindungen haben, Berlin am schlimmsten daran ist. Wohl nirgends ist das Telephonieren so nervenanstrengend, mit so vielen Mißverständnissen und Unterbrechungen verknüpft, wie hier. Und zwar machen sich diese Unannehmlichkeiten ebenso arg im Publikum wie unter den Angestellten bemerkbar. Bei diesen sind sie überdies mit bedeutenden Gefahren für die Gesundheit verknüpft. Eine neue Einrichtung, die vor einigen Monaten an verschiedenen Stellen eingeführt worden ist, hat im Laufe dieses Sommers die Wirkung gehabt, daß etwa 30 Telephonistinnen durch elektrische Schläge schwer an ihrer Gesundheit geschädigt wurden und zum Teil monatelanges Siechtum davon getragen haben. Einige der Damen

sind sogar dauernd invalide geworden. Die Postbehörde hätte gut, den Verdauern des Publikums auf den Grund zu gehen, wie auch sich über die Befestigung der Gefahren, denen die Beamten ausgesetzt sind, zu äußern.

Der mutmaßliche Gattenmörder Schlächtergeselle Gr a b o w s k y ist Freitag in das Roabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert und dem Untersuchungsrichter Amtsgerichtsrat D a m e l gestern zur ersten Vernehmung vorgeführt worden. Die Vorführung erfolgte unter besonderen Vorkehrungsmaßregeln, denn Grabowsky ist ein athletisch gebauter, mehr als sechs Fuß großer Mann, der über herkulische Kräfte verfügt und sehr zu Gewaltthatigkeiten neigt. Er sah sehr niedergeschlagen aus. Die Vernehmung dauerte mehrere Stunden.

Die zehnte deutsche Versen- und Hopfen-Ausstellung, welche alljährlich vom Verein „Versuchs- und Lehrbrauerei, Lehranstalt für Brauerei in Berlin“ im Institut für Gärungsgewerbe, Seestraße, veranstaltet wird, ist gestern mittag im Beisein des Ministers für Landwirtschaft u. Forstwesen, des Ministerialdirektors Bickel, Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Thiel, mehrerer Räte und der Aussteller eröffnet worden. Rührer der Benannten hatten sich Vertreter des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, des Berliner Polizeipräsidenten, der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und des Deutschen Brauereibundes eingefunden. Die Ausstellung weist 382 Nummern auf und ist reicher als im Vorjahre besetzt. So sind die Provinzen Brandenburg mit 25 (im Vorjahre 11), Schlesien mit 47 (15), Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Hannover mit 53 (37) Ausstellern von Berlin vertreten; auch in der Hopfen-Abteilung war der Wettbewerb ein reger. Das preussische Landwirtschafts-Ministerium hat zwei silberne Staatsmedaillen als erste Siegespreise und 2000 M. der Verein „Versuchs- und Lehranstalt für Brauereien in Berlin“ gleichfalls 2000 M., die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft 1500 M. ausgesetzt. Außerdem haben eine Anzahl Landwirtschaftskammern und andre Vereinigungen Prämien gestiftet.

Ueber eine Vergiftung durch Gänsefleisch bringt ein hiesiges Blatt allerhand Mitteilungen. Wir erfahren über die Angelegenheit folgendes: Der Gastwirt S p e r l i n g aus der Wallfadenstr. 98 laute am Sonnabend, 3. Oktober, aus einem Geschäft in der Nähe seines Lokals zwei Gänse, die er mit 60 Pf. das Pfund bezahlte. Bei der Bereitung der Braten war nicht das geringste davon wahrzunehmen, daß das Fleisch verdorben oder nur minderwertig sei. Es ahen davon die Familienmitglieder des Wirtes, sowie eine Anzahl Gäste, von denen acht Personen ohne jeglichen Schaden das Fleisch verzehrten, während andre, darunter die Frau und die Kinder schwer erkrankten. Die Vierhundert Korup, Kluge und Ramonat von der Dreißigjährigen Weibbrauerei in der Wallfadenstraße kehrten am Montagmorgen in das Lokal ein. Da der Wirt noch nicht ahnte, daß das Unwohlsein seiner Familienmitglieder von dem Genuß des Gänsefleisches herrührte, setzte er diesen Gästen von dem Braten vor. Alle drei erkrankten im Laufe des Tages schwer und am Abend wurden Korup und Kluge ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Dort starb Korup in der Nacht zum Donnerstag. Seine beiden Kollegen liegen noch darnieder, ebenso sind die Familienmitglieder des Wirtes noch krank. Herr Sperling hat die Reste des Bratens der Polizeibehörde zur Untersuchung übergeben.

Wo ist Kommerzienrat Schulz? Eine interessante öffentliche Vorladung erließ heute das Charlottenburger Amtsgericht. Sie betrifft den Kommerzienrat Schulz von der Pommerbank, von dessen ungewissem Verbleib erst jüngst die Rede war. Die Direktoren Rüdde und Tangen von der Deutschen Hypotheken-Aktienbank, der Nachfolgerin der verstorbenen Pommerbank, hatten an Schulz eine rechtskräftige Forderung von 20 000 M. und ließen am 17. v. M. pfänden. Die Pfändung fiel fruchtlos aus, und jetzt fordert das Amtsgericht auf Antrag der beiden Direktoren den Kommerzienrat Schulz gegenwärtig „unbekanntem Aufenthalts“, öffentlich auf, am 11. November, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht zu Charlottenburg zu erscheinen, um den Offenbarungseid zu leisten. Wenn Herr Schulz dauernd „unbekanntem Aufenthalts“ bleibt, so wird auch der Staatsanwalt Schwierigkeiten haben, ihm die Ladung zur neuen Verhandlung des Pommerbank-Prozesses zuzustellen. Frau Kommerzienrat Schulz wird, wie man sich wohl noch erinnert, dem Offenbarungseid schon vor längerer Zeit aus und ging nach England.

Einen Telephon- und Stellenhändler, der eine ganze Zeit lang mit Erfolg „arbeitete“, hat die Kriminalpolizei jetzt festgenommen. Der Mann sagte junge Leute, die aus der Provinz nach Berlin kamen, um Stellung zu suchen, auf den Bahnhöfen ab, spiegelte ihnen vor, daß er sie bei „seinem Chef“ anbringen könne, machte sie sicher, indem er gleich von der nächsten Gastwirtschaft durch den Fernsprecher mit dem Chef scheinbar unterhandelte, ließ sich nur eine kleine Kautions geben und ging unter Zurücklassung seines Hutes gleich in das Geschäft hinüber, um die nötigen Papiere zu holen. Während der junge Mann aus der Provinz geduldig wartete, verschwand der Gauner mit der Beute und ließ sich nicht wieder sehen. Obwohl er jedesmal seinen Hut opferte, machte er doch immer ein gutes Geschäft. Gestern traf ein Sprellter den Schwindler, der sehr fein gekleidet ging, am Schleißchen Bahnhof und machte die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam. Diese nahm ihn trotz seines Leugnens fest und entlarvte ihn als einen ehemaligen Wädergesellen Gustav Jähren, der sich hier ohne Wohnung aufhielt. Jähren legte schließlich ein Geständnis ab und wurde in Untersuchungshaft gesetzt.

Keuten gesucht. Am 28. Mai d. J., nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, fand an der Ecke der Schilder- und Dirschstrasse unter der Stadtbahnbrücke ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Fußgänger statt, wobei der Radfahrer unter den Anhänge-woagen eines Straßenbahnzuges geriet und einige Meter weit mitgeschleift wurde, bevor der Zug zum Stehen gebracht werden konnte. Augenzeugen dieses Vorfalls werden gebeten, sich bei Herrn Rechts-anwalt Edmund Wallien, Pfaffenstraße 64/65, zu melden. Auslagen und Unkosten werden erstattet.

Der neue Botanische Garten in Dahlem ist zum letzten Mal in diesem Jahre am heutigen Sonntag von 2 Uhr nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. An diesem Tage wird auch das im unteren Teile des Gartens gelegene kleine Kolonial-Pflanzenhaus, in welche die wichtigsten Nutzpflanzen unserer Kolonien ausgestellt sind, dem Publikum zugänglich sein. Amben unter 10 Jahren ist der Eintritt nicht gestattet, auch ist das Betreten der Waupläge verboten. Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren dürfen nur in Begleitung von je einem Erwachsenen den Garten betreten.

Die zwölfte Männer-Abteilung des Turnvereins „Fichte“ wird Dienstagabend in der Turnhalle Kastanien-Allee 82 eröffnet. Gestern wird Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr abends.

Festgenommener Schwindler. Zahlreiche Wimmengeschäfte und Gärtnereien wurden in letzter Zeit durch einen Schwindler geschädigt, der in den Geschäften große Bestellungen machte und schließlich um ein Darlehen bat, weil er „unglücklicherweise sein Vorkontomatte ver-gessen“ habe. Dem guten Kunden konnte man die Bitte natürlich nicht abschlagen. Rechtzeitig freilich erfuhr die Geschäftsleute, daß ein Schwindler sie geirrt, denn die angegebene Adresse erwies sich als fingiert. Jetzt endlich ist es gelungen, den Schwindler in der Person des Gärtnergehilfen Otto Wandt in Rixdorf zu ermitteln und festzunehmen.

Durch Anschlag an der Gerichtsschreiberei des Schwurgerichts wird bekannt gegeben, daß für die am 26. d. M. beginnende, viele Tage währende Verhandlung wider die polnische Gräfin Awileta und Genossen wegen Kindesunterziehung über sämtliche Plätze des Zuhörerraumes bereits verfügt ist und Gesuche um Einlasskarten nicht mehr Berücksichtigung finden.

Aus den Nachbarorten.

Der letzte Sturm, über dessen schädliche Wirkungen schon viel berichtet wurde, brachte auch ein für den Binnenländer ziemlich seltenes Schauspiel. Auf dem Müggelsee, dessen Ruten er gerade aus der „gefährlichen Ecke“ mit ungeheurer Wucht peitschte, erzeugte er eine Wasserhose von einer Stärke, wie sie in der Umgebung Berlins wohl noch kaum erblickt wurde. Das seltene Schauspiel

Winter-Paletots



Winter-Paletots Reichhaltigste Auswahl 65, 50, 36, 24, 15, **8 M. 50**
Winter-Raglans Karirierte u. gestreifte Stoffe Neueste Moden . . 30, **24 M.**
Geh-Pelz-Imitat. Feiner Eskimo m. Astrachan u. echt. Sealbism-Kragen **55 M.**

Gummi-Regenmäntel 36.— 30.— 15 M.
 24.— 18.—
Regen-Pelerinen 13.50 12.— 5 M.
 7.50 6.50

Knaben-Anzüge Neueste Façons und Stoffe 14, 10, 8, 6, 4, **2 M.**
Knaben-Mäntel Neueste Modelle und Muster 15, 12, 9, 6, **4 M.**

Vornehme, wohlfeile Mass-Anfertigung.



Winter-Joppen Lodenstoffe, warm gefüttert 18, 15, 10, 6, **4 M. 50**
Pelz-Joppen Starke Bezugstoffe, durchweg m. Pelzfutter 45, 36, 33, **27 M.**

Jünglings-Kleidung



Jünglings-Paletots Melton, Doublet, Eskimo 27, 18, 15, 12, **10 M. 50**
Jünglings-Mäntel Loden, Delhi und Tuche 30, 25, 18, **13 M.**
Jünglings-Anzüge alle Arten Stoffe und Façons 30, 24, 18, 12, **9 M.**

Herren-Anzüge



Jackett-Anzüge Unübertroffenes Sortiment 45, 36, 30, 25, 20, 18, **15 M.**
Rock-Anzüge Verschiedenste Muster 45, 33, 30, 25, **21 M.**
Gehrock-Anzüge Satins und Kammgarne 70, 50, 40, 36, **27 M.**

Automobil-Leder-Jacketts 36 **18 M.**
 21

Schlafröcke

Vielseitigste Stoffe und Besatz-Arten.
 30, 21, **7 M. 65**
 18, 15, 12,

BAER SOHN

SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES.

Chausseestrasse 24a-25
 Zwischen Invalidenstr. u. Schiller-Theater N.

11 Brückenstrasse 11
 Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Gr. Frankfurterstr. 20
 Ecke Koppenstr. — Am Bürger-Hospital

Die 22te Preisliste 1903-04 ist mit circa 170 Abbildungen, in einer Auflage von circa 1 Million, in klarer Veranschaulichung und verständlich für jedermann erschienen und wird kostenlos versandt.

Möbel-Fabrik Fechner & Preidel, Berlin C.,

Neue Schönhauserstr. 2, am Hackeschen Markt, im Fabrikgebäude.

Spezialität: **Komplette Einrichtungen.**

== Einfache und elegante Möbel. ==

Verlangen Sie Preisliste gratis und franco.

5 Jahre Garantie.

Frachtfrei durch ganz Deutschland.



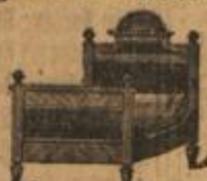
Dieser Schrank, echt nussbaum

Mk. **48.—**



Dieses Nachtschrank, echt nussbaum mit Marmorplatte

Mk. **16.50**



Dieses Bettstelle, nussbaum, mit Matratze und Keilkissen

Mk. **49.—**



Dieser Trumeau mit geschliffenem Glas

Mk. **36.—**



Dieses Vorklo, echt nussbaum

Mk. **48.—**

Abends bis 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurterstrasse 101 und Krautstrasse 1

Abteilung 3: **Schwemme.**

4/10 Liter im Glas 10 Pfg.

1/2 Liter im Krug 12 Pfg.

1 Liter im Krug 23 Pfg.

Warme Küche, Portion 30, 40 und 50 Pfg.

2946L*

Abteilung 1: **Konzertsäle.**

Partisanen in Uniform.

Eintritt **frei!**

Älteste Special-Steppdeckenfabrik

von Ph. Bernfeld, jetzt nur Hindenburgstr. 22 L.
 Gr. Auswahl eleganter Handarbeit-Decken zu spottbilligen Preisen.
 Alle Decken werden aufgearbeitet. 20432*

Stettin: Hohenzollernstr. 3. **Filialen:** Berlin: Bellealliancestr. 98. Chausseestr. 54. Magazinstr. 2.

Mass-Anzüge

24 und 30 Mark 2438L*

unter Garantie der Haltbarkeit und tadelloser Sitzens bei peinlichst gewissenhafter Anprobe und strengster Reellität liefere ich von prima Stoffresten die elegantesten **Mass-Anzüge** zu obigen Preisen.

Ich warne

vor solchen sogenannten Rosterhandlungen, die durch Nachahmung meiner Anzeigen den Schein erwecken wollen, als würden sie auch das Hofern, was ich meinen Kunden biete.

Sonnenscheins Engros-Resterhaus,
 Chausseestr. 54, 1 Tr. Bellealliancestr. 98, 1 Tr.

Neu eröffnet! Am 1. Oktober habe ich ein **Mass-Geschäft** für **Herren-Garderobe** eröffnet und fertige elegante **Anzüge und Paletots** von **Mk. 30,00** an. Großes Stofflager. Guter Sitz garantiert. **W. Gentz, Schneidemeister, Belle-Alliancestr. 98, 1. Etage rechts.**

Unsere Stärke

und Leistungsfähigkeit liegt darin, daß wir trotz der jetzt herrschenden Neigung für Basare

geblieben sind. Unsere ganze Kraft haben wir nur auf die Herstellung von

Herren- und Knaben-Garderoben

verwendet und statt viele kleine unbedeutende Sortimente verschiedener Artikel zu führen, haben wir einzig und allein vier Stoffwerke nur für Lager-Vorräte in Herren- und Knaben-Garderoben eingerichtet. Der Käufer ist dadurch in der sehr angenehmen Lage, statt sich mit einer beschränkten Auswahl zu begnügen, bei uns das denkbare größte Lager zu finden. Die von uns fabrizierten Herren-Garderoben dürften durch ihre vornehme Herstellung, eleganten Sitz und die dazu verwendeten gebliebenen erstklassigen Stoffe den vorzüglichsten Geschmack befriedigen.

Wir offerieren unsere Spezialmarke:

„Treffer“

Winter-Paletots in dunkelgrauer Warengarbe oder schwarzem, fein gestriceltem oder punktiertem Cheviot. Kräftige Ware mit gutem Wollfutter oder gestriceltem Atlasfutter, ein- oder zweifach mit Sammetfütter, die Rüste zweimal gestricelt, schräge od. gerade Taschen, in Verarbeitung II: **Mk. 18.—**

Dieselben Dessins in hochgelegenen Fabrikat, höchst vornehm gefertigt, in Verarbeitung I, Maß erlegend: **Mk. 28.—**

Ferner empfehlen wir als vorteilhaft die so schnell in Aufnahme gekommene

„Komet“

Winter-Paletots aus hochlegantem, reinmollischem, kräftigem, fein gemustertem Oberstoff, in dunkelgrauer, Fischgräten-Wafer oder mit feinem, weichen, dunkelblauen Effekten gemustert, gestricelt, punktiert, oder mit Sammetfütter. Gediegene, dunkelgrüne Sammetfütter, schräge oder gerade Taschen, **echtem Sammetfütter mit Windblise, sämtliche Rüste zweimal gestricelt, einreihig, Maß für Maß: Mk. 36.—**

Ferner empfehlen wir als vorteilhaft die so schnell in Aufnahme gekommene

a) Hochlegante Joppe, dunkel meliert, aus weicherem Loden, m. kariert. Lamafutter od. Sammetfütter Mk. 8,50

b) Dieselbe mit Pelz-Imitation . . . 10,00

c) Extra vornehme Joppe aus ganz schwerer Warengarbe m. Lamafutter gefüttert, eleg. gearb. Maß erlegend . . . 19,00

Marke „Komet“ und „Treffer“ sind gesetzlich geschützt und können nur von uns bezogen werden. Auch für anormale Figuren halten wir darin stets reichhaltiges Lager. Die Preise sind auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt und streng fest. 29532*

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie
 Berlin, Cranienstraße 40/41.

Partei-Nachrichten.

Den ersten Sitz von 30 bis zur dritten Wählerklasse gehörigen haben die Braunschweiger Genossen in einer durch Tod eines Stadtverordneten nötig gewordenen Ersatzwahl erobert.

Was alles als „grober Unfug“ angesehen wird. In dem Städtchen Seilsberg sollen am 15. Juni d. J. drei Genossen aus Königsberg sozialdemokratische Flugblätter und Stimmzettel an schulpflichtige Kinder verteilt und sich dadurch strafbar gemacht haben.

Sociales.

Arbeiterklub-Antrag im bayrischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayrischen Landtages hat folgenden Antrag eingebracht:

Vom 1. Oktober 1904 ab ist in allen Staatsbetrieben und auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen, soweit nicht bei besonderen der Gesundheit schädlichen Arbeitsarten eine wesentlich kürzere Arbeitszeit geboten erscheint, die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden festzusetzen.

Die Arbeitszeit ist durch angemessene Zwischenpausen zu unterbrechen; die Mittagspause hat mindestens 1 1/2 Stunden, die Frühstückspause mindestens eine halbe Stunde zu betragen.

Im Fortbetrieb und bei Arbeiten im Freien sind für den Aufenthalt während der Pausen, soweit dieses durch die Verhältnisse geboten erscheint, heizbare Unterstandshallen oder Schutzhütten für die Arbeiter bereit zu stellen.

An Sonnabenden und an Vorabenden gefälliger Feiertage ist die Arbeitszeit spätestens um 4 Uhr nachmittags, vor hohen Feiertagen spätestens mittags 12 Uhr zu beendigen.

Sonn- und Feiertagsarbeit, Nachtarbeit und Ueberstunden sind durch die Einstellung genügender Arbeitskräfte auf ein unvermeidliches Mindestmaß zu beschränken.

Arbeiter und desgleichen Bediensteten, die Nachtdienst haben, ist der folgende Tag freizugeben. Bei Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Proz., bei Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie Nachtarbeit ein Zuschlag von 50 Proz. zu gewähren.

Allen Arbeitern und auch Bediensteten ist wöchentlich mindestens eine 35stündige ununterbrochene Ruhezeit und mindestens alle drei Wochen ein freier Sonntag zu sichern.

Arbeitslöhne und Dienstbezüge sind so zu bemessen, daß das Einkommen zur Ernährung und Erhaltung einer Familie genügt. Der Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter hat mindestens 2,50 M. zu betragen.

In Staatsbetrieben, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, sind, nach Maßgabe der §§ 134a und ff. der Reichs-Gewerbe-Ordnung, Arbeitsordnungen zu erlassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 11. Oktober. Freie Volksbühne. 13/14. Ust.: Metropolis-Theater. 7 1/2 Uhr nachmittags: Klein Eppel. 8 1/2 Uhr: Lessing-Theater. 7 1/2 Uhr nachmittags: Nathan der Weise.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Montagnachm. 4 Uhr im Theater: Von der Watzspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62. CASTANS PANOPTICUM. Lebend! Die zusammengewachsenen Schwestern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen.

Casino-Theater.

Lothringerg. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Das vollst. neue Oktober-Programm. Arnold-Wolpert-Maxwell.

Luisen-Theater.

Nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen: Die Jungfrau v. Orleans. Abends 8 Uhr: Einer von unsere Leut'.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison! Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid. Rosa Marton. Grete Meyer. Müller Lincke.

5 Billards

Neu eröffnet. 1. Etage. Neu eröffnet. Neuhusen-Billard mit Korkau-Bando a Stunde 40 und 60 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonntagnachmittags 3 Uhr: Renaissance. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonntagnachmittags 3 Uhr: Romeo und Julia.

Cirkus Schumann.

Heute, Sonntag, 4. Okt., nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr: 2 Grosse Extra-Vorstellungen 2. Nachmittags: 1 Kind frei, weiteres Kinder zahlen halbe Preise.

Residenz-Theater

Direktion E. Reutenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Das beste Mittel. Schwant in 3 Akten von A. Dönn.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße. Die Nothbrücke. Montag: Die Liebeshautei. Dienstag: „Biscotte“.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachmittags 3 Uhr, bei bedeutend ermäßigten Preisen: Liebesträume. — Familienidyll. Kollegen.

Diez' Specialitäten-Theater

Sandberger Allee Nr. 76/77. Heute sowie jeden Sonntag im Saal: Grosses Konzert und Specialitäten-Vorstellung.

5 Billards

Neu eröffnet. 1. Etage. Neu eröffnet. Neuhusen-Billard mit Korkau-Bando a Stunde 40 und 60 Pf.

vergeben werden, die ihre Arbeiter nach dem vom Deutschen Buchdrucker-Verband mit den Prinzipalen vereinbarten Tarife entlohnen.

Diese Vorschriften gelten auch für alle der Militärverwaltung unterstellten gewerblichen Unternehmungen. Privatunternehmer, die im Auftrage oder auf Rechnung des Staates Arbeiten irgend welcher Art übertragen erhalten, haben mindestens die gleichen Löhne zu zahlen.

Für die Schädlichkeit der Betriebskassen liefert ein Vorgang in Frankfurt a. M. bei Heidelberg einen Beweis. Wie die Rheinheimer „Volkstimme“ berichtet, wurde bei der ärztlichen Untersuchung eines Arbeiters, der in der dortigen Zuderfabrik Arbeit wünschte, festgestellt, daß er einen Leistenbruch habe.

Polizeiliche Bevormundung von Krankenkassen. Die Krankenkasse für Maurer in Braunschweig hatte durch Generalversammlung-Beschluß den Braunschweigerischen Volksfreund, unser Parteiblatt, als Publikationsorgan gewählt.

Es ist etwas Wundervolles

um ein Getränk, das der Junge und dem Gaumen ebenso zulagt wie dem Magen und den Nerven, das nicht nur wohlschmeckend, sondern auch leicht verdaulich und bekömmlich ist. Ein solches Getränk verdient das eigentliche Volksgetränk zu werden!

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Bucher: Der Kammermäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag: Salome. Der Kammermäger.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Olga Wohlbrück. Spott- und Geissellieder.

Das Moto-Mädchen.

Mensch oder Maschine. Das neue Rätsel für Berlin! Prolongiert. 14 neue erstkl. Nummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Bundes-Theat.), Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Der Sensations-Erfolg. Schauspiel Adolf Philipp.

Heber'n großen Ceid

Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten. Von Adolf Philipp. Billetvorverkauf (ohne Gebühr) an der Theaterkasse.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 3 Uhr: Der Welt der Liebe oder: Die Königstochter als Bettlerin.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Die Geier-Wally. Anfang 7 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Jeden Sonntag 5 Uhr: Grosse Extra-Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater

Geländbrunnen, Radstraße 59. Sonntag, den 11. Oktober 1903: Pyritz-Pyritz. Poffe mit Gesang in drei Aufzügen.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49. Sonntag, den 11. Oktober 1903: Gretchen's Polterabend. Original-Schwank in 5 Akten von Rud. Kretschel.

Palast-Theater

früher Feen-Palast. Burgstr. 22. Riesen-Erfolg. 8 1/2 Uhr: Geniehet das Leben.

grandiose * * *

* * * Oktober * * * * * Programm. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer. Ullrichstr. 1. Neu eröffnet. 1. Etage. Neu eröffnet. Grosse Auswahl von Zeitungen, modernen Bildblättern und Journalen.

Café Schurig

Oranienstr. 144, am Marktplatz. Neu eröffnet. 1. Etage. Neu eröffnet. Grosse Auswahl von Zeitungen, modernen Bildblättern und Journalen.

Dienstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr: 16 öffentliche Volks-Versammlungen

Tages-Ordnung:

1. Protest gegen die Festlegung der Wahlzeit zur Urwahl auf 2 Uhr nachmittags.
2. Freie Diskussion.
3. Eventuelle Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

Wendts Industrie-Festhalle (früher Cohn),
Beuthstraße 19/21
Bockbrauerei, Tempelhofer Berg
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53
Arminhallen, Kommandantenstraße 20
Urania, Wrangelstraße 10/11
Graumann, Naunynstraße 27
Zur Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Thor 2

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11
Königsbank, Frankfurterstraße 117
Altes Schützenhaus, Linienstraße 5
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11
Weimanns Volksgarten, Badstraße 56
Wilke, Brunnenstraße 188
Eiskeller, Chausseestraße 88
Arminushallen, Bremerstraße 70/71
Moabiter Kasino, Wilsnackerstraße 63.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute Berlins.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Montag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

Wie erhöhen wir unseren Anteil an den Erträgen unseres Gewerbes?

Da diese Frage für jeden Kollegen, ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit, von großer Wichtigkeit ist, so laden wir alle organisierten und nicht organisierten Kollegen zu dieser Versammlung ergebenst ein.

Die Branchen-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Centralverband der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin, SO. 16, Engel-Ufer 15 III, Zimmer 27.

Telephon: Amt VIIa, 8130. Arbeitsnachweis von 9-11 vormittags. Sprechzeit von 11-1 und 6-7 Uhr.

Die Versammlung am Dienstag, den 13. Oktober, fällt zu Gunsten der Protestversammlungen an diesem Tage aus.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Vertrauensmänner-Versammlung.

So in den Werkstätten nicht bereits Vertrauensmänner ernannt sind, ersuchen wir dringend, einen Kollegen zu dieser Sitzung zu delegieren.

In dieser Sitzung werden auch Beiträge erübrigekommen. Willets für das Herbstfest am 17. Oktober sind ebenfalls dort zu haben.

Dienstag, den 20. Oktober 1903:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Dienstag, den 27. Oktober 1903:

Ordentliche Generalversammlung.

Der Vorstand.

Schöneberg.

Dienstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Obſſſſſen Lokale, Weiningerstr. 8:

Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Warm**. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Das Wahlkomitee.

Achtung! Rixdorf! Achtung!

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für Rixdorf

im Lokale des Herrn **Thiel**, Bernstr. 151-152.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell** über: „Die herrschenden Gewalttaten und das Koalitionsrecht der Arbeiter.“

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht all der jüngsten Ereignisse ist es dringend notwendig, in dieser Versammlung zu erscheinen, um gegen alles Unrecht zu protestieren.

123/1

Der Einberafer.

Verband der Kürschner Berlins und Umg.

Arbeitsnachweis Mendelssohnstraße 9.

Geöffnet täglich vorm. 9-12, nachm. 3-6 Uhr, Sonnabends bis 8 Uhr abends.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,

im „Alten Schützenhaus“, Linienstr. 5:

Grosse öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Abschluss unserer Neunstundenbewegung durch den Vertrag mit den Hausindustriellen der Mützenbranche und welche Aufgaben erwachsen uns jetzt? Referent Kollege **A. Regge**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Herren Hausindustriellen sind hierzu eingeladen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

104/16

Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher!

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21 (großer Saal):

Grosse öffentl. Schuhmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Simon-Rürnberg** über: „Welche Aufgaben erwachsen dem Verein deutscher Schuhmacher aus der wirtschaftlichen Krise und den daraus hervorgehenden Streiks und Ausperrungen?“

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberafer.

Achtung! Etuisarbeiter.

Morgen Montag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 7:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Brückner** über: „Der Wert der Tarifgemeinschaft.“

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vertrauensmann.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasendbericht vom 1. Quartal. 2. Ersatzwahlen. 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

NB. Mitteilungsbuch legitimiert.

Friedrichstädtisches Kasino,

Friedrichstr. 236, früher Wilhelm-Theater, Friedrichstr. 236,

empfiehlt sich den verehrten Vereinen und Verbänden zur Abhaltung von Festlichkeiten unter coulantem Bedingungen.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 11. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten **Richard Augustin**. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlungen.

Osten u. Nordosten: bei **Mann**, Strauhbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Katzenstein** über: „Die Landtagswahlen und die Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

NB. Die Adressen der Obsten:

für den Bezirk Osten **Koll. Wilhelm Güth**, Heißstr. 5, III.

Nordosten **Koll. F. Hertel**, Gr. Frankfurterstr. 15, Seitenfl. 1.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei **Wernau**, Schwedterstr. 23/24.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtm. **Dr. Weyl**: „Der Kampf gegen das Kurpfuschertum“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beitrags-Sammlers. 4. Vorschläge der Delegierten zur Ortsliste. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen:

bei **Herrn Raabe**, Kolbergerstraße 23.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **G. Davidsohn** über: „Die Bedeutung der Landtagswahlen“. 2. Diskussion. 3. Vorschläge der Delegierten zur Orts-Konferenzliste. 4. Verbandsangelegenheiten.

Süden und Süd-Osten:

im „Märkischen Hof“, Admiralsstraße 18c.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jürgen M. Grempe** über: „Technische Fortschritte im Beleuchtungsweesen“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Nichtmitgliedern und Frauen haben freien Zutritt.

Friedrichsberg:

Frankfurter Allee Nr. 14 (Ecke Rühlmannsweg).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Liesegang** über: „Gewerkschaftliche Fortschritte“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.

Branchen-Versammlung.

Sonntag, den 11. d. Mtz., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause

(Saal 7).

Montag, den 12. d. Mtz., abends 8 Uhr,

bei **Storzewsky**, Weissenfer, König-Chaussee 19.

Tagesordnung:

1. Die Konkurrenz der Firma **Schmaling & Barta**, Rixdorf, Thüringersstraße 18, durch die Arbeiten der jüdischen Kolonie in Weissenfer. 2. Diskussion. 3. Der Streik bei obiger Firma. 4. Verschiedenes.

Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung aller Bandagisten Berlins und Umgegend

im Lokale von **Pfeffer**, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Der Tarif der Bandagisten, wie er ist und wie er sein soll. 2. Diskussion.

Montag, den 12. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und Berufsgenossen

im **Dresdener Garten**, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Ansprache über die in der Gold- und Silberwaren-Branche herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Verbandsangelegenheiten.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Dienstag, den 13. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Steglitz

bei **Richter**, Groß-Lichterfelde, Chausseestraße 104.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Ausperrungsstreber“. 2. Diskussion. 3. Wahlen zur Ergänzung der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen.

Dienstag, den 13. Oktober 1903, abends 8 Uhr:

Versammlung der Metallschleifer, Galvanisierer und Hilfsarbeiter

im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung: 1. Wie liegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche? Referent: Kollege **Cohen**. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. Es gilt diesmal, zu besprechen, welche Schritte wir für die nächste Zeit unternehmen, und erwarten wir deshalb, daß alle Kollegen in diese Versammlung kommen.

Wir ersuchen die Vertrauenspersonen, welche Ihren Wohnort verändert haben, dieses umgehend dem Bureau mitzuteilen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 11. Oktober, abends präzis 6 1/2 Uhr, im Kellers

großem Saal, Köpenickerstr. 29:

Öffentliche Versammlung sämtlicher Putzer Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Verbandsvorstehenden **Theodor Bömelburg**. 2. Wie sind die im Bezirk eingetretenen Mängel zu beseitigen? 3. Verschiedenes.

Ein jeder Kollege hat die Pflicht, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

134/10

A. H. H. Neumann.

Buchen- u. Eichenholz

Englisch. Unterricht

im und außer dem Hause

(Einzel- oder im Circle) 23119

G. Swienty geb. Liebknecht,

W. Jontatz, Bärgwaldstr. 65.

Schöneberg, Sedanstraße 57, III

Kennen Sie
unser Rabatt-System?

No. 346201.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.

Das d. Rabatt-Ursprünglichkeiten sind wenige Artikel ausgenommen

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Von Montag den 12. Oktober bis Sonnabend den 17. Oktober soweit der Vorrat reicht.

Schuhwaaren

Damen-Schnür- oder Knopfstiefel „Chevreaux“ 7⁸⁵_{M.}
Damen-Schnür- oder Knopfstiefel „Boxcalf“ 7⁸⁵_{M.}
Damen-Schnür- oder Knopfstiefel „Rossleder“ 5⁷⁵_{M.}
Knaben-Schnürstiefel „Boxcalf“ ^{36/40} 7⁸⁵_{M.}
Knaben-Schnürstiefel „Rossleder“ ^{36/40} 6⁵⁰_{M.}

Herren-Schnürstiefel „Chevreaux“ 10⁵⁰_{M.}
Herren-Schnür- oder Schnallenstiefel „Boxcalf“ 9⁵⁰_{M.}
Herren-Schnürstiefel „Rossleder“ 7⁷⁵_{M.}
Mädchen-Schnür- od. Knopfstiefel „Boxcalf“ ^{36/40} 4⁵⁰_{M.} ^{38/40} 5⁵⁰_{M.} ^{40/42} 6⁵⁰_{M.}
Mädchen-Schnür- od. Knopfstiefel „Rossleder“ 3²⁵_{M.} 3⁸⁰_{M.} 4⁹⁰_{M.}

Herbst-Pantoffel

für Damen, viele Farben
schöne Ausstattung Paar 65 Pf., 1¹⁰_{M.}

Ein Posten

Knaben-Garderobe

hervorragend billig.

Knaben-Anzüge

Blusen- oder Jacken-Façon,
blau oder farbig für das Alter von ca.

2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8 Jahren
3 ⁶⁵ _{M.}	4 ⁰⁵ _{M.}	4 ⁴⁵ _{M.}	4 ⁸⁵ _{M.}	5 ²⁵ _{M.}	5 ⁶⁵ _{M.}

Jünglings-Anzüge

moderne
Stoffe

für das Alter von ca. 9-10, 10-11, 11-12, 12-13, 13-14, 14-15 Jahren

4⁹⁰_{M.} 5⁴⁰_{M.} 5⁹⁰_{M.} 6⁴⁰_{M.} 6⁹⁰_{M.} 7⁴⁰_{M.}

Winter-Paletots

für Knaben,
moderne Stoffe

für das Alter von ca. 2-3, 3-4, 4-5, 5-6, 6-7, 7-8 Jahren

3⁹⁰_{M.} 4⁵⁰_{M.} 5¹⁰_{M.} 5⁷⁰_{M.} 6³⁰_{M.} 6⁹⁰_{M.}

Raucher
Haas-Tabak



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
für kurze und lange Pfeifen
zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Katalog kostenfrei.
A. Schonert
Betten-
Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäfte
• 50., Oranien-Strasse 12, (Ecke Heinrichplatz)
• W., Gleditsch-Strasse 49 (Winterfeldtplatz).

Daunenstepdecken v. 16,- bis 136,- Mk.	
Rosshaarmatratzen „ 18,50 „ 124,- „	
Kinderbettstellen „ 7,50 „ 110,- „	
Betten, der Stand „ 12,- „ 110,50 „	
Bettfedern, das Pfd. „ 0,50 „ 8,- „	
Daunen, das Pfund „ 2,50 „ 10,- „	

2702L*

Restaurant Selke, Wilmersdorf,
Brandenburgischestr. 100
Angenehmer Familienaufenthalt. Jeden Sonntag: Musikalische Unterhaltung. Großes Vereinszimmer (50 Personen) und Billardzimmer. •

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Specialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 2-4.

Möbel

Specialität:
Solide, komplette Einrichtungen von 250-3500 Mark.

Bar
oder Teilzahlung

Keine Ladenm.
Ger. Unkosten
Kleiner Nutzen

Reelle Waren
Niedr. Preise
Gr. Umsatz

Berlin NO.,
Gr. Frankfurterstr. 45/46

2605L*
**Wilhelm
Misch**

CARL ZOBEL

BERLIN SO., Köpnickerstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.

Beste Herren- und Knaben-Garderoben der Gegenwart

in reicher Auswahl und in
allen Größen.

Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt. — Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern als die sogenannten Ausverkäufe und Reklame-Geschäfte.
Werkstätten im Hause. ••••• Anerkannt nur gute Arbeit, eigne fabrication, elegante façons, tadelloser Sitz. ••••• Katalog gratis und franco.

Nach dem Parteitage.

Im sozialdemokratischen Verein in Altona referierte der Delegierte Thomas über den Parteitag. Man müsse Bebel danken, daß er auf die bestehende Uneinigkeit aufmerksam gemacht habe.

Die Versammlung erklärt sich mit den Parteitagebeschlüssen einverstanden und erwartet vom Parteivorstand, daß er eine würdige Erledigung der schwebenden Differenzen in der Partei herbeiführt.

In Schönebeck (Provinz Sachsen) nahm die Parteiverammlung folgende Resolution an:

Die am 3. Oktober in der „Reichshalle“ in Schönebeck tagende Parteiverammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages im allgemeinen sowie mit dem Verhalten unfres Delegierten im speziellen einverstanden.

Der Versammlungsbericht giebt keine Aufklärung über den Sinn des letzten Satzes.

Ueber die Versammlung des Parteivereins in Rötzen geht dem „Volksblatt für Anhalt“ ein Bericht zu, in welchem als „Extrakt“ der Verhandlungen folgendes gegeben wird:

Die bisherige Stellung des Genossen Peus den bürgerlichen Parteien gegenüber mußte naturgemäß keine Meinung dahin führen, wie sie jetzt über den Dresdener Parteitag zum Ausdruck gekommen ist. Die von Genossen Peus so viel gepriesene Meinungsfreiheit besteht im „Volksblatt“ nur für ihn; sobald eine andre Ansicht geäußert wird (siehe in letzter Zeit die Antwort auf die Kreisbesprechung des zweiten Kreises und die Artikel des Genossen Albrecht), kritisiert Peus in unschöner Weise die betreffenden Äußerungen.

Die Versammelten (39 Genossen) erklärten durch einstimmige Abstimmung, daß sie mit dem Inhalte des „Volksblattes“ nicht zufrieden sind und sollen die beiden Delegierten zur Landeskonferenz ihr Votum zur besseren Ausgestaltung des Inhaltes des „Volksblattes“ beitragen.

Die Redaktion des Blattes knüpft daran eine längere Erwiderung, in der sie dem Bedauern Ausdruck giebt, daß die Rötzen Genossen ihre Klagen nicht in einzelnen begründen und daß die Redaktion nicht zu der Versammlung eingeladen worden sei.

Im sozialdemokratischen Verein in Mannheim wurde in fortgesetzter Versammlung über den Bericht Dreesebachs verhandelt, lebhaft, aber streng sachlich, wie es in der „Volksstimme“ heißt. Es wurde einstimmig beschlossen:

„Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim erklärt sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages einverstanden.“

Ueber den teilweise gehässigen persönlichen Ton, der in den Debatten über die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und „die Taktik der Partei“ zum Ausdruck kam, spricht sie ihr tiefstes Bedauern aus und die Erwartung, daß die Partei durch jene Debatten eine derartige Reinigung erfährt, die die Wiederkehr solcher Auseinandersetzungen von selbst ausschließt.

Eine zweite Resolution, welche die Zustimmung der Versammlung zu Bebel's Verhalten auf dem Parteitage ausdrückt und sich gegen die revisionistischen Vorentscheidungen und die Klagen wendet, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt.

In Ehlingen stellte sich der Delegierte Veer. Gausstatt bei der Berichterstattung in der Frage der Taktik ganz auf den Standpunkt Bebel's. In der Diskussion wurde die Stellungnahme der „Schwäbischen Tagwacht“ zu den Parteifragen gebilligt.

Das „Volksblatt für Posen“ sagt, es sei nicht zu verstehen, daß es heute immer noch Genossen gebe (gemeint scheinen Kaffeler Genossen), die mit den Gegnern in eine Reihe hauen, ja die sogar soweit gehen und bezeichnen die Taktik des Genossen Bebel auf dem Parteitag als die eines Stänkers. Eine derartige Beurteilung hat einen sehr persönlichen Anstrich, und wir gestatten uns, diese Ansichten auf das entschiedenste zurückzuweisen und betrachten diese Ausführungen gegenüber dem Genossen Bebel als eine Verleumdung der Partei, deren Grundzüge der Witz nach unfremd freier Urteil auf das glänzendste auf dem Parteitag vertreten hat.

Die „Münchener Post“ erklärt in einer Notiz, daß ihr zahlreiche Zuschriften aus München und dem übrigen Bayern zugegangen seien, teils Notizen, teils längere Artikel mit dem Verlangen, sie zu veröffentlichen, die sich ohne Ausnahme gegen Bebel und gegen Angriffe auf die Münchener und die süddeutschen Genossen wenden.

Die Neukirung Bebel's in der Versammlung des zweiten Berliner Kreises von den Neukirungskritikern giebt der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ Anlaß zu einem Abwehrartikel, in dem sie sagt, daß auch sie den Parteitag für unerfreulich gehalten habe, aber, wie sie schon früher deutlich gesagt habe, aus folgenden Gründen:

1. Weil der hinterlistige Ueberfall auf Wehring ein solches Maß von Erbärmlichkeit zeigte, wie man es bisher in unserer Partei noch niemals erlebt hatte.

2. Weil viele Revisionisten einen solchen Mangel an Konsequenz und Mut gezeigt hätten, wie er auch bisher in der Partei noch nie für möglich gehalten worden war.

Diese beiden Momente haben auf uns in der That einen tief depressierenden Eindruck gemacht; das war es, was wir an dem Parteitag als so überaus unerfreulich bezeichnet haben, und Genosse Bebel wird in dieser Feststellung ganz gewiß kein Kennzeichen von „Neurosen“ erblicken, sondern uns rüchhaltslos zustimmen.

Gegenüber dem in der Münchener Parteiverammlung ausgeprochenen Verlangen, v. G. Im solle Klipp und Klar sagen, ob er sich zu Bernstein oder Bebel-Kautsky bekenne, giebt jener im Stiller Parteiblatte eine Erklärung ab, daß er darauf keine bestimmte Antwort geben könne.

Wenn man 30 Jahre sich als Sozialdemokrat betätigt hat, keine Autoritäten gelten ließ, so wird der Genosse nie auch in Zukunft noch gestatten, als Sozialdemokrat sichtlich weiter zu wirken. Ich schwöre weder auf Bernstein, noch auf Bebel-Kautsky, noch sonst auf eine Größe und halte das Bestreben, in der Partei zwei auf bestimmte Verläufe zugewiesene Richtungen zu schaffen, geradezu für unsozialdemokratisch.

Seine Stellung zum Parteitage habe er in den „Socialistischen Monatsheften“ dargelegt.

Es wird gebeten, das Inserat auszuscheiden und in Bekanntenkreisen zu verbreiten.

Die Firma Carl Hampo, Berlin, Beteranenstraße 24, veranstaltet einen

Wettbewerb für Amateurphotographen.

Indem sie für die besten und originellsten Amateurphotographien 100 Preise im Werte von über 1000 Mark festsetzt und zwar erster Preis 300 Mark, zweiter Preis 200 Mark, dritter Preis 100 Mark usw.

Es wird gebeten, das Inserat auszuscheiden und in Bekanntenkreisen zu verbreiten.

Lebens-Versicherung. Victoria zu Berlin. Gesamt-Vermögen: über 380 Millionen M. Gewinn-Reserven für die Versicherten 66 839 335 M.

Resterhandlung. 38 Prinzenstr. 38. Anzüge nach Mass. Serie I: 24 Mk., Serie II: 27 Mk., Serie III: 30 Mk.

25 Jahre bewährt. Braut-Hochzeit-Seide. Ehe. Sie Seide kaufen, überzeugen Sie sich, welche bedeutenden Vorteile mein Einzel-Vorkauf zu Engros-Preisen an das Privat-Publikum bietet.

Berufskleidung. Adolf Wecker, 3. Mühlendamm 3, Ritterstraße 1.

Möbel. Spiegel u. Polsterwaren. N. Strelow, Richardstraße 116, Rixdorf.

Morgen, Montag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Frauen-Vortrag. Monbijou Kasino, Wilsnaderstr. 63. „Die Frau im Sicht“ v. prof. Naturheilk. Grundmann.

Aufzugsmonteuere. nur erste Kräfte, gegen hohen Lohn sofort gesucht. N. Schäffer, Maschinenfabrik, Breslau.

Goldblondchen. Patentamtlich geschützt - Alkoholfrei. Tafel- und Gesundheitsgetränk. Ernst Krüger, NO. Höchsterstraße 28.

Größtes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung. 12 Schaufenster Front. Moritz Gross, Kastanien-Allee 42.

elektromagnetische Therapie-System Smit. gegen nervöse und rheumatische Krankheiten. Institut in Berlin: Bellowstrasse 20, Oranienburgerstr. 14.

UNVERGLEICHLICH. GUSTAV LUSTIG'S echt chinesische MANDARIN-MONOPOLPADNEN. GUSTAV LUSTIG, BERLIN, PRINZENSTR. 43.

Kronleuchter-Fabrik für Gas, Petroleum u. elektrisches Licht. Siegel & Co., Berlin, Prinzenstr. 23.

Wer Stoff hat! Jackettanzug 18 M., Winterpaletot 18 M. Alexander Schmidt, Wienerstr. 1 bis 6.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II. Lehrplan für das IV. Quartal 1903.

Table with 4 columns: Unterrichts-fach, Behandelte Lehrstoff, Lehrer, Unterrichts-Abend. Includes Nationalökonomie, Geschichte, Redo-Uebung.

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 12. Oktober; Geschichte Dienstag, den 13. Oktober; Redo-Uebung Freitag, den 16. Oktober; Redo-Uebung für Fortgeschrittene Sonntag, den 6. Dezember.

Der Kursus am Sonntag beginnt um 10 Uhr vormittags und endet um 12 Uhr mittags. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstrasse 42; Vogel, Dammstrasse 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engel-Ufer 15.

Nathan Wand, 129 Stoffverh. 129. Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu. sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen.

Abessinier-Brünnen. in gerader, bekannter Güte und bester Ausführung. Koblanck & Co., Pumpen-Fabrik, Berlin N.

Nathan Wand, 129 Stoffverh. 129. Cachemir- und Stoffwaren. Damen-Jackets, Capes, Blusen, Röcke.

Filz-Hüte. in größter Auswahl für Damen und Kinder, garniert und ungarziert, zu anerkannt billigen Preisen. W. A. Paschke, Berlin, I. Behlischstr. 30.

Ladeneinrichtungen. aller Art in neu und alt, Complete-Einrichtungen, Stühle, Tische etc. A. Flatow, Sandweg 1, Adressstr. 21.

Warenhaus J. Hirschweh

Nichtmitglieder des Rabatt-Spar-Vereins Süd-Ost mache ich auf meine Rabatt-Sparbücher aufmerksam.

BERLIN SO., Wrangelstr. 53, Ecke Falckensteinstr.
Grösstes Etablissement des Süd-Ostens

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins Süd-Ost.

Die während des Erweiterungsbaues bewilligten

2972L

10 % Rabatt

auf alle Waren, ausser Garne, welche jedem Käufer sofort ausgezahlt werden, oder doppelte Marken des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost“

bleiben noch einige Tage bestehen, da die innere Einrichtung der bedeutend vergrösserten Geschäftsräume bis heute nicht fertig geworden ist.

Costümröcke

enorm billig

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk.
Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk.
Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendeter Ausführung, enorm billig.
Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Massanfertigung.



Juwelen-, Gold-, Silber-, Alfenide-, Nickel- und Uhren-Lager

Johannes Hothorn
Berlin N., Brunnenstr. 192, Rosenthaler Thor.
Berlin C., Alexanderstr. 34
vis-à-vis Polizei-Präsidium.

Seit 16 Jahren anerkannt beste und billigste Bezugsquelle für alle einschlägigen Artikel, Riefenlager. Jeder Gegenstand ist mit streng festem Preis versehen. Handeln ausgeschlossen.



Was nützen Worte hier,

wo Thaten es beweisen!

Der untrügliche, beste Beweis für die Güte und Wohlfeilheit **Noa's Original-Extrakte** sind die täglich einlaufenden zahlreichen, begeisterten Dank- u. Anerkennungsschreiben sowie der rapid wachsende Kundencreis. Ein einziger Versuch überzeugt auch Sie und sichert mir Ihre dauernde Kundenschaft. Preis v. Flasche Extrakt zur sofortigen, kinderleichten Bereitung von 2 1/2 Ltr. und mehr trinkfertigen Cognac, Rum, Brantwein, Viqueur, Limonade etc. je nach Sorte 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. — Vorrätig über 250 Sorten. — Wertvolles 160seitiges illust. Rezeptbuch „Die Destillation im Haushalte“, 10. Aufl., ganz unvollständig und portofrei. **Max Noa**, Elsassstr. 5, Fabrik und Verkauf, 3. Haus vom Rosenthaler Thor, Vorkauf, 25862

Niederlage auch in meinem früheren Detailgeschäft Reindendorferstr. 48 u. in den durch meine Plakate kenntl. Geschäfte.

Reste

für Anzüge, Winter-Paletots, Damen-Kostüme, Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Berlin C., Rosstr. 2.

Reste

CPELZ
DAMENKOSTÜME
KOSTÜMSTOFFE
FLUSSCHIFFE
SEIDENSTOFFE
BESATZARTIKEL
KRIEMER
4. Kottbuser Strasse 4.

Grosses Garten-Etablissement

mit großen Sälen (der größte in der Umgebung), 18 eingerichteten Fremdenzimmern, Glaspavillon, Kaffeeküche, Regelpbahnen, Dampfer-Anlegestelle der Berliner Dampfer, im Vorort von Berlin, ist an solventen tüchtigen Wirt unter günstigen Bedingungen sofort oder per 1. April zu verkaufen. 29622*

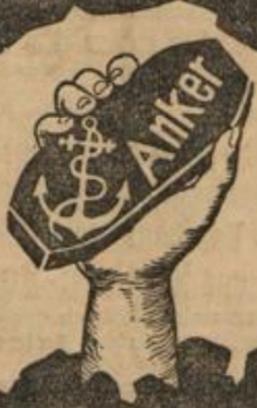
Schloßbrauerei Königs-Wusterhausen

Korbwaren-Fabrik F. Bergmann & Sohn, nur O. Andreasstr. 53 u. 54. **Räumungs-Aussverkauf** wegen Verlegung der Lageräume. Kinderwagen, 8 Mk., Gummireifen, 12 Mk., bernid. 18 Mk., Sportwagen, 3,95 Mk., m. Gummireifen, 7 Mk. Wit Verbed u. s. d. u. Sieg. 10 Mk. Kinderbettstellen 7 Mk., 10-50 Mk. Vert. n. Kuhch. ab Fabrik. Musterb. gr. Riefenwahl. Stets elegante Neuheiten. Bestes Fabrikat. Auf Wunsch in Berlin u. Vororten: solbde Ratenzahlung. Teleph. 7a, 7298.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160.
Filialen: Frankfurterstr. 115
Potsdamerstr. 89b, Tauentzienstr. 7a
a. d. Höbenstr. Beusselstr. 18
Delle-Milancetr. 107, Dramienstr. 31
Reindendorferstr. 20, Brunnenstr. 92

8, 10, 15-60 Mk.
Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.
8, 12, 15-90 Mk.
Teilzahlung gestattet.
Lieferant des Rabatt-Spar- und Vorkauf-Vereins.

Anker



Brikets

Die schönsten Herren-Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc. sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in gross. Auswahl vorhanden. Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass. Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavaliereu getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend. **J. Wand**, Hauptgeschäft: Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse. Filiale: Gr. Frankfurterstr. 118, an der Andreasstrasse. 28642*

Rester-Niederlage

2903L* liefert hochelegante Anzüge u. Paletots nach Mass
Serie I Serie II Serie III
24 Mk. 27 Mk. 30 Mk.
auf Rosshaar-Verarbeitung beste Zuthaten.
Alexanderstr. 14a, 1. Treppe
(an der Blumenstrasse).

Nächste Ziehungen
Berliner Lose a 1 Mk. 11 = 10 Mk. 28512*
Königsberger Geld-Lose a 3 Mk.
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

Alle Raucher im Sturme erobert!

hat sich meine beliebte Spezialität **Cuba-Pflanzer Nr. III.** Jeder Raucher, der dieselbe einmal probiert hat, zieht fortlaufend Nachbestellungen. Tausende Anerkennungsschreiben. **Original-Grösse**
Feine Sumatrabade, gut u. weidbrennend, parfümiertes u. billiges Rauchen!
Aufnahmepreis: 300 Stk. 6 Mk. 80 Pf., 500 Stk. 6 Mk. 80 Pf., 1000 Stk. nur 18 Mk. Alles frei ins Haus gegen Nachnahme.
Cigarrenfabrik, Rud. Tresp, Neustadt b. Danzig H. S.
Garantie: Zurücknahme o. Umlaufsch. 500 Stk. erst für 2 Pf.-Cigaretten „Reptun“ nur 6,50 Mk. fr. 29732*

Nehmt nur Reichel's Cognac-Extrakt

Keine künstliche Essenz. — Ein natürliches Weindestillat. Echt ist allein das Originalprodukt mit der Marke **Otto Reichel, Essenzen-Fabrik,**

aus Champagne 75 Pf. zur Selbstbereitung von Cognac

*** 1,25 M. Eine Originalflasche giebt mit 1 Ltr. Weingeist (Spiritus Vini 96 Proz.) nach Vorschrift bereitet, 2 1/2 Ltr. Cognac von vollem naturreinem Geschmack und feinstblumigem Bouquet. **Lichtern, alles andre nur Nachahmung.** Jeder fordert kostenfrei: „Die Destillation im Haushalte“. **Berlin SO., Eisenbahn-Strasse 4 und Fernspr. IV. 3199 und 646. in den bekanntesten Niederlagen.**

Kaufhaus Max Mannheim

89 Frankfurter Allee **BERLIN O.** Frankfurter Allee 89

Extra-Preise.

Abteilung Konfektion:

Blusen in Velour und Barchend	1.25	1.75	1.95
Blusen, Velour mit Säumchen und Besatz	2.25	2.50	2.75
Blusen, reinwollener Cheviot in allen Winterfarben	3.85	5.00	6.00
Blusen, reinwollenes Tuch, moderne Farben	6.50	8.50	9.00
Blusen, reine Wolle, entzückende Streifen	4.75	5.50	6.75
Blusen, reine Seide, Neuheiten, elegante Ausführung	5.50	6.50	bis 20.00

Winter-Sacco aus Double	3.75	6.75	7.50
Winter-Sacco aus Eskimo	10.50	12.50	15.00
Winter-Sacco, Ulanka	9.50	bis 20.50	
Winter-Sacco aus Welliné mit Stickerei-Kragen	10.50	11.50	16.50

Röcke, aus modernen Winterstoffen	2.45	3.00	3.75
Röcke, schwarz-weiss genoppten Stoffen, reich mit Tressen garniert	7.50	8.00	9.50
Röcke, schwarz Cheviot und Alpaca, ganz auf Futter mit Stoss und Besenborte	3.15	3.50	bis 18.00
Kostüme in modernster Ausführung, garantiert tadelloser Sitz	9.50	12.50	16.50

Morgenröcke und Matinees

in geeigneten Stoffen und Dessins					
3.85	5.85	9.50	3.00	3.80	8.00
Golf-Paletots in grauen Stoffen	15.00	16.00	19.00		
Golf-Capes, neueste Stoffe, Kragen-Verzierung	5.75	7.50	16.00		
Capes schw. President u. Eskimo	7.50	8.00	20.00		

Mädchen - Saccos

3.00 3.50 bis 12.00
in modernsten Stoffen

Mädchen - Kleider

1.50 2.25 bis 10.00
Cheviot, marine, bord. u. bleu velours und andren Druckstoffen

Knaben - Anzüge

(Alter 2-9 Jahre)
2.00 3.00 3.50 bis 12.00
Neue Façons, gut sitzend.

Knaben - Paletots

(Alter 2-12 Jahre)
4.00 5.00 bis 15.00
Marengo u. blaue Stoffe

Abteilung Pelzwaren:

Kanin - Collier

schwarz 85 Pf. 1.75

Nerz - Murrel - Collier

braun 1.50 bis 4.50

Nutria - Collier

2.25 3.00 3.50 4.00

Rasé - Collier

1.75 2.50 bis 6.00

Imit. Seal - Collier

Stola-Kragen
9.00 bis 15.00

Chingchilla - Collier

imit. 1.25 bis 4.50

Nutria - Muffen

in grosser Auswahl
3.25 3.95 4.50

Nerz - Murrel - Muffen

glatt und mit Streifen
2.50 2.85 3.50

Damen-, Herren- u. Kinder-Regenschirme

in prima Serge
St. 1.²⁵ 1.⁷⁵

in prima Gloria
St. 2.⁵⁰ 3.⁰⁰ 4.⁰⁰

in reiner Seide
St. 6.⁵⁰ 7.⁵⁰ 15.⁰⁰

In allen Qualitäten wird ein sehr grosses Sortiment neuester Stöcke mit Naturkrücken, Metall weiss und gold und andren Kompositionen gehalten.



Spar-Rabatt-System:



Für je 20 Pf. verabfolge ich eine Marke. Die beklebte Rabatt-Karte (100 Felder) wird in bar mit einer Mark eingelöst.

Gebrüder Wolff

Berlin N.,
134 Invalidenstr. 134
(zwei Minuten vom Stettiner Bahnhof).

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“
und des Konsum-Vereins „Biene“.

Oeffentlicher Verkauf!
Selten billige Angebote!

Aus dem Leinenlager.

- Karierte Bettbezüge, jeder Abschnitt 6 Meter gross, für 1,50 M.
- Feinfädige weisse Taschentücher, gesäumt, etwas defekt, das halbe Dutzend 38 Pf.
- Taschentücher mit handgestickten grossen Buchstaben, jed. Buchstabe vorrät. 22 Pf.
- Kinder-Taschentücher mit gestickt. Buchstaben 10 Pf.
- Bett-Inlett-Reste in glatt-rot od. rot-rosa gestreift. Jeder Rest 6 Meter für 2,18 M.
- Ein grosser Posten Kaffeedecken mit roter Borde 59 Pf.
- Louisianatuch in ganzer Bettbreite, das Oberbett 1,08 M.
- Dowlas-Laken in ganzer Bettbreite . . . Stück 88 Pf.
- Wanstuch-Reste, vorzüglich in Wäsche, 3 Meter für 89 Pf.
- Leinene Laken ohne Naht, 2 Meter gross für 1,08 M.
- Breite Stuben-Handtücher, das halbe Dutzend 1,45 M.
- Weisse geblickte Damast-Tischtücher, Stück 88 Pf.
- Schürzenstoff-Reste, gestreift Gingham, jeder Rest 2 Meter gross, für 65 Pf.

Aus der Gardinen-Abteilung.

- Gobelin-Nächtischdecken mit Schnur und Quaste, Stück 98 Pf.
- Altdeutsche Gobelin-Tischläufer . . . Stück 98 Pf.
- Tüll-Vitrage-Gardinen mit Bänderfassung in weiss und crème Meter 20 Pf.
- Gardinen-Reste, 3 Meter gross, für . . . 78 Pf.
- bessere Qualität, 6 Meter gross, für . . . 2,25 M.
- Portieren Stück 83 Pf.
- Satin-Steppdecken St. 3,45 M.
- Bettvorleger 48, Parchend-Bettlaken 68 Pf.
- Möbel-Kattun-Reste, 3 Meter für . . . 1,13 M.
- Wasserleitungs-Schoner u. Küchenspindstreifen Stück 9 Pf.
- Eimerspinddecken . . . Stück 22 Pf.
- Weisse Tülldecken Antimacassars . Stück 1 Pf.
- Extra grosse Tülldecken . . . Stück 4 Pf.
- Sofa-Teppiche . . . Stück 5 und 10 M.

Verschiedene Gelegenheitskäufe.

- Flitterkragen, gross 85 Pf. Spitzenkragen 15 Pf.
- Tüllschürzen . . . 75 Pf.
- Gestrickte Untertailen . . . 28 Pf.
- Gestrickte Herren-Westen . . . 1,30 M.
- Velour-Languetten-Röcke . . . Stück 1,08 M.
- Normal-Herrenhemden mit doppelter Brust St. 78 Pf.
- Normal-Herrenhosen . . . Stück 78 Pf.
- Tailentücher 100 cm gross für . . . 78 Pf.

Man verlange Rabatt-Marken.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreichstes und billigstes Mittel
gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
Lieferung an sämtliche Anstalten. 29025*

Bad Frankfurt || Ritter-Bad
136 Gr. Frankfurterstr. 136 || 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:

Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heiss-
luft-, Lohannis-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Med. **Ungarwein** süss, Ltr. M. 2,-.

Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,-.

Deutscher Cognac
angenehm, mild im Geschmack 2901L*
a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,-.

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676, Genthinerstrasse 29,
Wiltsackerstr. 25, Schöneberg, Hauptstr. 129, Stralauerstr. 56.



R. Rosien

Möbel-Fabrik

Berlin, Schwedter-Strasse 26.

Teleph. III. 6800.
Ausstellung kompletter Wohnungs-Einrichtungen von 250 M. bis 2000 M. Musterzimmer stets zur Ansicht. Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten bei Vorzeigung der Quittung 5 Proz. Rabatt. Lieferung durch eigene Gespanne frei ins Haus. Teilzahlung gestattet. 27092*

Neueste
Façons.

Beste
Verarbeitung.

Kaufhaus Theodor Büsing

An der Spandauer Brücke 2
Nahe Stadtbahnhof Börse und Hackeschem Markt.

Bekannt
Gut und Billig!

Herren- und Knaben- Garderobe

- Winter-Paletots . . . von Mk. 12-48
- Lodenjoppen, gefüttert . . . 5-20
- Herren-Jaquet-Anzüge . . . 12-50
- Herren-Rock-Anzüge . . . 24-60
- Herren-Gehrock-Anzüge . . . 29-60
- Beinkleider . . . von Mk. 2.50-15

Schuhwaren für Damen, Herren, Knaben

- Herren-Stiefel von Mk. 5.50-18.50
- Herren-Schuhe . . . 3.90-10.50
- Damen-Stiefel . . . 3.90-14.00
- Damen-Schuhe . . . 2.75-8.75
- Knaben-Schuhe u. Stiefel v. 3.50-6.90
- Kinder-Schuhe von Mk. 2.50-7.75

Anfertigung nach Maass
in modernster Ausführung.

Burschen-, Jünglings- und
Knaben-Paletots,
Anzüge
und Joppen

Grosse Auswahl in
warm gefütterten Schuhen,
Stiefeln
und Pantoffeln

enorm billig.

Telephon:
Amt III No. 46.

Halbbare
Stoffe.

Gute
Zuthaten.

Ehe

Sie Möbel kaufen, sollten Sie
erst unsere Muster-Zimmer
(ohne Kaufzwang) besichtigen.

SPEZIALITÄT:

Wohnungs-Einrichtungen

unter
kulantesten Zahlungs-Bedingungen!

Billigste Preise! Kleine Anzahlung! Langer Kredit!
— Streng reelle, fachmännische Bedienung! — 24052*

Central-Möbel-Halle BERLIN S., Kommandantenstr. 51
Ecke Alexandrinen-Strasse 43.

Keinen Bruch mehr!!

Beispiellos groß ist die Zahl derjenigen, die bei Anwendung
meiner Methode von ihrem Verschleiden ge-
heilt worden sind. — Höchste Auszeichnungen, tausende Dankschreiben.
Verlangt Gratisbrochure von Dr. Neumann, Baitenberg Nr. 5, Holland,
da Ausland: Doppelporto.
Für Deutschland: Conrad Carduck, Aachen.

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer-
und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück
einzel, zu den billigsten Preisen, in guter,
gediegener Arbeit empfiehlt
Berlin SW.,
Simonsstrasse 19,
a. d. Wiltsdorferstr.
27772*
Verlangen Sie, bitte, unfrankierte Preisliste.

Restverkauf

einer Gelegenheitspar-
te

imit. Perser

Teppiche

Gebet- u. Dekorationsstücke,
getraus echter Perser
Kopien von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.

- 90x185 cm M. 3,75 (bish. 6,00)
 - 100x200 " " 5,50 " 8,25)
 - 100x290 " " 8,25 " 12,75)
 - 200x300 " " 12,50 " 18,50)
 - 250x350 " " 19,50 " 28,50)
 - 300x400 " " 26,00 " 39,00)
- Passende Bett- u. Pult-Teppiche
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 Mk.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich - Specialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Katalog 1903 mit ca. 600
Illustrat.

auf Wunsch gratis u. franco.



Möbelfabrik Hellmundt & Co.

BERLIN
Holzmarktstr. No. 11

Fabrikgebäude, Hof.
Der Einkauf direkt vom
Fabrikanten bürgert sich
immer mehr ein.
Der Preisunterschied
gegen
Magazin-Preise 2661L*
ist auch sehr gross.
Constante
Bedingungen.

Paneel-Sofa

Satteltaschen, Pflusch Mk. 110,-.

Moderne Bettstellen

Matratzen und Kissen
Mk. 40,-, 60,-, 70,-, 80,- etc.

Kleiderspinde, Vertikos

Mk. 48-60-70-80.

Garnituren, Diwans

etc. etc.

Geöffnet bis 8 1/2 Uhr abends,
Sonntag 8-10 und 12-2.
Prachtkatalog kostenfrei.

Kostüme, Saccos,

Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part.

Hochbahnhof Schlesiendes Thor.
von Kammgarn.

Reste

Tuch, Seide etc.

Zuschnitt gratis!

Verfammlungen.

Die Wilmersdorfer Genossen über den Parteitag.

In Wilmersdorf wurde am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung mit der Diskussion über den Parteitag fortgefahren. Genosse Braun nahm als erster Redner das Wort. Da er in der vorigen Versammlung verschiedentlich angegriffen sei, wolle er sich verteidigen. Jedoch hätten sich die Dinge, soweit seine Person in Betracht komme, sehr geändert, da die Vertrauensleute seines Kreises Frankfurt-Lebus, sowie der Parteivorstand sich der Sache zur endgültigen Untersuchung angenommen haben. Aus diesem Grunde wolle er von der Erörterung seines Falles absehen, bis die Instanzen das Urteil gefällt haben. Redner ist der Meinung, daß die Selbstzerfleischung in der Partei geeignet erscheine, jahrelange Arbeit zu zerstören. Die Partei sehe uns höher als die Streitigkeiten einzelner Personen. Wir wollen die Zeit mit wichtigeren Dingen ausnützen, jeder Wahlkreis solle nun endlich den persönlichen Straßenschand und später Kritik üben. (Beifall.) Hierauf sprach Jubel: Es berührt ihn eigenartig, daß Genosse Braun sich hinstellt, um uns Moral zu predigen; Braun selbst wäre doch das Karneval. Redner verweist auf das Protokoll, danach werden die Genossen selbst urteilen. Den Vorwurf, daß Braun seine Stellung in der Partei mißbrauche, hält Jubel aufrecht, man müsse sich über das lautmännliche Vorgehen Brauns wundern, sei doch in verschiedenen Circularen, sowie in der „Märkischen Volksstimme“ für die „Neue Gesellschaft“ eine kolossale Reklame gemacht worden. Diese Reklame mußte den Glauben erwecken, daß es sich um ein neues sozialistisches Unternehmen handle, jedoch warnte er, Jubel, einen jeden, auf die „Neue Gesellschaft“ zu abonnieren. Der Herausgeber von Südelmans „Kommunale Praxis“ habe der Parteivorstand zugestimmt, dem Vorgehen Brauns jedoch nicht. Daß die Partei durch die Debatten Schaden habe, bestreitet Redner. Der vorgenommene Schnitt war an der Zeit. Er habe nochmals die „Zukunft“ studiert, um Artikel zu finden, die Garden für die Partei veröffentlichte. Redner erinnert an die „Zukunft“ vom 1. Juli 1893, in der Garden sich über sozialistische Redakteure und den Genossen Mich. Fischer äußert. Der Genossen in hervorragenden Stellungen müßte die Schamstraße

in das Gesicht treten, wenn man ihnen zumute, für solch ein Blatt zu arbeiten. Genosse Südelman verteidigte den „Armen Teufel“. Dieser widmet in der Berichterstattung vom Parteitag dem Genossen Kantatz drei Zeilen, dem Genossen Bebel sechs Zeilen. Südelman führt aus, auch Engels habe sein Manifest vom Jahre 1847 revidiert; er ist aber von der Taktik nicht abgegangen. Nun zum Genossen Schröder, der so warm für Garden eingetreten ist und den drei Jahre toten Liebknecht citiert hat. Redner hat vom Vorsitzenden des Wahlkreises Wien I, Bez. XX, einen Brief erhalten, der darauf Bezug nimmt, daß Genosse Schröder das Mitarbeiten an gegnerischen Blättern in der letzten Versammlung mit dem Hinweise verteidigt hat, daß auch Liebknecht an einem derartigen Blatt, der Wiener „Fadel“, mitgearbeitet habe. In dem Briefe heißt es:

„Nicht um Liebknecht zu verteidigen, sondern um den deutschen Genossen die Verhältnisse der ihnen fremden Halbmonatschrift zu schildern, sehe ich mich veranlaßt, folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die „Fadel“, die vor einigen Jahren von einem Bourgeoisöhnchen Namens Kraus gegründet wurde, hatte zur Zeit, als Liebknecht seine Artikel veröffentlichte, durch Veröffentlichung vieler Mißstände und Aufdeckung sauler Geschwüre in der Wiener Gelehrten- und Literaten-Clique sich manches Verdienst um die Leserschaft erworben und stand in allen fortschrittlichen Kreisen in großem Ansehen, war überhaupt eine kurze Zeit das gelebteste Blatt Wiens, in dem wegen seines Einflusses auf die öffentliche Meinung auch vom Genossen Außerlitz, dem ersten politischen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, und vom Reichsrats-Abgeordneten Genossen Dr. Ellenbogen und von anderen Aufsehen erregende Artikel veröffentlicht wurden. Es fiel also die Zeit, in der Liebknecht seine Artikel über die Dreifus-Affaire in der „Fadel“ veröffentlichte, in eine Periode, als die „Fadel“ ein allgemein angesehenes und in Parteikreisen auch beliebtes Blatt war, das erst längere Zeit hernach durch Ueberhebung, Korruptionsrückerei und anmaßende Mißachtung seine Bedeutung vollständig verlor. Meines Wissens hat Genosse Dr. Adler das Blatt nie ein Revolverblatt genannt (das ist es auch nie gewesen), sondern den Herausgeber wegen seiner die Partei verdächtigenden Äußerungen einen „Landsknecht“ tituliert. Also der Unterschied zwischen der Mitarbeit der Genossen, die für die „Zukunft“ schrieben, und der Mitarbeit Liebknechts an der

„Fadel“ ist der, daß die „Zukunft“ ihnen als ein die Partei schmäherndes Organ bekannt sein mußte, während die „Fadel“, als Liebknecht seine Artikel über die Dreifus-Affaire veröffentlichte, eine in allen fortschrittlichen Kreisen angesehen und geachtete Zeitschrift war.“

Genosse Jubel plädierte für Annahme der Resolution. (Großer Beifall.) Hierauf nahm der Vorsitzende Siebler das Wort. Genosse Südelman beschwert sich darüber, was für ein Ton herrsche; und ist aber alle Veranlassung zu unserem Vorgehen gegeben. Dem Genossen Bebel sind wir dankbar, daß er uns die Augen geöffnet hat. Was die Revisionisten betrifft, so möchte er dieselben als Leisterer bezeichnen. (Beifall.) Wenn Beschuldigungen erhoben werden, müssen sie bewiesen werden. — Die Resolution wurde dann zurückgezogen, nachdem noch einige Parteigenossen ihr entgegengetreten waren. Braun ist gern bereit, alles zu verteidigen, was er gethan hat; im übrigen bedauert Redner sein Verhältnis zu Garden. Den Vorwurf, seine Stellung als Abgeordneter ausgenutzt zu haben, weist er energisch zurück, da die „Neue Gesellschaft“ eher geplant war, als ihm das Mandat angetragen wurde. Die Zeitschrift selbst ist streng sozialistischer Tendenz. Der Gegensatz müsse schwinden, und daraus ein harmonisches Wirken herborgehen. Hoffentlich hat die Partei von den jetzigen Auseinandersetzungen keinen Schaden. Jubel tritt nochmals den Anschauungen Brauns und Südelmans entgegen. Genosse Schröder erklärt sein Verhältnis zum Verein „Berliner Presse“. Abdam wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Wilmersdorf in Witten Volksgarten tagende Generalversammlung erklärt ihr Einverständnis mit der Stellungnahme des Parteitages gegen die Mitarbeit von Parteimitgliedern an bürgerlichen Preßunternehmen, die in geistlicher Weise die Partei bekämpfen. Weiter spricht die Versammlung ihre ganz besondere Genugthuung darüber aus, daß der Parteitag mit einer so überwältigenden Mehrheit sich gegen die revisionistischen Bestrebungen ausgesprochen und erklärt hat, die seit Jahren von einem kleinen Kreis von Parteimitgliedern propagiert werden. Die Versammlung erwartet, daß die Partei in Zukunft von Verunsicherungen und ähnlichem Revisionismus verschont bleibt, da solche Bestrebungen nur zu geeignet sind, die Aktionsfähigkeit der Partei zu schwächen, und erklärt sich mit der Haltung der Delegierten einverstanden.“

Warenhaus A. Wertheim
Leipzigerstr. 132/135 (Versand-Abteilung). — Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55
Montag, Dienstag, Mittwoch soweit der Vorrat reicht:

Damenwäsche

- Taghemden Vorderabschluss mit Spitze 1.40 u. 1.60 Mk.
Taghemden Achselabschluss m. handgest. Passen 1.50, Spitze 1.60
Taghemden Achselabschluss mit Spitzek. m. Handlang. 2.10, Ein-u. Ans. 2.45
Nachtsachen Barchent m. Besatz 1.45, Stickerel 2.40
Nachtsachen Louisianauch m. Stickerel Barchent mit Umlegekragen und Stickerel-Volant 1.90
Nachtsachen kurze runde Form mit Stickerel-Volant 2.85
Beinkleider Barchent mit Spitzerel 1.70 u. 2.10
Beinkleider Barchent mit Spitzerel 1.35, Stickerel 1.50 u. 2.10
Nachthemden m. bunter Stickerel 3.25, m. bunter Stickerel, Borde mit Umlegekragen und weissem Stickerel-Volant 3.80
Taghemden m. handgestickt Madeira-Passen 2.60 u. 3.10
Weisse Röcke m. imitiert Val.-Spitz. 4 Mk., reich garn. 6.75
Weisse Röcke m. Stickerel-Volant 2.90, 3.35, 4.30
Weisse Barchent-Röcke mit Stickerel 2.20 u. 2.65

Wäschestoffe

- Hemdentuch schwere Qualität Mtr. 40 Pf.
Renforcé feinfädig Mtr. 45 Pf.
Lakendowlas ganze Breite Mtr. 75 Pf.
Laken-Halbleinen Mtr. 1.20 Mk.
Négligéstoffe gestreift und gemustert Satin Mtr. 53 Pf.
Négligéstoffe gemustert, elegante Qualität Mtr. 65 Pf.
Breite ca. 81 100 cm
Bettdamast 55 Pf. 90 Pf.
Bettsatin 65 Pf. 1.05 Mk.
Körper-Inlett rot und rot/rosa, federdicht ca. 81 cm breit 75 Pf. ca. 130 cm breit 1.10
Herrenhemden Hemdentuch, mit Falten 2 Mk.

Kinderwäsche

- Mädchenhemden Achselchl. m. Spitze, 12 Gr. 70 Pf. b. 1.70
Mädchenbeinkleider Barchent, 9 Gröss. 80 Pf. b. 1.40
Knabenhemden m. Falten, 9 Gr. 70 Pf. b. 1.65
Bettwäsche Louisiana Dimiti
Deckbettbezüge Grösse ca. 130/200 cm 3.75 4.30
Kissenbezüge Gr. ca. 83/83 cm 1.15 1.35
Damast-Garnitur f. 1 Deckbett u. 2 Kiss. 8 Mk.
Deckbettbezug mit ausgehäut. Bogen 5 Mk.
Kissenbezüge " 1.30 u. 1.50 Mk.
Grösse 130/200 130/225 160/225 cm
Dowlaslaken 1.55 1.85 2.20 Mk.
Halblein. Laken 1.75 2.05 Mk.
Reinlein. Laken Gr. ca. 160/225 cm 3 Mk., bleicht 4 Mk.

Tapiserie

- Stubenhandtücher reinlein Satin mit Hohlbaum Mtr. 1.05
Tischläufer reinlein, mit Hohlbaum 1.10
Küchenhandtücher weiss, mit Hohlbaum u. Bordüre 1.05
Besenvorhänge Fischerleinen mit Satin garniert 1.45
Waschtischgarnituren 38 Pf.
Küchentischdecken Fischerleinen m. Satin garniert 85 Pf.
Küchenspinddecken " 33 Pf.
Wasserleitungsschoner " 45 Pf.
Ausgussbehang " 48 Pf.
Marktnetze " 85 Pf.
Frühstücksbeutel " 28 Pf.
Ruhkissen mit Volant " 65 Pf.
Ein grosser Posten handgesticker Läufer und Decken reinleinen, mit Seide bestickt bedeutend unter regulärem Wert.

Kleiderstoffe

- Reinwoll. Zibelinstoffe ca. 110 cm breit, Mtr. 1.10 Mk. regulär 1.45 Mk.
Noppenstoffe im englischen Geschmack ca. 110 cm breit Mtr. 1.20 Mk. regulär 1.75 Mk.
Woll. Kleiderstoffe Mtr. 1.45 u. 1.65 Mk. schwarz/weiss meliert u. klein gemustert, 110 cm regulär 2 Mk. 2.30 Mk.

- Kostümstoffe ca. 1.10 Mtr. breit, Mtr. 95 Pf.
Woll. Kleiderstoffe blau-grün kariert Mtr. 1.35 u. 1.95 Mk.
Gestreifte Zibelinstoffe ca. 110 cm breit, Mtr. 2.25 Mk.
Schwere Kostümstoffe mit Mohair-Effekten, ca. 130 cm breit, Mtr. 2.25 Mk.
Engl. Kostümstoffe mit Mohair-Effekten, ca. 120 cm breit Mtr. 2.40 Mk.
Gestreifte Blusenstoffe doppeltbreit, in modern. Geschmack Mtr. 1.15 Mk.
Reinwoll. Satin einfarbig Mtr. 1.05, 1.40, 2.15 Mk.
Reinwoll. Damentuche Mtr. 1.25, 1.55, 1.95 Mk.

Halbseid. Gloria einfarbig und changeant, ca. 60 cm breit, für Rockfutter geeignet Mtr. 75 Pf.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, Parterre. Herrenanzüge, Winterpolitoid, Reichenaustr. 12, Markt. Herrenanzüge und Paletots, extra gute und gute Arbeit, Rodelachen sehr preiswert, Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, 1. u. 2. Stock. Teppiche, Gelegenheitslauf, Seidenstoffe, halt 8 Mark durchweg 3.75, verkauft Julius Reumann, Bellevue-Allianzstr. 105. 19158*

